

schleien und mitteilen, wie es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Klassen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin.

Bebel auf dem Parteitag zu Dresden 1903.

### Parlamentarismus.

Noch niemals habe unter den Parteigenossen ein Zweifel bestanden darüber, daß die Macht der sozialdemokratischen Partei wesentlich auf ihrer parlamentarischen Tätigkeit und der Teilnahme an den Wahlen beruhe. Nicht die Teilnahme an den Wahlen sei es also, was der Partei zum Schaden gereiche, sondern nur die Ueberzeugung des Parlamentarismus könne gefährlich werden. Wer freilich glaube, daß auf dem heutigen, parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus erreicht werden könnten, lenne die Ziele entweder nicht oder sei ein Verräter.

### Partei und Religion.

Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein, das geht keinen Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verkehrt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatsache“. Außerdem erläutert unser Programm klar und deutlich, wie wir uns die Förderung der Religion zur Privatsache denken. Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung dieser Gewalten. Wir vertreten die Anschauung, daß der Staat ein rein weltlicher Staat ist, und daß die Religionsgemeinschaften Privatsache sind. Wir erklären uns auf das entschiedenste dagegen, daß der Staat kraft der Gesetzgebung und seiner Zwangsmittel irgendeinen Menschen nötigt, zu seiner Gemeinschaft zu gehören oder Mittel zur Unterhaltung dieser Kirchengemeinschaft herzugeben oder daß der Staat selbst seine eigenen, aus dem allgemeinen Steuerfiskus genommenen Mittel für kirchliche Gemeinschaften hergibt.

### „Ueberproduktion“ an Bildung.

Bei der Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung geht man in der Regel von der materiellen Produktion und der Lage der ihr dienenden Arbeiter aus. Allerdings sind die Uebelstände auf diesem Gebiete am schlimmsten und am ausgebreitetsten. Will man aber die Widersprüche aufzeigen, in welche die individualistische Wirtschaftsweise sich selbst verwickelt, dann bietet die geistige Produktion weit bessere Anknüpfungspunkte der Kritik.

Schon der Begriff einer Ueberproduktion an Intelligenz ist in sich so widersprechend, so paradox, daß einem, der sich nicht in die modernen Verhältnisse eingelebt hat und der sie nicht wie dieser als eine selbstverständliche Erscheinung hinnimmt, auch nur die Möglichkeit einer solchen scharf begrifflich zu machen sein dürfte. Was für eine verkehrte Welt, in der eine allgemeine Verbreitung der Intelligenz zum Uebel geworden ist! Hätte jemals ein vorbildender Mann in früheren Jahrhunderten sich einen solchen Zustand träumen lassen? Sind nicht die Staatsmänner und Weisen aller früheren Zeiten einig gewesen, daß das Gedeihen eines Staates im hohen Grade von der Verbreitung von Wissen und Bildung unter seinen Gliedern abhängt, daß die allgemeine Teilnahme aller an den Vorteilen der Bildung das Ziel aller Kultur sei? Unserer Zeit ist die Einsicht vorbehalten, daß Wissen — wirkliches Wissen, nicht bloß Halbwissen — vom Uebel sein könne! . . .

dürfte stimmen. Aber Sozialist wäre ich auch ohne ihn geworden, denn dazu war ich auf dem Wege, als ich ihn kennen lernte. Im beständigen Kampfe mit den Lassalleanern, mußte ich Lassalles Schriften lesen, um zu wissen, was sie wollten, und damit vollzog sich in mir eine Wandlung in mir.

Mein Grundsatz ist allezeit im Leben gewesen, sobald ich einen Standpunkt, den ich bisher in einer Frage verfochten hatte, als unhaltbar erkannte, ihn zu verlassen und rücksichtslos der neuen gewonnenen Ueberzeugung zu folgen und sie auch öffentlich und nachdrücklich zu vertreten. Im vorliegenden Falle war es die Haltung der liberalen Wortführer, sowohl in der Politik, wie insbesondere den Arbeiterfragen gegenüber, die mir das Verlassen des alten Standpunktes und meinen Uebergang ins sozialistische Lager erleichterten. Große Seelenkämpfe hat mich diese Wandlung nicht gekostet, und wenn alte, liebgewordene persönliche Beziehungen dabei geopfert werden mußten, nahm ich dieses als selbstverständliche Konsequenz hin. Ich habe, wie ich glaube, allezeit die Sache über die Person gesetzt und mich weder durch Verwandtschafts- noch Freundschaftsbanden abbringen lassen, zu tun, was ich im Interesse einer von mir vertretenen Sache für unumgänglich hielt.

Im vorliegenden Falle hat zweifellos mein Umgang mit Diebknacht meine Konversion zum Sozialisten beschleunigt. Dieses Verdienst hat er. Ähnlich ist es mit der Behauptung, Diebknacht habe mich zum Marxisten gemacht. Ich habe in jenen Jahren viele sehr gute Vorträge und Reden von ihm gehört. Er sprach über das allgemeine Gewerkschaftswesen, die englischen und französischen Revolutionen, die deutschen Volksbewegungen, über politische Tagesfragen usw. Kam er uns Marx und Lassalle zu sprechen, dann stets polemisch. Längere theoretische Auseinandersetzungen hörte ich meiner Erinnerung nach nicht von ihm. Zu privaten Unterweisungen hatte aber weder er noch ich Zeit, die Tageskämpfe und was damit zusammenhängt, ließen uns zu privaten theoretischen Erörterungen nicht kommen. Auch war Diebknacht noch seiner ganzen Veranlagung weit mehr großzügiger Politiker als Theoretiker. Die große Politik war seine Lieblingsbeschäftigung.

Ich bin vielmehr, wie fast alle, die damals Sozialist wurden, über Lassalle zu Marx gekommen. Lassalles Schriften waren in unseren Händen, noch ehe wir eine Schrift von Marx und Engels kannten. Wie ich von Lassalle beeinflusst worden war, zeigt noch deutlich meine erste Broschüre „Unsere Ziele“, die Ende 1869 erschien. Gegen Ende 1869 fand ich aber auch erst auskömmlich die Zeit und Muße, den im Spätsommer 1867 erschienenen ersten Band „Das Kapital“ von Marx gründlich zu lesen, und zwar im Gefängnis. Fünf Jahre früher hatte ich versucht, die 1869 erschienene Schrift von Marx „Zur politischen Ökonomie“ zu studieren, aber es blieb bei dem Versuch, Ueberarbeit und der Kampf um die Existenz gewährten mir nicht die nötige Muße, die schwere Schrift gelöst zu werden. Das „kommunistische Manifest“ und die anderen Schriften von Marx und Engels wurden aber der Partei erst gegen Ende der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre bekannt. Die erste Schrift, die mir von Marx in die Hände kam, und die ich mit Genuß las, war seine „Inauguraladresse für die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation“. Diese Schrift lernte ich 1865 kennen. Ende 1865 trat ich der Internationalen Arbeiterassoziation bei.

Dem Dunkelmann mag es natürlich erscheinen, daß die Menschen auch zu viel von dem Gute der Erkenntnis besitzen können. Es harmoniert mit seiner Weltanschauung, nach der die Vernunft die „Güte von Nabel“ ist, die die Welt ins Verderben lockt. Dem Freund der Wahrheit und des Fortschritts gibt die bestehende Ueberproduktion an Bildung nur den Beweis, daß die heutige Ordnung am Ende ihrer Tage angelangt sei. Die überproduzierte Bildung wird zu einem der eifrigsten Totengräber der alten Gesellschaft. Darum ist auch die Sozialdemokratie nicht davor zurückgeschreckt, noch weitere Verallgemeinerung der Bildung zu verlangen, obgleich eine solche, wenn die Dinge bleiben wie sie sind, nur zu weiterem Schaden gereichen würde. Sie fordert sie für eine zukünftige Gesellschaft, in der Wissen kein Fehler ist und deren Aufbau allein mehr Intelligenz und klare Erkenntnis des Wirklichen erfordert wird, als irgend in der Welt vorhanden war. Nur was man jetzt vielfach für Wissen ausgibt, wird da oft vom Uebel sein.

### Gleiche Rechte, gleiche Pflichten für alle!

Sobald die Gesellschaft im Besitze aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist. Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widerspruchsondergleichen. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt nur in der bürgerlichen Welt. Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Aber die Arbeit soll auch nützliche, produktive Tätigkeit sein. Die neue Gesellschaft wird also verlangen, daß jeder eine bestimmte industrielle, gewerbliche, ackerbauliche oder sonstige nützliche Tätigkeit ergreift, durch die er eine bestimmte Arbeitsleistung für die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse vollzieht. Ohne Arbeit kein Genuß, keine Arbeit ohne Genuß.

Indem alle verpflichtet sind zu arbeiten, haben alle das gleiche Interesse, drei Bedingungen bei der Arbeit erfüllt zu sehen. Erstens, daß die Arbeit im Zeitmaße möglich sei und keinen überanstrengt; zweitens, daß sie möglichst angenehm ist und Arbeitswahl bietet; drittens, daß sie möglichst ergiebig ist, weil davon das Maß der Arbeitszeit und das Maß der Genuße abhängt. Diese drei Bedingungen hängen aber wieder von der Art und Menge der zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel und Arbeitskräfte ab und von den Ansprüchen, welche die Gesellschaft an ihre Lebenshaltung stellt. Die sozialistische Gesellschaft bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen. Sie sucht jedem ein möglichst hohes Maß von Lebensannehmlichkeiten zu gewähren.

### Glückwünsche der Reichstagsfraktion zu Bebels 70. Geburtstag.

Unserem Freunde und Fraktionsführer August Bebel, der uns in leidenschaftlicher Begeisterung, in alles wogendem Mute, in klug abwägender Besonnenheit und in unermüdlicher Arbeit ein Vorbild war und ist; der durch die Macht seiner flammenden Beredamkeit dem Sozialismus im Parlament Bahn gebrochen hat und der Organisator der Siege war, die seit mehr als einem Menschenalter das deutsche Proletariat erfochten hat; den keine Verfolgung schreckte und keine Niederlage beugte; vor dessen Lauterkeit und Ueberzeugungstreue selbst erbitterteste Gegner sich neigen, bringen wir, seine parlamentarischen Arbeitsgenossen, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags, zu seinem 70. Geburtstag unseren Dank, Gruß und Glückwunsch dar.

Berlin, den 22. Februar 1910.

### Bürgerliche Preßstimmen.

Zum Tode August Bebels schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger“:

„Mit August Bebel ist der unbefrittene Führer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem Leben geschieden. Hatte kein Verleiden ihn auch in den letzten Jahren schon mehr und mehr zur Zurückhaltung in den politischen Tageskämpfen gezwungen, so war doch sein Einfluss an der Spitze der Partei unermindert geblieben. . . Die elektrifizierende Wirkung seines Namens hatte durch die unfreiwillige Einschränkung der agitatorischen Tätigkeit keine Abchwächung erfahren. Die im sozialdemokratischen Fahrwasser steuernden Massen gingen mit glühender Liebe an diesem heißblütigen Mann, der in seinen guten Tagen über eine glänzende Beredamkeit verfügte. . . Seine bürgerlichen Gegner kreuzten gern mit ihm die Klinge und versagten ihm nicht die Achtung, die ein uneigennütziger Vorkämpfer politischer Ideale für sich beanspruchen kann. . . Auch seine Gegner werden heute am Todestage August Bebels mit dem Zeugnis nicht zurückhalten, daß mit ihm eine geistig bedeutende Persönlichkeit aus dem politischen Leben des deutschen Volkes verschwindet, daß er mit seiner Arbeit das Wohl der arbeitenden Klassen, so wie er es verstand zu fördern suchte, und daß sein Name mit der inneren Geschichte des Deutschen Reiches, dessen parlamentarischer Vertretung er von der Reichsgründung an ununterbrochen angehört hat, dauernd verknüpft bleiben wird.“

Das „Berliner Tageblatt“

behält sich eine eingehende Würdigung vor und begleitet die Todesmeldung zunächst nur mit folgenden Worten: „Die Bedeutung seiner Persönlichkeit und der Einfluss, den er auf das politische Leben in Deutschland gehabt hat, werden hier noch ausführlicher gewürdigt werden. Daß einer der interessantesten Männer, der ehrlichsten Charaktere, der glänzendsten, temperamentvollsten Redner mit ihm verschwindet, unterliegt auch für diejenigen keinem Zweifel, die ihn politisch bekämpften.“

Die „Bosnische Zeitung“

erinnert daran, daß die Sozialdemokratie in den letzten Jahren eine Reihe hervorragender Führer, Diebknacht, Auer, Singer, verloren hat und fährt dann fort: „Obgleich jeder (dieser drei) in seiner Art der Partei unerlässlich war und geblieben ist, kommen alle drei zusammengenommen an Bedeu-

tung nicht Bebel gleich, der wie kein zweiter vier Jahrzehnte hindurch der deutschen Sozialdemokratie Ziel und Richtung gewiesen hat. Bebels Einfluss schildern, heißt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit der Errichtung des Deutschen Reiches schreiben. In ihm verliert die deutsche Volksvertretung ihr ältestes Mitglied. . . Bebel war unser Gegner: „Ich will der Todfeind sein der bürgerlichen Gesellschaft,“ so rief er vor 10 Jahren auf dem Parteitag in Dresden aus, und er knüpfte daran die Versicherung, daß er bestrebt sein werde, die bürgerliche Gesellschaft zu vernichten. Aber auch diesem Todfeind muß billig zugestanden werden, daß er ein ehrlicher Charakter war.“

Verschiedene andere Blätter, so die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“, behalten sich ein näheres Eingehen auf die Persönlichkeit Bebels vor. Die „Deutsche Tageszeitung“, die einen kurzen Nachruf bringt, schildert zunächst Bebel als den schlimmsten Feind der bestehenden Verhältnisse und des Vaterlandes und fährt dann fort: „Und doch wird die Kritik an Bebels Persönlichkeit stets das anerkennen müssen, daß seine ganze politische Tätigkeit aus reinem Idealismus herausgemacht ist, und daß, soweit er in Betracht kommt, von Geizhals- und Berufspolitikern nicht gesprochen werden darf.“

Von den bedeutenderen auswärtigen Blättern bringt die „Frankfurter Zeitung“

einen großen Nachruf, der sich eingehend mit der Stellung Bebels in der Partei und der Entwicklung der Partei befaßt. Die „Frankfurter Zeitung“ hebt besonders hervor, daß Bebel eine außerordentliche Popularität genoss und daß er die Massen immer hinter sich hatte. — Die „Kölnische Zeitung“ bringt zunächst nur die Todesmeldung. Dagegen hat die

### Kölnische Volkszeitung

einen längeren Nachruf, der Bebel im Rahmen der politischen und der Parteibewegung zu würdigen versucht. Wir wollen nur den nachstehenden Satz hervorheben: „Bebel war ein Mann, auf den man schau, dem man blindlings folgte, das lag an seiner Persönlichkeit. Er war Fleisch vom Fleische des handarbeitenden Volkes. Viele Jahre, nachdem er im konstituierenden Reichstag seine parlamentarische Tätigkeit begonnen hatte, hat er noch an der Drechslerbank gestanden oder doch mit seinem bescheidenen Geschäft sich seinen Lebensunterhalt erworben. Seine Bedürfnisse blieben einfach, auch als er längst ein berühmter Mann geworden war, und gegen sein Privatleben haben auch seine Todfeinde keine Anklage erhoben. Man wußte, daß er schon unter bescheidenen Vermögensverhältnissen eine offene Hand für Parteizwecke hatte und, was mehr war, immer Zeit für die Partei, im Vorstand, in zahllosen Versammlungen, auf der Tribüne des Reichstags.“

Das „Nachtigallenblatt“ der nationalliberalen „Nationalzeitung“

schreibt zu Bebels Tode: „Bierzig Jahre lang hat August Bebel für die Sache, die sein ganzes Leben erfüllte, mit all jener großen Kraft, dem Feuer und der Leidenschaft gekämpft, und mag er immerhin ein Gegner gewesen sein, so darf nicht verkehrt werden, daß er ein durch und durch ehrlicher Kämpfer und ein achtungswerter Gegner gewesen ist. Nichts Unlauteres wohnte in ihm. . . Nicht allein in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei, auch in der politischen Geschichte Deutschlands wird er seinen Platz finden, und Freunde sowohl wie Widersacher werden sein Andenken ehren.“

London, 13. August. (Privattelegramm des „Boswärts“.) Die Londoner Abendblätter aller Parteirichtungen finden heute den Tod Bebels in langen Artikeln an, in denen der Charaktereigenschaften und Verdienste des Verstorbenen gedacht wird. Die Blätter geben die Lebensbeschreibung Bebels und zitieren bekannte Aussprüche von ihm. Der „Star“ schreibt: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland, hätte es einen Präsidenten der deutschen Republik zu wählen gehabt, August Bebel gewählt haben würde.“ Ähnliche von Hochachtung für den Verstorbenen zeugende Urteile finden sich in allen liberalen und konservativen Zeitungen.

### Letzte Nachrichten.

Ein verständiges Urteil über das Kriegsrüsten.

London, 13. August. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der dritten Lesung des Finanzgesetzes erklärte Schatzsekretär Lloyd George in bezug auf die vermehrten Ausgaben in allen Ressorts, es sei nicht die geringste Aussicht auf eine Ermäßigung der Rüstungsausgaben vorhanden. Das Gegenteil sei der Fall. Es wäre nutzlos, diese Tatsache zu verheimlichen. Alle Länder hätten sich gegenseitig zu großen Ausgaben gereizt. Ehe nicht vollkommene Verständigung und vollständiges Zusammenarbeiten unter den Ländern hergestellt sei, um den Rüstungsausgaben Einhalt zu tun, sei keine Möglichkeit vorhanden, diese einzuschränken. Ein Land allein würde sich dadurch in zu große Gefahr begeben. Lloyd George fuhr fort: Vielleicht sei ein internationales Zusammenwirken nicht unmöglich, besonders nach den Ereignissen des laufenden Jahres, wo es der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein gekommen sei, wie schrecklich und verderblich ein Krieg für das industrielle und soziale Leben der betroffenen Länder sei. Bis ein solches Zusammenwirken gesichert sei, habe man nichts anderes zu erwarten als vermehrte Ausgaben. Diese wahnsinnige Aufregung habe eine Atmosphäre geschaffen, in der die Völker die Dinge nicht verständig beurteilen können. Die Verfassungsfrage sei niemals normal gewesen. Infolge der erregten Unruhe, die ihr Blut erfüllte, konnten die Völker ihre nationale Lage nicht so beurteilen, wie es ein ruhiges und verständiges Volk tun sollte. Das Ergebnis sei der Argwohn, der unter Umständen zu einer furchtbaren Katastrophe führen könne, wenn Leute wüßten, wie nahe man ihr in den letzten zwölf Monaten gewesen sei. Lloyd George fügte hinzu, daß die soziale Reform Fortschritte machen müßte.

### Castros Niederlage.

New York, 13. August. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Caracas sind die in der Gegend von Maruro Goojira und Tachira stehenden Anhänger des Expräsidenten Castro vollständig geschlagen worden. Castro ist mit einer kleinen Schar von den Truppen des Präsidenten Gomez umzingelt und man erwartet seine Befreiungnahme.

### Zur Werftarbeiterbewegung.

Kiel, 13. August. (W. T. B.) Die hiesigen Werften haben heute mit der Wiedereinstellung der Arbeiter begonnen. Sie erfolgte jedoch allmählich, da sämtliche Betriebe nicht auf einmal eröffnet werden können.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis**

Am 12. d. M. verstarb unsere  
Genossin Frau

**Marie Schmidt,**

Koloniestraße 42.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Totenfeier findet am Frei-  
tag, nachmittags 4 Uhr, in der  
Halle des Kirchhof-Frankenhauses,  
Eingang Sülter Straße, statt.  
Die Einäscherung erfolgt in  
Veitshagen. 229/10

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Buch- und Stein-  
druckerei - Hilfsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.**

Am 8. August verstarb ganz  
plötzlich unser Mitglied

**Adolf Jensch**

im Alter von 37 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. August, nach-  
mittags 1/4 Uhr, auf dem  
Friedhof-Kirchhof in Marien-  
dorf statt. 28/7

Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Kollegen  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann, der Durchführer

**Otto Dorn**

nach langem, schwerem Leiden am  
Montagabend 8 1/2 Uhr verstorben ist.

Die trauernde Gattin

**Wilhelmine Dorn**

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. August, nachm.  
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
nördlichen Friedhofes in der Seestr.  
Ging. Müllerstr., aus statt. 20a

**Zentralverband der Schuhmacher  
Deutschlands.**

**Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unser langjähriges Mit-  
glied Kollege

**Otto Dorn**

gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. August, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Sankt-Friedhofes, See-  
straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
109/11

Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

**Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter

**Gustav Paris**

gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. August, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kirchhofes in Ostern-  
leben bei Magdeburg aus statt.

123/16 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau

**Auguste Eichstädt**

nach langem Leiden am 11. August  
verstorben ist.

Der trauernde Hinterbliebene

**J. Eichstädt.**

Die Beerdigung findet Freitag,  
nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Sankt-Kirchhofes, Hermann-  
straße, aus statt. 18296

**Schwarze Kleidung**

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.

Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.

Culaway u. Weste 55, 50, 33 M.

Beinkleider 18, 15, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung  
für Knaben und Jünglinge  
in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung  
in ca. 10 Stunden

**Baer Sohn**

Kleider-Werke

Berlin, Gegr. 1891.

Chausseestraße 29-30,

11, Brückenstraße 11,

Gr. Frankfurter Str. 20,

Schöneberg, Hausstr. 10.

**Theater.**

Donnerstag, 14. August 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Prater. Das Bummelmädchen.**

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Opern (Kroll). Lohengrin.**

Anfang 8 Uhr.

**Urania. Großglöckner, Gasteln,**

Salzburg.

**Schiller O. Hjaros Hochzeit.**

**Westen. Schloßer Schäfer. Das**

starke Stück. Ein angebrochener

Abend.

**Berliner. Hilmgauer.**

**Thalia. Puppchen.**

**Metropol. Die Kino-Königin.**

**Herrnsfeld. Endlich allein. Die**

Schönheit-Jäger.

**Wintergarten. Spezialitäten.**

**Reichshallen. Stettiner Sänger.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Komödienhaus. Hochherrschafliche**

Wohnungen.

**Deutsches Schauspielhaus. Das**

Farmermädchen.

**Lustspielhaus. Son Windhund.**

**Neue. Kompanie der Großstadt.**

**Süßen. Gedächtnis.**

**Polles Caprice. Die leuchtende**

Leinwand. Schloße patent.

**Kahno. Der Affenmenor.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Deutsches. Die Schiffbrüchigen.**

Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast. Eisskulptur: Blüt in**

St. Moritz.

**Sternwarte. Jmalidenstr. 57-62.**

**Schiller-Theater. Charlotten-**

burg.

Donnerstag, den 14. August 1913:

Eröffnung der Spielzeit.

**Der Leibgardist.**

Komödie in 3 Aufz. v. Franz Molnar.

Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag und folgende Tage:

**Der Leibgardist.**

**Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.**

**Sachse-Oper**

**Schiller-Theater O. Walner-**

8 Uhr:

**Figaros Hochzeit.**

**Deutsches Schauspielhaus.**

8 1/2 Uhr: Das Farmermädchen.

**Kroll-Oper**

7 1/2 Uhr:

**Lohengrin.**

Gastspiel: Frieda Langendorf

und Marcella Rosseler.

Freitag:

**Die Meistersinger von Nürnberg.**

**Theater des Westens.**

8 Uhr. Berichte Woche!

**Sylvester Schäfer.**

Vorher: Das starke Stück.

Ein angebrochener Abend.

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 182.

**Vampyre der Großstadt.**

(Wiederholung.)

Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gartendüne:

**Uebers großen Teich.**

Lebensbild in 4 Akt. Anfang 4 1/2 Uhr.

Vorher Konzert. Einakter. Dant. Teil.

**Metropol-Theater.**

Abends 8 Uhr:

**Die Kino-Königin.**

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Olfenbühl.

Musik von Jean Gilbert.

In Szene geleitet v. Dir. Rich. Schulz.

**Volksgarten - Theater.**

Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.

Donnerstag, den 14. August 1913:

„Ihre Familie“ oder „Zwei v. Ballett“

und die neuen Spezialitäten.

Anfang 4 Uhr.

Vorangezeigt. Freitag, den 15. August:

Lebtes Aufstreifen der Ballettmusikerin

Frl. Frida Lederer.

Wittwoch, den 20. August:

Benefizkonzert. F. L. Gebhardt-Hoffmann.

**ZOO**  
**LOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-  
Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

**Passage-Panoptikum**  
Die Offenbarungen  
der Traumalerin  
**Frau Assmann,**  
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.  
**AGA**  
die schwebende Jungfrau.  
**Buddha**  
die geheimnisvolle Tafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Casino-Theater**  
Wiedereröffnung:  
Sonnabend, den 16. August.  
„Der Aktien-Tenor oder  
Caruso auf Teilung“.  
Vorherf. tägl. 11-2 an d. Theaterkasse.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
(Meyel, Britton,  
Schrader etc.)  
Neu engagiert:  
Komiker  
**Russell.**  
Anfang  
8 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
7-9 Kottbuser-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Das Bummelmädchen**  
Gr. Musikanteng. in 4 Akt. v. R. Oebe  
Musik von Dietz und Schreyer.  
Grüßlied. Spezialitäten. Konzert.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

**Neue Welt**  
A. Scholz, Hasenheide 108-114  
Heute Donnerstag, d. 14. August:  
**Elite-Tag.**  
**Konzert u. Vorstellg.**  
verbunden mit  
großem Brillant-Feuerwerk.  
Auf allg. Wunsch n. einmal:  
Beschließung und Brand von  
Adrianopol.  
Pyrotechniker Nieland.  
Anf. 5 Uhr. Entree 50 Pf.  
Im Neuen Saal: Gr. Ball.

**LUNA PARK**  
Sonnabend, den 16. August 1913:  
**Elite-Tag mit**  
**Schönheits-Konkurrenz**  
3 Preise 3  
**Riesen-Brillant- und**  
**Front-Feuerwerk.**  
Täglich Militär-Konzert!

**Admiralspalast**  
Einz. Eispalast der Welt  
mit prunkvollen Eisballetten.  
Angenehm kühler Aufenthalt.  
Allabendlich  
**Flirt in St. Moritz.**  
Wiederauftr. der kleinen Charlotte.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königsdor. Cel.: Ernst Liebig.  
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
**Kaffee-Frei-Vorstellung**  
der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

**Genauere Augengläser**  
  
Lieferant für alle Krankenkassen.  
Optiker Stendel, Inh. Emil Klein,  
Berlin C, Roßstraße 32.  
10 Minuten vom Gewerkschaftshaus.

**Hausarztverein Neukölln** Sonnabend, den 16. August, in  
Bartschs Festsälen, Hermannstr. 49  
**2. Stiftungs-Fest**  
X KONZERT X THEATER X  
Eintritt 30 Pf. 288/7 Tanz frei

**Zur Aufklärung**

Die täglich zunehmende Beliebtheit der Gummiabsätze, insbesondere der Marke „Continental“, veranlaßt verschiedentlich Geschäftsinhaber, in Form von „Ausverkäufen“ dem Publikum ein Fabrikat von Gummi-Absätzen anzubieten, aus dem die Firma herausgeschliffen ist oder bei dem sie überhaupt nie vorhanden war. Wir bemerken demgegenüber, daß die

**Continental-Absätze**  
— die Garantiemarke —

nur bei Fachleuten, wie Schuhmachern und Spezial-Schuh- und Leder-Geschäften zu haben sind. Continental-Absätze werden in bester Qualität geliefert und in Kartons verpackt, und jedes Stück trägt den Namenszug „Continental“.

**P DUCK**

**DIE NEUE QUALITÄTS-  
3 Pfg-  
CIGARETTE**

M/GOLD  
M/HOHLMOST. FLACH





**GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN**  
**GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK**

Politische Uebersicht.

Jesuitenstreit.

Die „Germania“, das Organ der Geschorenen, bezieht sich die Meldung von der bevorstehenden Aufhebung des Jesuitengesetzes mit der größten Entrüstung zu demontieren. Sie wirft der „Tägl. Rundschau“, dem Organ der Geschorenen, vor, daß jene Meldung nur dem Evangelischen Bund Stoff zu einem Protestrummel geben soll. Aber dabei erklärt das Zentrum selbst, daß die bekannte authentische Interpretation des Bundesrats vom vorigen Jahr das Vorbild zur Aufhebung des Jesuitengesetzes gewesen sei, da sie sich als völlig unhaltbar erwiesen habe. Man hat nämlich auf diese Interpretation hin den Jesuiten das Auftreten in einigen westfälischen und badischen Orten verboten, in denen sie vor der angeblichen Milderung des Gesetzes ruhig die Seelen retten konnten. Nun, eine Verschärfung der Praxis war sicher nicht die Absicht des Bethmann-Hertling'schen Bundesrats, der eben jetzt wieder dem Zentrum für die Bewilligung der ungeheuerlichen Rüstungsverstärkung so dankbar sein muß. In dieser Stellung des Zentrums, das nichts umsonst tut und dessen Christentum sich sicher nicht ohne gute Gegenleistung in der Vermehrung der Regimenter, Geschüge und Offiziersstellen äußert, liegt aber gerade die Wahrscheinlichkeit für die von der „Germania“ bestrittene Meldung. Aber schließlich — braucht der Evangelische Bund ein bißchen Entrüstung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes, so braucht das Zentrum dringend noch für den am Sonntag zusammentretenden Meyer Katholikentag die Harse für den alljährlichen Schmerzensgesang um die „vom Vaterland ferngehaltenen teuren, besten Söhne, die allein noch den Untertan aufhalten können“. Worüber sollte man denn sonst in Meyer reden? Etwas gar über die Abmürkung der christlichen Gewerkschaften und der Kölner Richtung?! Schon damit diese peinlichen Dinge nicht erst herankommen, muß dem Jesuitenchorus der größte Spielraum bleiben. Nach dem Fest kann man dann eher zugeben, daß es soweit ist, die Abmachungen von der Wehrvorlage einzulösen!

Der Krupp-Prozess vor dem Oberkriegsgericht.

Die Verurteilten im Krupp-Prozess haben, mit Ausnahme des bei Krupp angestellten Droese, sämtlich Berufung an das Oberkriegsgericht eingelegt. Die Verhandlung dürfte im Laufe des Monats Oktober stattfinden.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise?

Die „Neue Gesellschaftl. Korr.“ verbreitet die Meldung, daß die Linke und das Zentrum bei Wiederzusammentritt des Reichstages eine Neueinteilung der Wahlkreise fordern werden. In der bürgerlichen Presse, soweit sie nicht den Junkern dient, wird diese alte Forderung der politischen Gerechtigkeit zwar begrüßt, aber zu ihrer Begründung mit bezeichnender Uniformität auf diejenigen Reichswahlkreise verwiesen, in denen große bürgerliche Minderheiten glatt unter den Tisch fallen, wie insbesondere Teltow-Beeskow — und es wird als die dringende Notwendigkeit die Teilung gerade dieses Wahlkreises gefordert. Von einer derartigen teilweisen Gerechtigkeit darf natürlich keine Rede sein, wenn sie auch gerade den Nationalliberalen und dem Zentrum ohne weiteres zuträuen ist, die ja im Dreiklassenhaufe mit aller Fähigkeit an der Wahlkreishand der Vergewaltigung der Städte und Industriebezirke festgehalten haben. Die Reichsverfassung muß durchgeführt werden, die das gleiche Wahlrecht und darum gleich große Wahlkreise fordert.

Das Schicksal der Fahrkartensteuer.

Zu den Steuern, die sich gar nicht „einleben“ können, gehört die Fahrkartensteuer, die dem Reich zwar eine Einnahme, den im Besitz der Eisenbahnen befindlichen Bundesstaaten aber Nachteile gebracht hat. Ueber die Frage einer Reform dieser Steuer hat die „Berliner Börsen-Zeitung“ an maßgebender Stelle erfahren, daß man dort immer noch den Standpunkt vertritt, daß die Fahrkartensteuer in ihrem Aufbau verfehlt sei und die Schuld an der starken Abwanderung aus den höheren in die niederen Wagenklassen der deutschen Eisenbahnen trage. In dieser Erkenntnis hat nicht nur die preussische Regierung, sondern mit ihr eine Reihe anderer Bundesstaaten wiederholt Vorschläge zur Reform der Fahrkartensteuer ausgearbeitet. Die übereinstimmend davon ausgingen, durch eine geringere Besteuerung der ersten und höhere Besteuerung der dritten Wagenklasse einen Ausgleich unter den Fahrgästen, die der Steuer unterliegen, herbeizuführen. Eine Besteuerung der 4. Wagenklasse kam dagegen nicht in Frage. Diese Reformversuche der verbündeten Regierungen fanden beim Reichstag keine Gegenliebe; sämtliche Vorschläge fielen entweder schon in der Budgetkommission oder im Plenum unter den Tisch, weil der Reichstag einmal dem Verlangen der Regierung, einen Ertrag für den Ausbau der ganzen Fahrkartensteuer zu schaffen, nicht enttrah, und zum zweiten keine Neigung hatte, dem Wunsch der Regierung entsprechend die erste und zweite Klasse durch eine wenn auch noch so geringe Mehrbelastung der dritten Klasse zu entlasten. Grundsätzlich steht die Regierung noch heute auf dem Standpunkt, daß eine Veränderung der Fahrkartensteuer gerade im Interesse des Eisenbahndverkehrs und der Reichsfinanzen dringend erwünscht sei.

Ein merkwürdiges Kruppopfer.

Gegen den früheren Vorgesetzten des Krupp'schen Kornwalzgermators Brandt, den Hauptmann a. D. v. Meyen, will man jetzt ehrengerichtlich vorgehen, weil er von den Kornwalzern einen unrechtmäßigen Gebrauch gemacht haben soll. Offenbar verdächtigt man ihn, dem Genossen Dr. Liebnecht das Material zu seinen Enthüllungen geliefert zu haben. Liebnecht ist das Material anonym durch die Post zugegangen und es spricht nichts dafür, aber manches dagegen, daß gerade Herr v. Meyen daran irgendwie beteiligt ist. Aber gesetzt, es wäre der Fall — will man dann wirklich gegen denjenigen vorgehen, der zur Beseitigung von Zuständen beigetragen, die doch gerade bei den Militärschergen den höchsten Abscheu erwecken mußten? Und was ist es mit den Offizieren, die von den Kornwalzern wußten und ihr Wissen ruhig für sich behielten?! Regt sich da die Ehre des vornehmsten Rodes nicht?!

Aus dem Reich des Herrn Breitenbach.

In welcher erschreckenden Weise die Schnäffelei und Verhöhnung im Bereiche der preussischen Eisenbahnverwaltung zum

System ausgebaut ist, das Lehrte eine Verhandlung, die dieser Tage vor dem Schöffengericht in Potsdam stattfand. Der Bahnarbeiter Krause in Michendorf hatte seinen Kollegen, den Bahnarbeiter Heine wegen Verleumdung verklagt, weil dieser dem Bahnmeister Braun erzählt hatte, Krause sei am zweiten Osterfeiertag im sozialdemokratischen Arbeiterklub gewesen. Der Amtsrichter fragte ganz erkaunt, wo denn da eine Verleumdung liegen solle, die Antwort des Klägers lautete: Die Verwaltung habe ihn zur Klage gezwungen, um „reint dazusehen“. Der Bahnmeister mußte, als Zeuge vernommen, eingestehen, daß ihm Heine das nicht hinterbracht, sondern daß er den Heine danach gefragt habe: „Schließlich kam ein Vergleich zustande, in dem die „beleidigende“ Behauptung zurückgenommen wurde.“

Dieser kleine Auschnitt aus dem Treiben innerhalb der Bahnverwaltung spricht Bände. Der Bahnmeister Braun ist offenbar der Typ des Beamten, wie die preussische Bahnverwaltung ihn sich wünscht, er bestimmet sich sogar darum, wo die Arbeiter an freien Tagen ihr Bier trinken! Und wenn nun der Arbeiter wirklich im Gewerkschaftshause ein Glas Bier getrunken hätte? Was in aller Welt geht denn das die Organe der preussischen Eisenbahnverwaltung an. Hätte der Arbeiter eine Animerkneipe aufgesucht, dann wäre ihm sicher kein Vorwurf gemacht worden, zumal solche Lokale meist sehr patriotisch mit Kaiserbildern ausgestattet sind, aber ein Besuch im Gewerkschaftshause, in dem weder Birnen noch Juhälter verkehren, gilt als ein Verstoß, wegen dessen sogar eine gerichtliche Klage angestrengt werden muß.

Bedenkliches Schweigen.

Auf die offenen Fragen, die unser Waldenburger Parteiorgan an den konservativen Chefredakteur Lippold richtete und die dahin lauteten, ob der Reineidsdenunziant Köhler von Lippold 75 M. „Vorkauf“ erhalten habe lange bevor er eingestellt wurde, hat der Herr bis jetzt noch gar keine bestimmte Antwort gegeben. Obgleich seit der ersten Fragestellung bereits anderthalb Wochen verstrichen sind und die Fragen von der „Schlesischen Vergewaltigung“ schon ein zweites und drittes Mal in derselben bestimmter Form gestellt worden sind, hat der Veranlasser des Reineidsprozesses bisher weder mit ja oder nein geantwortet. Das einzige, womit der Mann auf die Angaben unseres Parteiorgans reagierte, bestand in zwei versteckten Zeitungsnutzen, in denen sich L. darauf beschränkte, die Fragen als „Klatsch“ zu bezeichnen, der vom Viertel der „Vergewaltigung“ zugetragen sei. Demgegenüber betonte die Redaktion unseres Parteiorgans auf das entschiedene, daß ihre Quelle eine sehr laute sei und daß jetzt, falls sich L. noch ferner vor einer klaren Antwort drücken sollte, der Staatsanwalt Gelegenheit nehmen müßte, zu erfordern, was wahres an den gestellten Fragen sei. Jedenfalls muß das verlegene Schweigen des konservativen Blattes den Verdacht erhöhen, daß Köhler in der Schwurgerichtsverhandlung in Schweidnitz auf die Frage der Verteilung und des Gerichts unwahre Angaben gemacht hat, und daß der als Zeuge anwesende Lippold bei dieser Gelegenheit unterlassen hat, den Sachverhalt aufzuklären. Man darf gespannt sein, ob der Staatsanwalt jetzt in Aktion treten wird.

Die neue Balkanlage in englischer Beleuchtung.

Sir Edward Grey hat im englischen Unterhause eine zusammenfassende Darstellung der Balkanprobleme gegeben. Besonders beachtenswert war der Passus, aus dem hervorgeht, daß auch England den Bukarester Frieden als definitiv ansieht und von einer Revision nichts wissen will. Weniger klar waren die Ausführungen Greys über die Maßnahmen gegen die Türkei wegen der Räumung Thraziens und Adrianopels. Am schwersten wird hier die Drohung mit einer Unterbindung der finanziellen Unterstützung der Türkei wiegen. Wie noch nachträglich aus London gemeldet wird, sagte Grey in bezug auf das Verhältnis zur Türkei noch folgendes:

„Unsere Politik gegenüber der Türkei richtet sich auf die Herstellung gesunder Finanzen, einer guten Rechtspflege, der Ordnung und einer guten Regierung. Eine wirkliche Gefahr droht der Türkei nicht von einem äußeren Angriff, sondern von innerer Unordnung und innerer Schwäche. Die Politik, die wir zu verfolgen wünschen, hängt, um erfolgreich sein zu können, von der Zustimmung und dem guten Willen der anderen europäischen Mächte ab. Die asiatische Türkei interessiert so viele Mächte, und zwar so bedeutend, daß, was immer getan werden soll, mit Zustimmung aller geschehen muß.“

Am Schlusse seiner Rede sagte Grey, das europäische Konzert habe ein großes Ziel, nämlich die Lokalisierung des Krieges, gehabt, und es sei weise gewesen, sich darauf zu beschränken. Mehr zu erstreben, hätte das ganze Konzert gefährden können. Es sei leicht, von der Stärke der europäischen Mächte zu sprechen, und wie sie ihren Willen geltend machen könnten, wenn sie nur wollten. Natürlich könnten sie Mitiendemonstrationen vornehmen, aber wenn sie bei den letzten Ereignissen hätten intervenieren sollen, so hätten sie Truppen gebraucht und riskieren müssen, daß ihre Soldaten getötet würden. Es sei übrigens schwierig, die europäischen Mächte dazu zu bringen, daß sie Geld bewilligen und Truppen verwenden außer in den Fällen, wo die Interessen des eigenen Landes in Frage kämen. Es sei etwas sehr Fragwürdiges, Krieg zu führen, um Frieden zu erlangen, aber man müsse nicht annehmen, daß, wenn die Mächte als Ganzes keine Gewalt angewandt hätten, keine von ihnen unter allen Umständen so handeln würde. Wenn eine gewaltsame Intervention eintreten sollte, so würde sie wahrscheinlich nicht durch das europäische Konzert als Ganzes geschehen, oder indem das europäische Konzert einem Mitgliede ein Mandat erteile, sondern die eine oder andere Großmacht könnte so herausgefordert werden, daß sie in eigenem Interesse auf eigene Hand vorgehe.“

Serbien demobilisiert.

Belgrad, 13. August. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Ukas des Königs, durch den die Demobilisierung der gesamten serbischen Armee angeordnet wird.

Amerika.

Die Anklage gegen den Gouverneur Sulzer. New York, 13. August. Gouverneur Sulzer wurde durch das Unterhaus des Staates New York nach einer langen Nachprüfung heute früh 6 Uhr mit 79 gegen 35 Stimmen in Anklagezustand versetzt unter der Beschuldigung, Wahlgeelder zu eigenem Nutzen verbraucht und in dieser Angelegenheit einen Reineid geleistet zu haben.

China.

Der letzte Stützpunkt der südstaatlichen Revolutionäre verloren. Shanghai, 13. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Wusungforts sind übergeben worden. Es heißt, daß die Wusungforts eine wichtige Rolle gespielt hat. Tausend Mann Regierungstruppen schlugen am Montag 1500 Rebellen in der Nähe von Shanghai. Die letzteren griffen die Regierungstruppen an, indem sie Salben abgaben. Als die Rebellen anfangen zu schwanken, griffen die Nordtruppen mit dem Bajonet an. Sie töteten 200 Mann. Li-tsch Chün, der ausländische Gouverneur von Kiang-si versucht, den Widerstand neu zu organisieren, indem er es als verächtlich ablehnt, dem Beispiel der Huangking und Sunpatzen zu folgen, die er als armselige Feiglinge darstellt.

Der politische Massenstreik.

Die Genossen des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises diskutierten am Dienstag in vier Versammlungen die Frage des politischen Massenstreiks.

Die Versammlung in den Pharusfälen

war so stark besucht, daß der Saal die große Zahl der Erschienenen kaum fassen vermochte. Genosse Konrad Haenisch hatte das Referat. Er führte, oft von lebhaften Zustimmungsausschreitungen unterbrochen, etwa folgendes aus: Das Thema, aus der gegenwärtigen Situation entspringen, dürfte auch nur im Zusammenhange mit dieser behandelt werden, damit wir zu einer fähigen und nüchternen Abschätzung aller Bedingungen und Möglichkeiten kommen. Die herrschende Situation sei aber gekennzeichnet durch eine weite Kreise der Arbeiterschaft beherrschende Stimmung des Mißvergnügens, der Enttäuschung, hervorgerufen durch das Mißverhältnis zwischen der Stärke unserer Organisationen und den tatsächlichen praktischen Erfolgen. Dies, in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Niedergange und der stets eintretenden Entspannung nach Wahlen, bietet erst eine volle Erklärung des Stillstandes in der Organisation und des Rückganges der Arbeiterpresse.

Es würde eine gefährliche Täuschung sein, wollten wir von dem sogenannten „roten“ Reichstag, der uns eine so ungeheuerliche Militärvorlage beschert habe, wie nie zuvor irgend ein anderer Reichstag und der in sozialpolitischer Hinsicht völlig unfruchtbar geblieben sei, etwa in den kommenden handelspolitischen Kämpfen eine vollstrebende Haltung erwarten. Gewiß tue unsere Fraktion voll und ganz ihre Schuldigkeit, aber in allen entscheidenden Fragen zerstücke die angebliche „Mehrheit der Linken“ wie Spreu vor dem Winde; handle es sich um Lebensinteressen der Massen, so stünde uns auch in diesem Reichstag die „eine reaktionäre Klasse“ geschlossen gegenüber. Auch die Kämpfe unserer kleinen Landtagsfraktion werden selbst nach der erhaltenen Verstärkung, keine nennenswerten Erfolge erzwingen können. Trüt hierzu noch der offene Hohn der Gegner, wie er zum Beispiel im Organ des Kanzlers unmittelbar nach dem Ausfall der Landtagswahlen zutage trat, dann muß das in den Massen eine Stimmung auslösen, die nach anderen Mitteln schreit.

Hier müssen wir uns zunächst einmal fragen, welches sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Gegenwartarbeit: des Parlamentarismus, des gesellschaftlichen und des gewerkschaftlichen Kampfes. Wir können diesen Faktoren alle ihnen gebührende Hochachtung entgegenbringen und ihre weitere kräftigste Pflege für ganz unerlässlich halten, und werden bei nächster Gelegenheit doch zugeben müssen, daß ihrer Wirksamkeit Grenzen gesetzt sind, die ihnen aus der herrschenden Wirtschaftsordnung erwachsen. Wenn wir diesen altbewährten Kampfmitteln ein neues zufügen wollen, so heißt das durchaus nicht, sie zum alten Eisen werfen, sondern sie durch eine wirksame Waffe ergänzen.

Hatte die Arbeiterschaft bisher ihren Kampf vorwiegend durch ihre Vertreter geführt, so muß jetzt daneben in immer höherem Maße auch die Masse selbst handelnd auf die Bühne treten. Die Verhältnisse sind weit entwickelt und die innere Kraft der Arbeiterbewegung ist so sehr gewachsen, daß wir jetzt in jene Periode des Massenkampfes eingetreten sind, in der wir von der Wucht in immer steigendem Maße zum Angriff übergehen müssen. Die erste Forderung, die es zu stürmen gilt, ist die Jüngburg der preussischen Dreiklassenmacht. In diesem Kampfe wird sich die neue Taktik der Massenaktion immer mehr entzünden. Die Bedeutung und Kraft der Massenaktionen ist von altersher bekannt. Die militärischen Paraden und Aufzüge, die katholischen Prozessionen haben keinen anderen Zweck, als die gewaltige Kraft der Masse zu demonstrieren.

Ich bin überzeugt, daß der Massenstreik über kurz oder lang einmal kommen muß, und gerade deshalb dürfen wir nicht leichtfertig an diese Frage herantreten. Der Massenstreik läßt sich weder vom Parteivorstand noch von der Generalkommission durch Kommando hervorrufen. Er wird und muß aus den Verhältnissen herauswachsen und dann wird es, wie sich die Verhältnisse in Deutschland zugespielt haben, um das Ganze gehen und wir dürfen nicht erwarten, die Sympathie auch nur eines Teiles des liberalen Bürgertums auf unserer Seite zu haben. Man überschätze auch vielfach die Wahrscheinlichkeit, beträchtliche Teile der gelb oder christlich organisierten Arbeiter mitzuführen. Dagegen muß es unser Streben sein, die gewaltigen Massen der Verlehrs-, Verg- und Landarbeiter für die Massenstreikidee zu gewinnen. Vor allem auch die Buchdrucker sind wichtig, weil das Fehlen der gewohnten Nachrichten ein nicht zu unterschätzendes Moment der Unruhe in die Bourgeoisie bringt. Ist aber die Erziehung der Buchdrucker durch ihr Verbandesorgan, ist dessen Haltung zum Massenstreik derart, daß sie die notwendige Begeisterung erzeugt? Schließlich wird auch noch zu erwägen sein, wie die Konjunktur auf den Massenstreik einwirkt. Gewiß erhöht die Zeit der Krise, in die wir jetzt eingetreten sind, auf der einen Seite die Erbitterung der Massen, auf der anderen Seite aber bietet natürlich eine Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit an sich keineswegs etwa einen besonders geeigneten Boden für einen Massenstreik.

So kann ein Massenstreik nicht jeden Augenblick beliebig „proklamiert“, dann wieder abgebrochen und morgen an irgend einer anderen Stelle aufs neue inszeniert werden, sondern er wird nur dann kommen, wenn auf der einen Seite die Verhältnisse und auf der anderen Seite die Menschen für ihn reif sind. Auf das Letzte können und müssen wir durch Erörterung und nicht zuletzt auch durch rastlose Organisationsarbeit, die niemand in ihrem hohen Werte unterschätzen sollte, mit aller Kraft hinwirken. Man hüte sich, in einzelnen „Führern“ die Schuldigen zu sehen, wenn es nicht schnell genug vorwärts geht. Wir dürfen die großen, und bevorstehenden Kämpfe nicht damit einleiten, daß wir uns alle gegenseitig verärgern und verbittern. Damit ist dem Massenstreikgedanken wirklich nicht gedient.

Im übrigen wünscht Redner, daß sich besonders diejenigen über die Frage des Massenstreiks äußern, die noch im verkünftigen Leben selbst stehen und die schließlich doch die größten Opfer zu bringen haben. Wie, sobald einmal die große Stunde schlägt, deren Entscheidung ausfallen wird, ist mir nicht zweifelhaft, denn, wenn die Arbeiter schon jetzt um einige Pfennige Lohnerhöhung oder um eine halbe Stunde Arbeitsverlängerung lange, opfervolle Kämpfe führen, so werden sie auch ihren Mann stehen, wenn es sich

einmal um die heiligsten Rechte, um die höchsten Güter der Menschheit handelt.

In der anschließenden Diskussion sprach sich eine große Anzahl Redner ausschließlich in zustimmendem Sinne aus.

**Im Moabiters Gesellschaftshaus**

sprach vor überfüllter Versammlung Genosse Ströbel. Das Thema des Massenstreiks ist — so führte er aus — kein neues. Schon im Jahre 1905 und 1906 beschäftigten sich zwei Parteitage mit dem politischen Massenstreik. Heute nun wird dieser besonders aktuell, da unsere Wünsche und Forderungen mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse nicht gleichen Schritt gehalten haben. Als im letzten Monat ein Stillstand innerhalb der Organisationen konstatiert werden mußte, vertrat verschiedene die Ansicht, andere Mittel als bisher anzuwenden, um die Bewegung vorwärts zu bringen. Nun sei es ja der Meinung, daß die Stagnation eine periodisch auftretende Erscheinung sei. Das sei zwar bedauerndwert, aber keineswegs tragisch zu nehmen; denn bei einer Hebung der Konjunktur werde auch diese Unannehmlichkeit schwinden. Nun darf aber keineswegs die Erörterung des Massenstreiks darunter leiden, daß man ihn unter dem Gesichtspunkt einer momentanen Flaute zur Hebung dieser diskutiert; er muß vielmehr im Zusammenhang mit den sozialen und politischen Verhältnissen erzwungen werden. Von vornherein abzulehnen ist der anarchische Generalstreikgedanke. Da wir wissen, daß die bürgerliche Ordnung so fest gefügt ist, ihre Machtmittel so gewaltig sind, daß wir sie auf einmaligen Ansturm nicht werfen können, dürfen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß in den verschiedensten Situationen, verschiedenemal mit der größten Intensität gekämpft werden muß. So sehr unser bisheriges Wachstum in jeder Beziehung und mit Genugtuung erkennen kann, ebenso sehr müssen wir uns der gleich starken oder stärkeren Organisationen unserer Gegner bewußt werden, die sich alle in den Dienst des Klassenstaates stellen.

Der politische Massenstreik bildet nur den Anfang des großen Ringens. Denn nach und nach würde bei Erreichung dieser Waffe dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, an Stelle des Klassenstaates den sozialistischen Staat zu erringen, doch ist das vorläufig ein Fernziel. Ueber die Notwendigkeit des Massenstreiks muß also geredet werden; kindlich aber wäre es, zu sagen, wir müssen schon in diesem Herbst oder Winter losziehen. Vielmehr wird die Ausföhrung erst in den nächsten Jahren akut sein. Die Energie und das Bollen der Massen sowie die kommenden politischen und sozialen Verhältnisse werden dann schon die Kampfbedingungen schaffen. Auch werden in Preußen-Deutschland, wie z. B. in Belgien, nie die Liberalen, welcher Schattierung sie auch angehören, einem Wahlrechtsstreik sympathisch gegenüberstehen. Das beweist ihre Vergangenheit und die Gegenwart. Niemals haben sie, wo es sich um die breite Masse handelte, einen Finger gerührt, so daß wir ganz allein auf unsere eigene Kraft angewiesen sein werden. Darüber, daß wir einer geschlossenen reaktionären Polang gegenüberstehen, müssen wir uns vor allen Dingen klar sein. Dann haben sich vor allem die Organisationen in den Dienst der Sache zu stellen. Ist in diesem Sinne gearbeitet, dann darf man sich auch weiter nicht scheuen, selbst große persönliche Opfer zu bringen; denn auch das Bürgertum hat in seinen Revolutionen und Kämpfen sein Leben in die Schanze geschlagen. Dem Proletariat wird das vielleicht auch nicht erspart bleiben. Notwendig ist es deshalb, geistige Waffen zu gebrauchen, um diejenigen, die einst der „bormehmische Red“ bescheidet, zu Sozialdemokraten zu erziehen, daß sie nicht auf Vater und Mutter schauen. (Zuruf: Jugend, Jugendbewegung!) Jawohl, doch ist diese so leicht nicht gewonnen, hintermals die Kriegs- und Abenteuerromantik des „Jugenddeutschlandbundertüchtigung“ einen gewissen Reiz auf die jungen Seelen ausübt. Dies veranlaßt uns, doppelte Kraft anzuwenden, vor allem aber müssen die Arbeitereltern ihren moralischen Einfluß geltend machen.

Der Parlamentarismus, den der Redner absolut nicht herabsetzen will, wird unter den gegebenen Verhältnissen auch nichts bringen können. Stärkere Schwörungsformeln müssen wir anwenden. Die Tat muß folgen. Das Kapital muß fühlen, daß wir ihm Wunden schlagen wollen, daß es uns ernst ist. Es ist dann nicht ausgeschlossen, daß die Bourgeoisie sich sagt, wir wollen es lieber mit dem Judenbrot versuchen, ehe uns große wirtschaftliche Wunden geschlagen werden.

Selbstverständlich ist, daß mit dem zweischneidigen Schwert „Massenstreik“ nicht gespielt werden darf. Zu viel steht auf dem Spiel, so daß man es den Gewerkschaftsführern und dem Parteivorstand nicht verargen kann, wenn sie vorerst zögern. Kommt aber der ungesunde Wille zum Massenstreik innerhalb der organisierten Arbeiterchaft zum Durchbruch, so wird Parteivorstand und Generalkommission nicht verweilen, sich an die Spitze zu stellen. (Lebhafter Beifall.)

**Dr. Rosenfeld**, der als erster Diskussionsredner sprach, glaubt die Frage aufwerfen zu müssen, ob Ströbel für oder gegen den Massenstreik ist. Verschiedene Stellen seines Referats ließen ihn als Anhänger erkennen, doch habe er andererseits grau in grau gemalt, so daß man im Zweifel sein kann. An dem Ausbleiben der Massen hat wohl die Partei selbst schuld. Daß Massen auf die Weine gebracht werden können, das haben die Straßendemonstrationen zur Genüge bewiesen. Der plötzliche Abbruch des begonnenen Wahlrechtskampfes und die gedämpften Reichstagswahlen mußten naturgemäß eine Enttäuschung bringen. Weiterhin verringert die Gesetzesförmigkeit und das Arbeiten auf höchstem Kommando alle Initiative innerhalb der Genossen. Nicht minder verschulden verschiedene Gewerkschaften eine derartige flaue Stimmung. Bedauerlich ist es, daß verschiedene Gewerkschaftsblätter sich ähnlich wie die „Metallarbeiter-Zig.“ ausgeprochen haben. Inerklärlich ist es, daß die Gewerkschaftler, die doch sonst Niesenkämpfe um 2 Pf. Lohnerhöhung usw. führen, wo doch auch das Wohl und Wehe der Gewerkschaften auf dem Spiel steht, sich bei der Wahlrechtsfrage nicht fragen, ob es lohnt, ein Risiko einzugehen. Um das preußische Wahlrecht zu erobern, heißt es den Massenstreik zu propagieren und bei kommender Gelegenheit ihn zu benutzen. Auch hier gelte das Wort: „Bereit sein ist alles.“ (Lebhafter Beifall.)

**Grafe** wundert sich über die pessimistischen Ausführungen des Referenten. Das Fehlen der Aktion sei jetzt überhaupt im Schwange. Weder beim Parteibesuch noch bei der Militärvorlage sei etwas Ernsthaftes unternommen worden.

**Rehlich** sprach noch die Genossen Friedel, Hoß und Foes in längeren Ausführungen.

In seinem Schluswort betonte **Ströbel**, daß er mit Absicht nicht an die Gefühle, sondern an den Verstand der Anwesenden appelliert habe. Nichts liege ihm ferner, als den Genossen die Sache zu vereiteln, sondern er wolle nur zeigen, was für riesige Opfer gebracht werden müssen. Ihm persönlich sei das preußische Wahlrecht wohl mehrere Massenstreiks wert. Aber nur dann können wir weiter kommen und eventuelle Niederlagen überwinden, wenn die Kämpferkraft mit dem Geist des Klassenbewußtseins durchdrungen ist. (Lebh. Beifall.)

**Im Saale des Lokals**

**„Kassanienwäldchen“**

sprach Genosse **Eichhorn**. Er führte u. a. aus: Die Idee des Massenstreiks ist eine alte. Schon in den 70er Jahren wurde diese Frage diskutiert, belämpft und beantwortet. Sie und gilt der Begriff des Massenstreiks, wie er auf den Parteitagen in Jena und Mannheim festgelegt worden ist. Nur um diese Form kann es sich handeln. Man hat sich gewundert, daß mit einem Male diese Frage so lebhaft debattiert wird. Wer über die politischen Vorgänge sündig orientiert ist, war nicht überrascht. Wir wissen, daß, wenn große Fragen auf dem Spiele stehen, sie immer mit ganzer Macht von unten heraus hervorbrechen. Die jetzige Massenstreikdebatte ist keine Väteratenerörterung, auch keine Sensationssache. Ueberall, im Norden und Süden des Reiches, hat die Frage alle Gemüter ergriffen. Wenn man eine Erklärung dafür suchen will, so kann sie nur in der allgemeinen Abhängigkeit liegen, die sich in der Partei langsam, aber sicher entwickelt hat. (Sehr richtig!) 1912 hatten wir große

Erfolge bei der Reichstagswahl. Da kam mitten in die Siegesfreude hinein die Parole der Dämpfung. Als gutdisziplinierte Parteigenossen haben sich die Mitglieder gefügt. Um so leichter wurde die Mißstimmung verwischt, als 110 Abgeordnete in den Reichstag einzogen. In den letzten Jahren hat sich überdies eine starke Uebersehigung des Parlamentarismus bemerkbar gemacht. Redner erklärt, der Parlamentarismus nicht unterschätzen zu wollen. Aber allein auf parlamentarischem Wege könnten wir unsere Ziele nicht erreichen. Es kam dann der Vorstoß des Militarismus, ein Vorstoß, wie wir ihn seit Bestehen des Deutschen Reiches nicht erlebt haben und nicht für möglich gehalten hätten. Niemand hätte geglaubt, daß eine Wehrovorgabe wie diese so glatt durchgehen würde in einem Reichstag, wo 110 Sozialdemokraten sitzen und der schwarze Block in eine wenn auch knappe Minderheit gedrängt war. Da ist wohl manchem, der vom Parlamentarismus begeistert war, das Gefühl aufgeklagen, daß in der Militärfrage mehr hätte geschehen sollen. Ferner kam dazu, daß die Fraktion zum ersten Male von dem Grundlag abging: diesem System keinen Groschen. Die Fraktion hat die Gründe für ihre Haltung dargelegt und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß sie in Jena ein Vertrauensvotum bekommen wird. (Hört! hört!) Er, Redner, wolle keine Kritik üben, sondern nur zeigen, wie das starke Gefühl des Mißbehagens entstanden ist, das die wesentliche Quelle der Massenstreikdebatten bildet. Daraus könne man verstehen, daß von unten heraus stärkere Mittel verlangt werden. Es kommt noch hinzu, daß die Landtagswahl zeigte, daß die Junkerliberalität auf diesem Wege nicht gebrochen werden kann. Wer auf den Liberalismus seine Hoffnung setzt, der ist auf dem Holzwege. Selbst unsere Fortschrittler in Preußen sind nicht so, daß wir uns in der Wahlrechtsfrage auf sie verlassen können. Nun hatten wir ja eindrucksvolle Demonstrationen, und die haben bei dem Bürgertum auch Frucht ausgelöst; politische Erfolge in der Wahlreform aber haben sie nicht gebracht. Dieß ist also lediglich noch der Massenstreik. Auch Redner ist der Meinung, daß die Stimmung, die aus dem Volke heraus kam, den richtigen Weg geht, indem sie den Massenstreik fordert. Die Reichspolitik ist zugeschnitten auf die preußische Junkerpolitik. Keine Gesetzesvorlage im Reiche, die nicht erst die preußischen Ministerien passieren muß. Darum kommt dem preußischen Landtag eine andere Bedeutung zu wie den Landtagen in den übrigen Bundesstaaten. In den Resolutionen der Parteitage über den Massenstreik wird dieser als ein Mittel bezeichnet, um auch politische Grundrechte zu erobern. Ein solcher Fall liegt also vor. Darum muß der Massenstreik propagiert und organisiert werden; allerdings kann nicht blindlings der Massenstreik proklamiert werden. Der Massenstreik ist ein schwieriges Problem und bedarf intensiver Vorbereitung und vor allem auch eines günstigen Zeitpunktes. Der Massenstreik darf jedoch nicht wieder auf die lange Bank geschoben werden. Gätten wir die Organisation vor sieben Jahren energisch in Angriff genommen, wie es Bebel in seiner Massenstreikrede forderte, wer weiß, ob wir nicht schon die Probe damit gemacht hätten. Wir gehen zurzeit einer großen Krise entgegen. Es ist selbstverständlich, daß wir in dieser Situation keinen Massenstreik machen können. Nun sagen manche, beim Massenstreik werden die Unternehmer ausperren und dann ist die Gewerkschaftsarbeit von dreißig Jahren vernichtet. Redner glaubt das nicht; er könne sich keinen Massenstreik denken, bei dem nicht der größte Teil aller Gruppen aus der Werkstatt ginge. Wer sollten die Unternehmer dann ausperren? Die Christlichen und die Selves? Wenn nur die zwei Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Preußen hinausgehen und ausfallen, dann werden sich die Unternehmer halten und ausperren! Die Furcht vor den Unorganisierten ist ebenfalls übertrieben. Die Organisierten bilden die Kerntruppe der Arbeiter, mit dem anderen Kruppzeug wird das Unternehmertum nichts anfangen können. Im übrigen werden die Vorbereitungen zum Massenstreik schon von heilsamer Wirkung sein. Die Hauptfrage ist, daß wir einig sind in der Frage, ob der Massenstreik als schärfstes Mittel zur Erringung des Wahlrechts angewandt werden soll. Darum muß hingewirkt werden darauf, daß sich der Parteitag dahin erklärt: das preußische Wahlrecht ist Grund genug, um Gebrauch vom Massenstreik zu machen. Wenn nur der Wille da ist und der Anfang mit der Organisation des Massenstreiks gemacht ist, dann werden wir in absehbarer Zeit auch zur Anwendung dieser scharfen Waffe und zum Siege kommen. (Stürmischer Beifall.)

Als erster Diskussionsredner nahm **Küder** das Wort, der sich mit dem Referenten einverstanden erklärte. Es handle sich nur um die Frage: wer kann und wer wird bei einem Massenstreik mitgehen? Dies festzustellen, sei notwendig. Er wende sich gegen jene, die morgen schon den Massenstreik wollen. Solche gäbe es. Wenn der Massenstreik in Szene gesetzt wird, dann muß ihm auch der Sieg folgen. Die Arbeiter schließlich bloß zur Demonstration auf die Straße treiben, hieß ein Verbrechen begehen. Er sei kein Gegner des Massenstreiks, aber die Zeiten und Verhältnisse müßten danach sein, um ihn riskieren zu können. Es wird gesagt, die Massen haben das Vertrauen zu ihren Führern verloren. (Stürmischer Beifall!) Die Führer wollen aber nur die Gewißheit haben, ob die Mitglieder auch dem Rufe folgen.

**Schubert**: Die Interesse- und Temperamentlosigkeit des deutschen Arbeiters sind daran schuld, daß wir nicht weiter kommen. Sonst wäre das preußische Wahlrecht schon längst geändert. Wir müssen andere Erziehungsmethoden einführen, mehr Idealismus entfachen und uns nicht einlassen lassen. Hoffentlich wird der Parteitag nicht mit einem Referat über diese Frage hinweggehen, zumal noch andere Positionen als das Wahlrecht dabei in Betracht kommen.

**Fuß**: Der Worte sind genug gewechselt. Lassen wir denn Taten sehen! Die ganze politische und gewerkschaftliche Situation drängt zum Massenstreik. Rufen wir dazu!

**Weide**: Wenn wir dem Proletariat ein Ziel geben und uns nicht mehr selbst bekämpfen, dann werden eine ganze Menge Indifferenten zu uns herüber kommen. Ein großer Teil der Massen ist verärgert und entmutigt über unsere schlappe Haltung. Wir müssen zur Offenstube übergehen.

**Pett**: Es werde niemand annehmen, daß wir jemals alle Arbeiter unter eine Fahne bringen werden. Darum ist es Pflicht, vor allem in unseren Reihen den Massenstreik zu propagieren. Wir lassen uns viel zu sehr leithammeln. Das hat großen Verdruß in der Menge ausgelöst.

**Weher**: Der Massenstreik ist in nächster Zeit nicht möglich. Wer in der Fabrik arbeitet, weiß, daß Leute, die sonst nicht den Mut haben, sich selbst einzusetzen, auch nicht für den Massenstreik zu haben sind. Vorläufig ist es also damit nichts. Der Massenstreik ist ein gutes Kampfmittel, aber nur zur rechten Zeit. Nicht die Hälfte von zwei Millionen würde jetzt herausgehen.

**Reimann**: Wir müssen zeigen, daß wir mehr Können als demonstrieren. Die Gewerkschaftsführer wollen bloß ihre gesicherte Position hochhalten. Wir haben nichts zu verlieren.

**Kruidt**: Wir hätten und schon früher mit der Massenstreikfrage beschäftigen müssen. Wir sind an den Massenstreik schon gewöhnt. So oft, wie wir ohne Arbeit sind! Und den Hunger kennen wir auch. Wir brauchen deshalb nicht 60 Jahre zu warten. Unsere Kinder müssen in unserem Sinne erzogen werden.

**Lrich**: Der politische Massenstreik hätte schon mehr propagiert werden müssen. Der Redner erklärt, wenn mal fünf Jahre nicht gehet, so fünf Jahre keine Kinder in die Welt gesetzt würden, dann können wir in der Massenstreikfrage mit einem Schlag weiter.

**Maebel** bedauert, daß Partei und Gewerkschaften leider doch nicht eins seien und nicht Hand in Hand arbeiten.

**Eichhorn** konstatierte in seinem Schluswort die fast völlige Einstimmigkeit in dieser Frage.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Diskussion über den Massenstreik als ein Aufklärungsmittel und den Massenstreik selbst als eine Waffe bezeichnet, die geeignet sei, uns dem Sozialismus näher zu bringen.

**Im großen Saal des Praters**

hatte Genosse **Lieblich** das Referat übernommen. Der Saal war stark besetzt. Nach Ansicht des Redners gibt es in der Partei heute über die Frage, ob ein Massenstreik auch zur Erringung des Wahlrechts angewandt werden soll, keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Die Frage ist nur noch, unter welchen Voraussetzungen der Massenstreik anzuwenden ist und ob derselbe jetzt oder in einer nahen Zukunft anwendbar ist. Der Redner will sich jetzt nur mit dem Massenstreik im Zusammenhang mit der preußischen Wahlrechtsfrage befassen, da diese im Brennpunkt der Debatte steht. — Nun ist von verschiedenen Seiten besonders auch in Hamburg der Meinung Ausdruck verliehen worden, das preußische Wahlrecht lohne einen so schweren Kampf nicht. Der Meinung bin ich nicht. Jeder Parlamentarismus erhält Bedeutung durch die Frage, welche Macht hinter den Abgeordneten steht. Die sechs Abgeordneten unserer Partei haben im Landtag eine große Rolle gespielt, weil hinter ihnen 4 1/2 Million Reichstagswähler stehen. Unsere Gegner sind sich trotz aller zur Schau getragenen Gleichgültigkeit der Macht dieser Massen durchaus bewußt und wagen es aus diesem Grunde nicht, die Vertreter allzu sehr zu brüskieren. Die parlamentarische Betätigung ist durchaus nicht sinn- und zwecklos. Aber bei der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen steht mehr auf dem Spiel. Es ist ausgeschlossen, daß wir ein freies Wahlrecht ohne einen Kampf erhalten. Ein freies Wahlrecht werden wir erst haben, wenn die jetzt die Macht ausübende Klasse zu Boden gemorren ist. Der Wahlrechtskampf richtet sich in das Herz der preußischen Reaktion. Die Junkerreaktion ist eine aussterbende Klasse, sie besitzt keine wirtschaftlichen Nachmittel im Staate und würde, wenn sie einmal zu Boden gefallen, niemals wieder zur Herrschaft gelangen. Der Kampf um das preußische Wahlrecht ist also eine Sache von hohem Wert. Gehdebrand hat ganz recht, wenn er immer sagt: Es geht aufs Ganze. Tatsächlich führen die Junker diesen Kampf auf Leben und Tod. — Das preußische Bürgertum führt den Kampf um ein freies Wahlrecht nicht mit dem nötigen Ernst. Außerdem will ein großer Teil das freie Wahlrecht, wie wir es fordern, überhaupt nicht. Wir sind also allein auf das Proletariat angewiesen.

Es wäre nun sinnlos, zu sagen, weil das preußische Wahlrecht den Einsatz lohnt, muß der Massenstreik gemacht werden. Redner bespricht nun in großen Zügen die verschiedenen Möglichkeiten, die für einen Kampf gegen die preußische Reaktion gegeben sind, und führt dann weiter aus: Alle Nachmittel müssen angewandt werden, um die Reaktion zu bezwingen. Ich sage nicht: entweder oder. Ich sage: sowohl als auch. Die Massenversammlungen, die wir hatten, haben viel zur Aufklärung beigetragen. Jetzt haben sie alle Wirkung verloren. Die Straßendemonstrationen waren von ungeheurer Bedeutung. Diese Demonstrationen des Jahres 1910 gehören zu den glänzendsten Perioden der deutschen Sozialdemokratie. Aber auch Straßendemonstrationen verlieren an Wert, wenn sie nur noch Spaziergänge sind. Die Bedeutung der Demonstrationen lag in dem Kampf der Polizei gegen uns. Jetzt brauchen wir stärkere Nachmittel. Unsere Geduld ist zu Ende. Es muß endlich einmal ein großes Stück vorwärts gehen. Wir kämpfen lange genug.

In der ganzen Partei hält man den Massenstreik für das gegebene Mittel, bezweifelt wird nur vielfach, ob der Zeitpunkt der richtige ist. In anderen Ländern hat der Massenstreik längst seine Blut- und Feuerstaus erhalten. Besonders das belgische Beispiel wird viel bei uns angezogen und allgemein hört man, was Belgien kann, können wir auch. — Redner bespricht dann das Ergebnis des belgischen Kampfes und meint, wir Preußen könnten uns mit einem solchen Erfolg nicht zufrieden geben. Wir sind oft genug genarrt und gefoppt worden. Bei einem Massenstreik kann man jedoch nie wissen, ob er ohne Blutopfer verlaufen wird. In Belgien war der Streik von den Sympathien des Bürgerturns getragen, womit wir hier nicht rechnen können. — Dennoch wird befürchtet, daß ein erfolgloser Massenstreik eine Niederlage bringen muß. Ich sage: Es kann wohl sein, daß ein erfolgloser Massenstreik eine Niederlage bringt, es muß aber nicht sein. Es heißt immer, die Gewerkschaften sind nicht geneigt, einen Massenstreik zu führen. Die Massen wissen nichts von dieser Abneigung. Die Führer bremsen, aber wie ich ausdrücklich betonen will, mit Fug und Recht, so lange wie möglich. Die Führer handeln damit nicht gegen das Interesse der Arbeiterbewegung. Solange es möglich ist, durch Dementen die Massen zurückzuhalten, solange ist die Zeit noch nicht reif zum Massenstreik. Erst wenn alle bereit sind, dann ist die Zeit zum Massenstreik gekommen. Die Massenstreikfrage ist keine Frage des Radikalismus oder Revisionismus. Es ist auch falsch zu sagen, der Massenstreik muß die soziale Revolution sein. Der Massenstreik ist ein prinzipielles Kampfmittel wie die anderen und als solches durchaus friedlich. Ob sich revolutionäre Ereignisse im Deugabelinne anschließen, ist eine durchaus offene Frage. Es schädigt die Propaganda, wenn man das immer behauptet.

Heute ist diese Stimmung für den Massenstreik nicht vorhanden. Die Frage, wann sie kommen wird, können wir nicht beantworten. Es ist möglich, daß die Zeit schon im Winter bei der Eröffnung des Landtages gekommen ist, denn es ist nicht vorauszusetzen, ob und eventuell was für eine Wahlrechtsvorlage die Regierung einbringen wird und welcher Impuls dadurch der Bewegung verliehen wird. Unsere Parole muß sein: Bereit sein ist alles.

In der Diskussion kam zuerst Genosse **Schroder** zu Wort. Er wisse nicht, wie es so schwer sein solle, einen Massenstreik zu arrangieren. Die Arbeiter, die fortwährend auf der Straße liegen und wenn sie Arbeit haben, schikaniert werden, halten einen Massenstreik nicht für eine gefährliche Sache. Wir Arbeiter haben nur zu gewinnen aber nichts zu verlieren.

**Manchke** glaubt nicht, daß die Unorganisierten für einen Massenstreik zu haben sind und hält er darum einen solchen vorläufig für undurchführbar.

**Kalster** ist in der gegenwärtigen Zeit gegen einen Massenstreik, da augenblicklich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung ein Mitgliederstillstand oder gar Rückgang zu verzeichnen ist.

**Webber** ist mit den Ausführungen Lieblichs im allgemeinen einverstanden. Einen Massenstreik können wir erst führen, wenn die Massen genügend revolutionäre Energie aufbringen. Redner zweifelt daran, daß die jetzige Zeit die geeignete ist. Ueberall macht sich eine große Laubst bemerkbar. Bei den Landtagswahlen hätten sich viel mehr an der Wahl beteiligen müssen, wenn die Erregung wirklich so groß wäre. Man muß sich allerdings wundern, daß die Arbeiter immer noch Geduld haben. Ich glaube nicht an einen friedlichen Massenstreik. Wenn unsere Massen so weit sind, in den allgemeinen Streik zu treten, dann geht es aufs Ganze und dann muß der Streik auch gewonnen werden oder wir zertrümmern alle unsere Organisationen. Ich fürchte das nicht und ich hoffe, daß Sie alle es nicht fürchten, aber ausgesprochen muß es werden. Besonnen werden wir den Massenstreik, allerdings nicht wie Lieblich meint, in diesem Winter. Die Christen und die Unorganisierten werden vorläufig nicht mitmachen und darum glaube ich, wird noch manches Jahr vergehen, bevor der Massenstreik kommt.

**Wohm** hält einen Massenstreik für durchaus möglich und hofft, daß die Konsumgenossenschaften die Arbeiter dann mit Nahrungsmitteln versehen werden.

**Schmidt** spricht sich gegen das Plausmachen durch die Führer aus. Der Massenstreik muß propagiert werden und nicht immerfort auf die Gefahren hingewiesen werden.

**Denker** ist der Meinung, daß wir bei einem Massenstreik nicht auf die Unorganisierten zu warten brauchen. Die werden von den Unternehmern ausgeperret.

Genossin **Gaul** verlangt, daß nicht immer erst gewartet wird, bis uns Rechte genommen werden. Es ist Zeit zum Angriff überzugehen, und wenn es gelingt, die Unterstützungfrage auf belgische Art zu regeln, dann werden die Frauen — die dann ihre Kinder nicht hungern lassen müssen — mit Begeisterung dabei sein.

In seinem Schluswort befaßigte sich **Lieblich** noch kurz mit den Diskussionsrednern und schloß seine Ausführungen mit einem begeisterten Appell für den Massenstreik.

# Ans den Berichten der Beauftragten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie Deutschlands 1912.

Die Beauftragten der Berufsgenossenschaften haben die Aufgabe, die ihnen angeschlossen Betriebe daraufhin zu kontrollieren, daß die zur Sicherheit der Betriebe und zum Schutze der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angehörigen von der Berufsgenossenschaft erlassenen Bestimmungen befolgt werden und die angeordneten Schutzvorkehrungen vorhanden sind und bemerkt werden. Sie sollen dabei möglichst im Einvernehmen mit den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten stehen, sind aber nicht von diesen abhängig. Sie haben auch die vorgekommenen Unfälle, ihre Ursachen und Folgen protokollierend festzustellen und die Beseitigung der Unfälle verursachenden Uebelstände sowie die zur Verhütung derselben nötigen Maßnahmen bei den betreffenden Betriebsinhabern zu beantragen, dem Genossenschaftsvorstande Anzeige davon zu machen und über die vorgekommenen Unfälle und den bei ihren Revisionen befundenen Zustand der Betriebe einen Jahresbericht zu erstatten. Diese Beauftragten werden von den Vorständen der Berufsgenossenschaften angestellt und können eventuell von diesen entlassen werden, stehen also in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu denselben, durch die ihrer Tätigkeit eine ähnliche Beschränkung auferlegt ist wie den Betriebskrankenkassenärzten. Allerdings ist der Standpunkt der Genossenschaftsvorstände doch meist nicht so eng wie der der einzelnen Betriebsleitungen. Daß die Zahl dieser Beauftragten ebenso wie die der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten für ihre Aufgabe viel zu klein ist, ergibt sich schon daraus, daß im Jahre 1912 in 1617 Tagen von 11 Beauftragten nur 6008 von 8058 vorhandenen Betrieben revidiert werden konnten, also nur 65,3 Proz.

Die Zahl der den Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfälle war 1911: 13.993, 1912: 14.578; zur erstmaligen Entschädigung kamen 1911: 1818, 1912: 1893 Unfälle. Diese Angaben lassen vorläufig nur erkennen, daß sowohl die gemeldeten wie die zur Entschädigung gelangten Unfälle gegen 1911 zugenommen haben; allerdings ist dabei die Zahl der im Jahre 1912 beschäftigt gewesen Arbeiter nicht berücksichtigt, da über diese noch nicht vollständige Angaben vorliegen.

1911 hatten eine Reihe schwerer Unfälle in einigen Betrieben der Berufsgenossenschaft den Vorstand zur Ergänzung und Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften veranlaßt. Diese sind am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Namentlich betrafen sie die Vorschriften über den Fahrsicherheitsdienst und -betrieb, die Vorschriften zum Schutze gegen gefährliche Gase und Dämpfe, die bei Vergrößerung der Betriebe eine dieser Vergrößerung entsprechende Vervollständigung der Rettungsmaßnahmen und -einrichtungen verlangten; ferner eine entsprechende Vermehrung der Sauerstoffapparate, die bei Erstickungsgefahr angewendet werden, die Maßnahmen zur gefahrlosen Durchleitung elektrischer leicht erregbarer Flüssigkeiten wie Benzin, die Schutzgelenke und Abstände von Schwinggabeln und Wellen an Kraftmaschinen, die automatische Auslösvorrichtungen an Arbeitsmaschinen wie Gummiwalzwerken, Seifenpressen usw., an Aufzugsvorrichtungen, Winden und Hebevorrichtungen, die oft noch alte, ungewöhnliche Konstruktion zeigen.

Aber obwohl für die Durchführung dieser notwendigen Anschaffungen und Verbesserungen eine große Zahl von Dispenzen und Fristverlängerungen gewährt wurden, um jede Härte dabei möglichst zu vermeiden, so war nach dem bestimmten Urteile der Beauftragten die Zahl derjenigen Betriebe, die zu keiner Erinnerung Anlaß gaben, in diesem Jahre eine sehr kleine. Auch die Sicherheitsdienste an Dampfmaschinen und Druckapparaten wurden in diesem Jahre mehrfach besichtigt und es wurden Unfälle, die sich u. a. ein Todesfall durch Explosion einer kleinen achtschwerdigen Dampfmaschine zum Antriebe eines Schwefelofens. In einer Gellatinfabrik hatte sich der Treibriemen gelockert und war abgefallen, und durch die dadurch freigewordene Reibkraft wurde die Maschine und das Gebäuze zertrümmert und ein Arbeiter getötet. Auf ein im Verkehrsbereich ohne Schutzwehr laufendes Wellenrad einer Kraftübertragung wurde ein junger Arbeiter gewickelt und getötet, obwohl durch die Unfallverhütungsvorschriften ausdrücklich angeordnet ist, daß an jedem Wellenrad, das im Verkehrsbereich läuft, eine Schutzwehr angebracht sein muß. Viele Maschinen wurden noch ohne Abstellvorrichtungen gefunden, ebenso viele Aufzüge, Winden, Transmissionen, Windzüge und Filterpressen. Eine ganze Reihe von Unfällen kamen daher auch in diesem Jahre an in Gummi- schneidemaschinen, an Zellulosefasermaschinen beschäftigten, namentlich jungen und weiblichen Arbeitern vor. An Kreislagen kamen Unfälle vor, weil die Schuhhäute nicht bemerkt wurden, und an den Seilenschnidemaschinen, weil die Sicherung am Ausrücker fehlte.

Die Benutzung solcher mangelhaften Maschinen sollte im Interesse der dadurch gefährdeten Arbeiter heute gar nicht mehr zugelassen werden, seitdem man sie heute mit besseren Sicherheitsvorrichtungen herstellt. Die Arbeitgeber, die noch mit alten, ungeschützten Maschinen arbeiten lassen, sollten für den dadurch entstehenden Schaden persönlich haftbar gemacht werden. Der Bericht macht hierbei mit Recht auf die fände Ausstellung im Museum für Arbeiterwohlfahrt in der Frauenhofer Straße in Charlottenburg aufmerksam, wo für die verschiedensten Zwecke eine Anzahl gesicherter Maschinen usw. aufgestellt und zum Teil im Betriebe sind, wie Tisch-, Ane-, Walz-, Holz-, Schneide-, Bohr-, Pressmaschinen usw. Auch durch das Tragen ungeeigneter Kleidung und Haarputz sind mehrfach Unfälle vorgekommen; sie sollten daher nicht mehr geduldet werden. Durch das Benachlässigen und Verschmutzen unbedeutender Verletzungen sind Blutergüssen und schwere Erkrankungen eingetreten. Es wird daher mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß auch sie bald in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Manche neu eingestellten Arbeiter wären nicht in schrecklicher Weise ins Leben gekommen oder zeitweilig zum Krüppel geworden, wenn sie über ihre Arbeit genauer informiert worden wären und wenn bei der Arbeit eine bessere Beaufsichtigung stattgefunden hätte, da viele Unfälle in letzter Linie auf Unkenntnis der Gefahr und falsche Behandlung zurückzuführen sind. Daher die zahlreichen Unfälle, vielfach tödlichen Unfälle an Rotoren, Transmissionen, Wälzlagen und Hebevorrichtungen, die zahlreichen Verletzungen und Verbrennungen durch Säuren, Laugen, durch Verbühlungen, Erstickungen, Vergiftungen usw., die wir leider hier nicht alle sprechen können, wir müßten sonst eine umfangreiche Broschüre schreiben. Hervorgehoben seien nur die Unfälle in der Sprengstoffindustrie.

Die Zahl der in der Sprengstoffindustrie verunglückten Männer und Frauen ist verhältnismäßig vielleicht nicht viel größer als in den übrigen Betrieben dieser Berufsgenossenschaft, aber sie sind in dieser wesentlich schwerer und tödlicher. In allen Betrieben der chemischen Industrie, mit Ausnahme der Sprengstoffindustrie, kamen im Jahre 1911 13.998 und im Jahre 1912 14.432 Unfälle zur Anmeldung; davon wurden für entschädigungspflichtig erklärt: 1911 1774 = 12,70 Proz., und 1912 1834 = 12,70 Proz.; von den für entschädigungspflichtig erklärten Unfällen verliefen tödlich: 1911 123 = 6,87 Proz., und 1912 111 = 6 Proz. In der Sprengstoffindustrie allein kamen 1911 95 und 1912 146 Unfälle zur Anmeldung; davon wurden für entschädigungspflichtig erklärt: 1911 44 = 46,3 Proz., und 1912 56 = 40,4 Proz.; von diesen verliefen tödlich 1911 20 = 65,9 Proz., und 1912 28 = 39,0 Proz.

Die Zahlen der männlichen und der weiblichen und die der jugendlichen verunglückten Arbeiter sind leider in den Berichten der Beauftragten nicht getrennt angegeben; aber schon Wörrißhöfer hat vor mehr als 20 Jahren darauf hingewiesen, daß verhältnismäßig die meisten weiblichen und jugendlichen Arbeiter in der Sprengstoffindustrie beim Anfertigen von Bündbüchsen, Patronen usw. zu finden sind. In seiner Monographie der Arbeiter der Rheinlandschreiberei schreibt er: „Es ist geradezu verblüffend, daß diese gefährlichen und gesundheitschädlichen Arbeiten, bei denen so oft Verletzungen vorkommen, zu acht Neunteln von weiblichen Personen ausgeführt werden. In den Sprengstoffbetrieben badens betragen bei den Arbeitern unter 20 Jahren die weiblichen 98 Proz., und bei den über 20 Jahren 70 Proz.“ Nun sind ja, seitdem Wörrißhöfer das geschrieben hat, über 20 Jahre verstrichen; in den Verhältnissen mag sich manches geändert haben, aber auch heute noch

werden in Spandau und in Baden zahlreiche junge Mädchen mit der gefährlichen Anfertigung von Bündbüchsen, Patronen und ähnlichen Dingen beschäftigt. Der Bericht teilt nur einen Vorfall bei dieser Beschäftigung mit: „7 Kilogramm Gelatinedynamit kamen zur Explosion. Zwei Mädchen wurden dabei in einer Patronenhülse getroffen. Die betreffende Hülse wurde zersplittert, während die Kernwirkung unerheblich war. In den nächsten Patronenhüllen wurden die Kernstücke zertrümmert und die Bretterwände durch die Saugwirkung herausgerissen. Daß die Mädchen während des Patronierens verbotswidrig an der Maschine hantierten oder gelosst hätten, scheint ausgeschlossen. Von Interesse war der Umstand, daß am Tage vorher Jahrmärkte war. Vielleicht haben sich die Mädchen da etwas Billiges gekauft, wie unechte Schmudringe oder Perlmutterknöpfe, und haben sie getragen. Durch Reibung eines solchen Ringes oder Knopfes an der Wandung der Maschine kann dann eine Explosion verursacht sein. Die Mädchen waren ja nicht darauf aufmerksam gemacht worden, solche Schmudgegenstände nicht anzulegen oder vorher abzulegen. Auch sonst sind den Bündbüchsenladerinnen noch weitere Vorsichtsmaßnahmen nötig, so beim Einbringen und Herausnehmen der zu ladenden Bündbüchsen unter die Glocke, wobei im Jahre 1912 auch eine Laderin getötet wurde.

Aber auch Leute, die die Gefährlichkeit derselben sollten, verfahren unglücklich leichtsinnig und fahrlässig. Seit länger als 20 Jahren ist es bekannt, daß sogenanntes Chlorate, Gase von Natriumchlorat mit rotem Phosphor oder pulverisiertem Aluminium höchst explosiv sind und nur durch behutsames Mischen der trockenen Pulver mittels einer weichen Federfaser hergestellt werden dürfen. Ein Chemiker aber, ein Mann also, der es wissen sollte, wollte eine solche Mischung durch Verreiben in einer Reibschale herstellen lassen. Hierbei kam die Mischung natürlich zur Explosion, und der betreffende Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er am selben Tage starb. Der gleichzeitig im Laboratorium anwesende Chemiker kam mit einer leichten Kopfwunde davon.

In einer Sprengstoffabrik war ein Nitrösäure-Druckgefäß (Nitrösäure ist eine Mischung von konzentrierter Salpeter- und Schwefelsäure) an der Nietnaht der Stirnwand in geringem Maße undicht geworden. Da veranlaßte der Betriebsingenieur einen Schloffer, die undichte Stelle zu verriemen, während der Kessel unter dem vollen Druck von 8 Atmosphären stand. Durch die Schläge auf die Wand platzte die ganze Stirnwand heraus und traf den Schloffer so schwer, daß er sofort tot war. Aber auch der danebenstehende Ingenieur wurde durch die ihn in großer Menge überschüttende Nitrösäure so schwer verbrannt, daß auch er nach einigen Stunden seinen geradezu frevelhaften Leichtsinne mit dem Tode büßen mußte.

Bei der Explosion einer Fabrik von Trinitrotoluol (auch ein Sprengstoff) wurden von 8 Arbeitern 4, die in dem Raume anwesend waren, getötet, ohne daß festgestellt werden konnte, was die Ursache der Explosion gewesen ist, weil die dabei beschäftigten vier Arbeiter sämtlich getötet wurden. In einer anderen Sprengstofffabrik wurde das Nitrieren von Schießbaumwolle unter so ungenügenden Schutzvorrichtungen vorgenommen, daß eine Entzündung eintrat und ein Arbeiter dabei auch Leben kam.

Solche Vorkommnisse dürften dartun, daß auch in diesen Betrieben, ebenso wie in Bergwerken, sachverständige und unabhängige Vertrauenspersonen der Arbeiter an der Kontrolle der Betriebe teilnehmen sollten.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Stuttgart, 13. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine Parteiversammlung nahm am Dienstagabend Stellung zum Parteitag in Jena. Der Referent, Genosse Erispien, übte scharfe Kritik an der Reichstagsfraktion. Die Diskussion verlief in zustimmendem Sinne; ein Beschluß wurde aber nicht gefaßt. In einer Resolution betreffend das Delegationsrecht zur Landesversammlung wird die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung verlangt und der Wunsch nach einer moralischen Unterstützung durch Parteivorstand und Parteitag ausgedrückt.

Der Sozialdemokratische Verein zu Magdeburg nahm am Montagabend in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zur Tagesordnung des Parteitages. Der Referent, Parteisekretär Holzappel, ging u. a. näher auf den Massenstreik ein. Die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu dem Wehrbeitrag und der Besitzsteuer könne man nur begrüßen; erfreulich sei, daß die drei in Magdeburg vorhandenen Reichstagsabgeordneten (Brandes, Haupt und Landberg) zur Wehrbeit in der Fraktion gehört hätten. Die Versammlung nahm mit 134 gegen 108 Stimmen einen Antrag an, der anerkennt, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besitzsteuern nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm stehe, sondern den Wünschen der Internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht. In der ausgedehnten Diskussion wandten sich u. a. die Genossen Brandes und Haupt gegen den Antrag, weil er überfällig sei und außerdem eine gründliche Erörterung der Steuerfrage auf dem Parteitag in Aussicht stehe. Die Generalversammlung lehnte ferner einen Antrag ab, der „Parteitag möge beschließen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen“, weil die Tagesordnung schon genug belastet sei; dagegen wurde beschlossen, „zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen möge der Parteitag beschließen, eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten“. Abgelehnt wurde ein Antrag, beim nächsten Internationalen Kongress zu beantragen, die Kaiserzeit auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen; Annahme fand dagegen ein Antrag, Waiterreferenten in Zukunft nicht mehr zu entsenden, abgesehen von der Erstattung des Hofgeldes, sowie ein Antrag, die Aufnahme von „Schwindelinseraten“ in den „Wahren Jacob“ zu verhindern.

Der Sozialdemokratische Verein des Kreises Essen beschloß am Sonntag mit der Stellung der Fraktion zu den Wehr- und Dedungsanträgen. Der Referent, Genosse Limbert, beurteilte die Zustimmung der Fraktion zum Wehrbeitrag und zu den Besitzsteuern. Eine Reichstagsauflösung sei nicht zu befürchten gewesen, wie der Fraktionsbericht des Zentrums, Auslassungen der „Kölnischen Volkszeitung“, des Zentrumsabgeordneten Marx des deutlich erkennen ließen. Aber selbst wenn diese Möglichkeit vorlag, dürfte sie auf die Haltung der Fraktion nicht einwirken. — Der allein in Betracht kommende Ausnahmefall, daß wir Steuern für vollstündliche Zwecke, welche letztere wir nicht verhindern können, bewilligen, wenn bei Ablehnung noch schlechtere Steuern drohen, habe sicherlich beim Wehrbeitrag nicht vorgelegen. Auch bei den Besitzsteuern sei nicht nachgewiesen, daß die Gefahr schlechterer Steuern bestanden habe. Es sei schon bedenklich, wenn eine Abstimmung durch eine Erklärung motiviert werden müsse, falls sie aber der Schluß der Fraktionserklärung, daß Besitzsteuern das Interesse der Bestehenden für den Kapitalismus abtuhle.

Zum Massenstreik vertrat der Referent die Auffassung, daß die Idee propagiert werden müsse. Alle acht Disfunktionsreferenten der Auffassung des Referenten bei. Ein Genosse meinte, Genosse Dr. Frank habe die Massenstreikfrage aufgerollt, um die Aufmerksamkeit der Genossen von der Steuerfrage abzulenken. Von einer Beschlusfassung wurde abgesehen.

Personalien. Die Leitung des Feuilletonelles der „Dresdener Volkszeitung“ hat Genosse Otto König, der bisher in Wien vornehmlich als Mitarbeiter der Wiener „Arbeiterzeitung“ tätig war, übernommen.

## Holkzeitliches, Gerichtliches usw.

### Keine Meldepflicht der Ortsvereine.

Die Ortsvereine der Kreiswahlvereine sind nicht meldepflichtig. Dieses Urteil, das der 19. hannoversche Wahlkreis durch Nichtanmeldung der Vorstandsmitglieder von Altenbruch herbeiführte, wird auch für andere Wahlkreise von großer Wichtigkeit sein. Das dortige Schöffengericht hatte einen Strafbefehl wegen Nichtanmeldung erlassen, weil nach dem früher eingerichteten Ortsstatut ein selbständiger Verein im Sinne des Gesetzes vorhanden sei. Dem sei früher auch der Vorstand angemeldet worden, die Anmeldung von dessen Veränderung am 16. März aber habe man unterlassen. — In der Verhandlung vor der Ferienstrassammer in Stade hob der Kreisvorsitzende Genosse Brandes aus Geestmünde hervor, daß die Ortsvereine allerdings selbständige Vereine gewesen seien. In einer Kreisgeneralversammlung sei ein Statut beschlossen worden und mit diesem trat eine Einschränkung der Rechte der Ortsvereine ein. Diese könnten jetzt keinerlei selbständige Handlungen vornehmen, besonders in Bezug auf Kasseneinlagen und Anschaffung des Materials. Die Bestätigung der Vorstandswahlen und der Vorschläge für Gemeindevorsteher müßte vom Kreisvorstand geschehen. Bei Ablehnung müßten Neuwahlen stattfinden. Der Vorstand bestände aus dem Vorsitzenden, dem Kassierer, dem Schriftführer und einer Genossin im Vorort, augenblicklich Geestmünde, und je einem Genossen aus den Orten Sulstorf, Schiffsdorf, Geestmünde, Bremerhaven und Lehe. Frühere Statuten seien jetzt ungültig. Zur Anmeldung der Aufstellung seien sie nach dem Gesetz nicht verpflichtet. Nur wenn die Tätigkeit des Ortsvereins eine örtlich beschränkte sei, könne man von einem selbständigen Verein sprechen. Nach einer kurzen Beratung wurde das Schöffengerichtsurteil aufgehoben und die Angeklagten, Genossen Kidel und Rütger, freigesprochen. Da kein selbständiger Verein im Sinne des Gesetzes vorlag, wären sie auch nicht zur Anmeldung verpflichtet gewesen.

## Soziales.

### Die alten Vergleute.

Der älteste Veteran des 400.940 Mitglieder zählenden Allgemeinen Knappschaftsvereins ist im Jahre 1817 geboren und bezieht als Mitglied der Beamtenklasse für 2244 Dienstwochen 810 M. Rente; der älteste Invalide der Arbeiterabteilung ist 1819 geboren und erhält für 1408 Dienstwochen 390 M. Rente. Diese alten Veteranen werden von der Unternehmenspresse mit Begehren zum Beweise dafür ins Feld geführt, daß der Bergbau doch nicht so „männermordend“ sei, wie es von sozialdemokratischer Seite immer hingestellt werde.

Daß es sich um vereinzelte Personen handelt, die durch eine selten rüstige Körperkonstitution und durch mancherlei andere Umstände auch als Bergmann über das Patriarchenalter hinauskommen, ist selbstverständlich.

Nahgehend für die Beurteilung, ob der Bergbau in der Tat männermordend ist, ist nachfolgender Vergleich: Bei der Beamtenklasse stellt mit 1402 Invaliden das Geburtsjahr 1842 68 Rentnerbezieher. Diese Zahl steigt fast gleichmäßig bis zum Jahre 1842 und fällt fast gleichmäßig bis zum Jahre 1884. Bei den Arbeiterinvaliden stellt das Geburtsjahr 1857 von 82.748 Versicherten schon mit 1299 die Höchstzahl. Bis 18 Jahre verbleibt sich die Höchstzahl zugunsten der Beamten. Auffallend hoch ist die Invalidisierung der Arbeiter in den besten Lebensjahren. Die Höchstzahl stellt schon das 47. Lebensjahr, aber das 38. und 33. Lebensjahr hat auch schon erschrecklich viel Invaliden aufzuweisen. Das Invaliditätsalter der Vergleute sinkt überhaupt von Jahr zu Jahr; es sinkt mit der stetig zunehmenden Antreiberei und mit den bei der größeren Tiefe der Schächte zunehmenden gesundheitslichen Gefahren. Welche Umschwenke von nicht zu ersehender Volkstrag hier sinnlos vergeudet werden! Mühte da nicht die Regierung mit einer durchgreifenden Reform des Berggesetzes, wodurch die Arbeitszeit verkürzt, das wilde Uebergraben wirkungsvoll eingeschränkt würde, endlich eingreifen?

### Wer liefert den Nachwuchs?

Bei den anwachsenden Forderungen der Junker lebet immer die Behauptung wieder, die eigentliche Landbevölkerung liefere in weit überreichem Maße den Nachwuchs. Schon aus diesem Grunde müsse — das Junkertum bevorzugen, mit Liebesgaben gespielt werden. Darauf läuft ja schließlich jede Forderung auf eine sogenannte Begünstigung der Landwirtschaft hinaus. Doch ein noch stärkerer Zeitansatz bei den Junkern die allgemeine Fruchtbarkeit auf dem Lande steigern würde, darf man selbst bei der größten Achtung vor der Leistungsfähigkeit und dem Opferwillen unserer Besten doch wohl zu bezweifeln wagen. Wie steht's in Wirklichkeit mit dem Anteil der Landbevölkerung an der Bevölkerungszunahme? Die Ergebnisse der Volkszählungen verdeutlichen die Behauptungen der Agrarier, daß das Land vorwiegend den Nachwuchs liefere, in das Reich der Felder. Die Ergebnisse zeigen nämlich eine sehr starke Zunahme der verheirateten Lohnarbeiter in der Industrie sowie in Handel ohne Verkäufer, dagegen eine Abnahme der Verheirateten in Landwirtschaft und Forstwirtschaft sowie bei Dienstboten und den Lohnarbeitern wechselnder Art. Ein Vergleich nach dieser Richtung liefert aus den beiden letzten Zählungen das folgende interessante Bild. Es wurden verheiratete männliche Lohnarbeiter gezählt:

	1896	1907	Zunahme
Industrie . . . . .	2.238.212	3.482.967	1.244.755
Handel ohne Verkäufer . . . . .	895.443	603.417	292.026
Freie Berufe . . . . .	77.639	86.668	9.029
auf. Zunahme . . . . .	2.721.294	4.232.452	1.511.159
			Abnahme
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	960.507	802.713	157.794
Junkliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art und persönliche Dienste . . . . .	134.052	65.261	68.791
auf. Abnahme . . . . .	1.124.649	897.974	226.675

Der Zunahme der Verheirateten in Industrie und Handel um 1 1/2 Millionen steht eine Abnahme um etwa 1/3 Million in den übrigen Berufsgruppen gegenüber. Eine erhebliche Zunahme weist noch die Gruppe der Angestellten auf. Von 442.208 im Jahre 1896 stieg ihre Zahl auf 855.502 im Jahre 1907. Die Zunahme ergibt mit 413.294 fast 100 Proz. Die Land- und Forstwirtschaft ist an dieser Zunahme nur sehr wenig beteiligt. Die Zahl der verheirateten Selbständigen ist überhaupt nur um 142.806 gestiegen.

Die starke Beteiligung von Industrie und Handel und ihre wachsende Bedeutung in Bezug auf die Verheirateten tritt in den herausgestellten Zahlen sehr deutlich in die Erscheinung. Besonders bemerkenswert ist die Abnahme der verheirateten Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sowie des Dienstpersonals. Die vielen, in verschwenderischer Hülle den Junkern geschenkten Liebesgaben sollten doch, nach oft gehöriger Zusicherung, vornehmlich dazu dienen, die soziale Lage des Landproletariats zu verbessern. Wäre das geschehen, dann würde sich solche Ehenlust unter den ländlichen Proletariaten nicht bemerkbar machen. Die dargestellte Entwicklung läßt darauf schließen, daß viele Leute vom Lande abwandern, weil sie hier nicht die Grundlage für einen eigenen Hausstand finden können. Um sich verheiraten zu können, ziehen sie in die Stadt. Die volksausdeutende Hohl- und Lebensmittelwunderpolitik hatte eine wahnsinnige Steigerung der Güter und der Wästen, nicht aber eine entsprechende Hebung der wirtschaftlichen Lage der Landproletarier im Besolge. Die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik hat anstatt die Landflucht zu hemmen, sie eher noch gefördert. Die agrarische Wirtschaftspolitik erweist sich in jeder Beziehung als ein Nachteil für das Volk.

### Gefängnisarbeit.

Seit 40 Jahren verlangt die Sozialdemokratie, daß die Gefängnisarbeit als Schlußkürzung gegen Handwerker und Ar-

beiter aufhören und durch Arbeiten für Gemeinde- und Staatsbetriebe mit angemessenen Löhnen ersetzt werden. Ihre dahin gerichteten Anträge — der Arbeiterschutzeschlichtung von 1877 und alle folgenden Arbeiterschutzeschlichtungen enthalten zielende Forderungen, beschließen ein zum Vollständig-gestellter Antrag — wurden abgelehnt. Die Handwerker wurden verdrängt und liegen sich weiter gegen die Sozialdemokratie hegen. Versprochen wurde ihnen freilich alles mögliche. Die Erzeugung darüber, daß Versprechen und Halten zweierteil ist, hat die Handwerker jetzt in gerechtfertigte Erregung versetzt. Sie wollen auf dem deutschen Anknüpfungs- und Handwerkerkongress, der Ende August in Braunschweig tagen soll, abermals ihrem Unmut Luft machen.

Zunächst wird die Arbeitskraft der Strafgefangenen zu Schindböden verdingen. Die Strafgefangenen werden mit Arbeiten aller Art, wie Anfertigung von Möbeln zu Wohn- und Gastwirtschaften, Strümpfen, Beistühlen, Potentzerfässen von Flaschen, Lütenkleben, Spielsachen aus Blech, Mattenflechten, Sortieren von Federn zum Damensputz usw. beschäftigt. Den Strafgefangenen wird eine kleine Vergütung für die vorgeschriebene geleistete Arbeitsmenge überwiesen. Wie hoch stellt sich nun aber diese Vergütung, wird der Leser neugierig fragen? Ein mit der Anfertigung von Lüten beschäftigter Gefangener erhält für die vorgeschriebene Arbeitsleistung etwa 1300 bzw. 1600 Tüten 12 Pf. für das Flechten von 60 Meter Rohr zu Matten erhält er 10 Pf. und für die Anfertigung von 6000 Reifnägeln den Betrag von 15 Pf. Für die Anfertigung von 20 000 Briefumschlägen, die von 3 Gefangenen mit Maschinen ausgeführt werden, werden 75 Pf. gezahlt. Für das Weben von 40 Duzend Paar Strümpfen werden 6 Pf. vergütet. Die in den Wachsanstalten tätigen Gefangenen erhalten eine tägliche Vergütung von 20 Pf. Daß dem freien Handwerker und Arbeiter eine nur allzu spärliche Gegenleistung durch die Beschäftigung der Gefangenen entzogen ist, ist im Hinblick auf die nach Abzug der nur geringen Unterhaltskosten der Strafgefangenen gewährten Vergütung nicht von der Hand zu weisen. Die Handwerker wünschen, wenn man die Gefangenen mit Arbeiten beschäftigen will, so soll die Justizverwaltung von den Interessenten, die Arbeiten in Gefängnissen ausführen lassen, höhere Beträge für die von Gefangenen geleisteten Arbeiten einfordern. Nur so könne der freie Handwerker und Arbeiter vor seinem Untergang geschützt werden. Die erhöhten Beträge für die geleisteten Arbeiten sollen bei verheirateten Strafgefangenen zum Unterhalt der Familie, die jetzt zum Teil der Ortsbehörde zur Last fällt, verwendet werden und bei ledigen Strafgefangenen zur Deckung der Prozesskosten eventuell zum Unterhalt der Angehörigen, wenn diese durch die Straferbüdung Schaden erleiden.

Die Handwerker sollten mit dahin wirken, daß die alle sozialdemokratische Forderung Berücksichtigung wird. Sie sollen auf Zahlung angemessener Löhne dringen, dann wären sie die Schmutzkonkurrenz bald los.

### Briefkasten der Redaktion.

N. G. 14. 1. und 2. Viertel H. abgelaufen, aber Überbot besteht. Der Antrag auf Verlängerung vom Überbot ist an den Justizminister zu richten. — N. G. 65. 1. Die Firma ist dazu berechtigt. 2. Ohne Einsichtnahme in den Vertrag nicht zu beurteilen. — N. G. 12. 1. Nur nach den hier einschlägigen Gesetzen. 2. Die Frau kann Klage bei dem für den Wohnort des Mannes zuständigen Landgericht erheben. — Raabe 35. 1900 Vertragsmarken. — G. G. 85. 1. Sie bleiben bis zum Ablauf des Vertrages an letzteren gebunden. 2. Der Erbeher des Grundstücks ist, sofern er letzteres im Wege der Substitution erworben hat, berechtigt, den Mietvertrag zu dem nächsten gesetzlichen Kündigungstermin aufzukündigen.

### Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Puch und anderen Verhältnissen. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Spektator wegen der Überweisung von Preisen und Plakaten sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Befolgung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

### Verkäufe.

**Wandbildhand Hermannplatz 6.**  
Spottbilliger Bilderverkauf. Wandbilder, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldwarenverkauf, Kleiderverkauf, Herrengarderobe, Sonntagverkauf ebenfalls.  
**Teppich-Thomas, Dramentier 126.**  
verkauf farbige Teppiche, Teppichbillig, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Halbes Preis. Fernwärmlaternen 5 Prozent Extrarabatt. 789A  
**Beutenhand 9.** — Drummens-  
straße 70, im Keller. 1200A  
**Teppiche!** (schöne) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager, Dram, Gardinen, Karst 4, Bahndorfs Börje, (Leier des Nordwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntag geöffnet!  
**Verdächtige elegante Herrenanzüge und Jacketts aus feinem Wagkosen 20-40 Mark, Herren 6-14 Mark, Bekleidungs Germania, Unter den Linden 21.**  
**Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig!** Fernwärmlaternen 5 Prozent Rabatt extra! Gardinen, Teppiche, Wandbilder Karst 4 (Bahndorfs Börje). Sonntag geöffnet.  
**Wandbilder, und Zoll-Kassinetten für Hand- und Fußbetrieb, Gas- und Holzheizung, billig, vorzuziehen, bei Teilkablung günstige Bedingungen. Beckmann, Wolfenbüttelstr. 26. 294A**  
**Ein Posten Teppiche mit kleinen Bebildern kommt enorm billig zum Verkauf. Teppich-Refuge, nur Oranienstraße 158. 729A**  
**Zintwäcker, Jober, Stewannan, Bodenmann, Spezialfabrik Reichensbergerstraße 47, Leinwand 5 Proz.**  
**Grundbesitzer der Vorkriegs, von Friedrichs Stempel, Gebunden 3 W. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). 747**  
**Teppiche (Hardenstedt) enorm billig, Gardinen, Steppdecken direkt Fabrik. Manerhof, Große Franzfurter Straße 9, parterre. Fernwärmlaternen 5 Prozent!** 609A  
**Kindergarten, Geschäftsaufgabe. Kleppwagen, Kinderbetten, spottbillig, Holtenauerstraße 60. 759**  
**Paarstühle, kleiner Posten, billig zu verkaufen. Reier, Remelerstr. 6, vorn III. 747**

### Geschäftsverkäufe.

**Konfuziengeschäft sofort billig** Büchlerstraße 27. 776  
**Restaurant veräußert wegen Krankheit. Doppel, Köpferstr. 161. (Nachtabend, Partieverkehr). 720**  
**Restaurant billig veräußert, Brauereigasse, Chiffre A. W., Wolfstr. 112. 717**  
**Beantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Reußstr. Für den**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

### Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Voeker, Weberstr. 17:

### Kombinierte Versammlung der Ortsverwaltung und Kontrollkommission.

Tagesordnung:  
1. Unser Vertrag, 2. Disziplin.

### Achtung! Bodenleger. Achtung!

Freitag, den 15. August 1913, abends 6 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.

Tagesordnung:  
1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

Die Bibliothek ist wieder eröffnet, es wird um freie Benutzung ersucht.  
Die Ortsverwaltung.

### Branche der Möbelpolierer.

Sonntag, den 23. August 1913:

### Großes Sommervergnügen bei Voeker, Weberstr. 17

bestehend aus  
Konzert, Theater, Spezialitäten und Ball.

Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Billets inkl. Tanz 50 Pf. sind in den mit Plakaten belegten

Abteilen sowie bei Max Knoll, Rottweiger Str. 4; Eugen Hoffmann, Wangenstr. 114; Paul Thimm, Wülfer Str. 79, zu haben.  
Das Komitee.

Ohne jede Anzahlung  
Erstklassiges Fabrikat!  
(9 X prämiert, Staatsmed.)  
in allen Holz- und Stularten,  
von wunderb. Tonf. (Flügelton).  
verkauft  
ich  
sowie  
gegen kleine monat. Teilzahlung. — Für jedes Instrument  
gewähre ich zwanzigjährige schriftl. Garantie.  
**Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,**  
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

Von der Reise zurück.  
**Hermann Katz**  
Landsberger Str. 71.  
Für Zahnleidende 9-7. Kgr. 1831

### Augusta-Bad

Köpenicker Straße 60.  
Sämtliche Bäderarten. — Vorkurs  
aller Krankenanstalten. 16299\*

### Spezialarzt f. Syphilis

Harn-  
und Frauenleiden — Ehrlich-Hata-  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
Heilung. Mäßige Preise. 252/15\*  
Dr. med. Wackenfus, Friedrichstr. 125,  
Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

**Billig! Billig!**  
Verkauf umhängebender in  
Buch Parzellen.  
Kass. Gardie, Damenkleide 71,  
od. Krause, täglich Bahnhof-  
restaurant Groß, Bad u. d. o. f.  
8 u. d. 14382\*

### Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden.  
ners. Schwäche, Weintraube jeder  
Art, Ehrlich-Hata-Muren in  
u. Co. fong.  
Laborat. f.  
Blut-  
untersuchung. 81. Harn- u. m.  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-3.  
Donnerst. mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

### Den reinsten Essig

herstellt man sich sehr billig selbst  
mit **Reichel's** Essig-Essenz.  
Es ist feinsten, reinen Einmache- und Speise-  
Essig. Damit eingelegte Früchte bewahren bis zuletzt ihren feinen Geschmack und  
unverändert schön aussehend ohne Konservierungsmittel. Sehr ökonomisch im  
Verbrauch. 1 ltr. 1.10, 1/2 ltr. 60 Pf., inkl. 1/2 ltr. ansehnlich für 12 bis 6 Weine. 6 ltr. 6.00  
In Drogerien erhältlich, aber sehr mit  
reiner nur mit **Reichel's** Essig-Essenz, der nicht vorzüglich  
wende man sich an  
**Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. Mor. 1201, 6731-33.**

### Aus den Gutachten und Anerkennungen über „Boa-Lie“

Auf den ausgesprochenen Wunsch hin bestätige ich Ihnen mit  
höchster Genehmigung gern, daß das vortreffliche Boa-Lie täglich an  
der Frühstückstafel Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu  
Mecklenburg und auch von Seiner Hoheit selbst getrunken wird.  
Auch im Schloßbetriebe an den Tischen der Beamten und der  
Dienerchaft wird das Boa-Lie sehr bevorzugt.  
v. Rantzau.

Boa-Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch  
**Boa-Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2**  
Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4601

**Zurückgehaltene Möbelstücke, außerst  
billig: Bestellen 20,00, 25,00, Chaiseloung  
16,00, 20,00, Auszugstisch 30,00,  
42,00, Kleiderständer 22,00, 25,00,  
Wärmeholztisch 22,00, komplette  
modern-ständchen einricht. 35,00, elegantes  
Bettlo 35,00, Drehsesselstr. 107,  
Möbelhaus. 1069A\***

**Prachtvolle Kuchbaumwirtschaft,  
Pianino, Klavierschloß, Umbau, auch  
einzeln, Kornackerstraße 4, I. Etage.**

**Verkaufmachung! Kleiderstoffe,  
Kleider, Kredenzen, Hüchepösten,  
Schreibstühle, mahagon, mahagoni,  
Eiche, zu spottbilligen Preisen! Nur  
Fischerstraße 25, Möbelgeschäft des  
Schölers! 2064A\***

**Möbel - Werke Stahlblech-  
straße 57. Moderne Wohnungsein-  
richtungen in jeder Preislage. Be-  
sichtigen Sie meine Ausstellung ohne  
Kaufzwang. Fernwärmlaternen 5 Pro-  
zent, Horn, Tischlermeister, Stahl-  
blechstraße 57, Rostplatz. Verkauf  
im Fabrikgebäude. Jahrgangsverzeichnis  
1072A\***

**Musikinstrumente.**  
Pianinos, Harmoniums, Flügel  
jeder Preislage, gebraucht 120,00 an,  
Teilzahlung. Scherer, Chaussee-  
straße 105. 534A\*

**Bilder.** Sie kaufen Silber nirgend  
billiger als direkt Fabrik bei Silber-  
Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248A\*

**Fahrräder.**  
Brennaborrad, gut erhalten,  
20,00, Schradler, Weberstraße 42.\*  
Fahrräder, Teilzahlungen, größte  
Auswahl, billigste Preise, Leinwand-  
straße 40. Böhler: Steglitz, Schloß-  
straße 116. Wilmsdorf, Ulman-  
straße 100. Charlottenburg, Kant-  
straße 57. 1200A\*

**Erstklassige Fahrräder, Monats-  
rate 10 Mark, Louis Barth, Vraden-  
straße 10a, I. Etage. 992A\***

**Kaufgesuche.**  
Zahngebisse, Goldschalen, Silber-  
schalen, Platinabfälle, sämtliche Retale  
höchstbillig. Schmiederei Christian, an  
Köpenickerstraße 20 a (gegenüber  
Kantenselstraße). 111/1\*

**Goldschmelze** kauft Silber, Platin-  
abfälle, Zahngebisse, Quecksilber,  
Stanniol, alle Retale, höchstbillig  
Dittme Marie Neper. Nur Köpenicker-  
straße 157. 479A\*

**Platinabfälle, alte Goldschalen,  
Braubgold, Silber, Gebisse, alte Uhren,  
Rehring, Goldmatten, Quecksilber,  
Stanniol sowie sämtliche Gold-,  
Silber-, platinabfälle Rückstände  
kaufte Groß, Erdmännelstraße, Berlin,  
Köpenickerstraße 29, Telefon Karth-  
platz 3475. 580A\***

**Chauffeur-Ausbildung** erflößlich  
und heilungsfähig. Verschlechte  
4-Jähriger, Eulene, Honorar 200 RM.,  
auch Abendkurse. Kostenlose Entschul-  
dung. Große Reparaturwerkstatt,  
Köpenickerstraße 116. 731A\*

**Patentanwalt Müller, Büchler-  
straße 81. 2429A\***  
**Patentanwalt Beigel, Büchler-  
straße 94a.**

**Jede Uhr zu reparieren 1,25  
(außer Brand), kleinere Reparaturen  
billiger. Karier, Uhrmacher, Brunnen-  
straße 118, Ecke Ullmannstraße. 638A\***

**Reparaturer** Große Franzfurter-  
straße 67. 2399A\*

**Reparaturer** mit kleinem  
Werkzeug, Kleiner, Kleiner, Kleiner,  
Dittmar, Ullmannstraße 7. 754

**Teich-Ensemble**, während der  
Sommer- Saison Kleider- Brauerer,  
Franzfurter Allee. — Frei für Galt-  
werke, Gemeindefest und Vereine. —  
Deutliche Kleider-Abende. — Teich,  
Dornholmerstraße 9a. 120/15\*

**Möbel, Nähmaschinen, Pianinos,  
Fahrräder, höchstbillig, Reibhaus,  
Schmelzerstraße 11. 252/16**

**Wäsche wird sauber gewaschen,  
Jeden getrocknet, Wasen, Leibwäsche,  
vier Handtücher 0,10, Abholung  
Sonntags. Frau Ritz, Köpenick,  
Gutenbergsstraße 18. 1832B**

**Handwäscherin** Frau Bathe, Köpen-  
ick, Ullmannstraße 2, wäscht Alor-  
frei, trocknet im Freien. Wasen, Leib-  
wäsche 0,10, Abholung Sonntags.  
Ferdinandswald-Beckersstr. 100.

### Vermietungen.

**Vadensker mit Wohnung, billig,  
Waldstr. 101. 18135\***  
**Kadit, Korridor, große Küche  
42 Mark, 2 Stuben, Küche 28.50  
1. Oktober, 1. Etage, Küche 24. —  
fort Lyhner Straße 19 zu ver-  
mieten. 1809B\***

### Wohnungen.

**Sonnenburgerstraße 27, Drei-,  
zwei-, einzimmerige Wohnungen,  
Bad, Balkon, Zubehör. 1787B\***

### Redakteur gesucht.

Ein in Gemeindeangelegenheiten, der Lokalberichterstattung er-  
fahren und in Redaktionsarbeiten bewandertes Redakteur für  
die „Leipziger Volkszeitung“ gesucht. — Redaktionen mit An-  
gaben über die bisherige Tätigkeit sind an den Verlag der  
„Leipziger Volkszeitung“ Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, zu richten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Mägenmacher.

Der Bericht in Nr. 207 des „Vorwärts“ über die Versammlung vom 11. d. M. enthält insofern eine Unrichtigkeit, daß es um Forderungen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Zwischenmeister sich handeln soll.

Zum Schluß muß es deshalb auch heißen, daß die Verhandlungen der Zwischenmeister unter Kontrolle des Vorstandes des Vereins der selbständigen Mägenmacher stattfinden sollen.

Deutsches Reich.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Der Unternehmerarbeitsnachweis in Hamburg hat nunmehr die Vermittlung wieder aufgenommen. Die Werftarbeiter aber, denen es auf eine geschlossene Arbeitsaufnahme ankommt, meiden vorläufig den Arbeitsnachweis.

Die Berliner Werftarbeiter nahmen in vier Versammlungen Stellung zu den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Auch in den anderen Werftarbeiterbetrieben beschäftigen sich die Arbeiter jetzt mit den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Autarbeiterstreik in Brandenburg a. O.

Die Firma Gebr. Silbermann verlegte ihre Fabrik von Berlin nach Brandenburg, offenbar um billiger produzieren zu können. Da sie die bisher in Berlin gezahlten Löhne um ein gutes Drittel reduzierte, klagten die Arbeiter in Brandenburg die Forderung, die Arbeitslöhne den in Berlin gezahlten annähernd gleichzustellen.

Ausland.

Die Generalstreikbewegung in Italien.

Die sieben Tage des Mailänder Generalstreiks, die am gestrigen Sonntag abgelaufen sind, stellen ein ziemlich eintöniges Einerlei von Streikdemonstrationen und Polizeiattaken dar.

Kleines feuilleton.

Die Ideen.

Von Emire Verhaeren.

O, die Ideen und ihre Schauer!

Einmal wohnen sie einzig in den Dächern: nur die reine Vernunft war ihre Beherrscherin und durch die engen Schluchten der Schlüsse und Syllogismen stiegen sie empor zu einer Wahrheit, die symmetrisch und systematisch war wie ein kunstvoller Bau.

Nachmal breiteten sie auch die Philosophen wie kostbare Steine unter gläsernem Gehäuse aus. Kalt schienen sie dann und voll seltenen Gelechts. Sie glühten starr und blühenden Augen. Da sie Eigentum der reinen Denker allein waren, blieb es den anderen nur gestatt, ihr Leuchten bloß von fern zu bewahren.

O, die Ideen und ihre Schauer!

Man lehrte uns: alle sind sie leuchtend und rein. Sie lieben nicht und lassen sich nicht lieben. Sie kennen kein Lächeln und keinen Stolz, und so hoch und erhaben sie sind, so sehr feindlich sind sie auch jeder Güt und jeder Leidenschaft.

O, die Ideen und ihre Schauer!

Wir haben Euch in unser lebendiges Leben gemengt, haben Euch in jenen Wirbel geschleudert, der wir selber sind. Wir sind zu Euch gekommen und haben Euch wieder verlassen. Wir haben Euch geliebt und haben Euch gehaßt. Einst waret Ihr uns Gebieter, heute seid Ihr uns Gefährten.

Tagen nahm die Zahl der Streikenden beständig zu und wurde am vierten und fünften Streiktag auf 80-90 000 geschätzt, ungernechnet der 40 000 Arbeitslosen, die Mailand heute aufweist; die gesamte industrielle Arbeiterschaft der Stadt beläuft sich auf rund 155 000. Es trat dann infolgedessen eine Wendung ein, als die Brutalität der Polizeisten, namentlich der in Zivil, und auch die prinzipielle Stellungnahme der Regierung die Arbeiterkammer Mailands bewegten, ihre Organisierten zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern.

Die Pfafen des Streiks sind also die folgenden: Mitte Juni traten 8000 Arbeiter der Fabrik für Eisenbahnmateriale in den Ausstand, der nach einer zeitweiligen Beilegung sich Anfang Juni auf die Forderung auswirkte, allen Arbeitern einen Lohnzuschlag von 10 Cent täglich zu gewähren, während die Unternehmer nach eigenem Ermessen die Arbeiter ausbessern sollten, die sie für tüchtig hielten.

Da die syndikalistischen Gewerkschaften, deren Mailänder Zentrale die „Unione sindacale“ ist, eine eigene Landeszentrale haben, hat die Beteiligung der Mailänder Arbeiterkammer, die der unter sozialistischem Einfluß stehenden Konföderation der Arbeit angeschlossen ist, eine eigenartige Situation gezeitigt: die Arbeiterkammer hat sich gleichsam von ihrer Zentrale losgelöst, um sich einer anderen Kontrolle anzuschließen.

Was jetzt ist auf die syndikalistische Aufforderung hin der Streik in Rom, Modena, Pisa, Spezia, Bologna und mehreren kleineren Orten proklamiert worden, während die Arbeiterkammern von Genua und Ronza ihre Organisierten auffordern, sich der Resolution der Konföderation der Arbeit gemäß zu verhalten.

Was diese Zeilen in Druck gehen, wird voraussichtlich das Schicksal des Generalstreiks im ganzen Lande entschieden sein. Bis jetzt sind verschiedene Versuche gemacht worden, die Eisen-

bahner zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen. Ein Zug auf der Linie Mailand-Biacenza wurde von den Streikenden angehalten. Vor der Proklamierung hatte das Syndikat der Eisenbahner erklärt, sich der Mailänder Bewegung anzuschließen, falls die „Unione sindacale“ dies für wünschenswert hielt.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Ausdehnung der Bewegung auf ganz Italien dem Proletariat auferlegt, ohne das Unternehmertum, das ohnehin die Produktion herabzusetzen sucht, empfindlich zu treffen, kann man nicht verlernen, daß das syndikalistische Agitationskomitee eine stärkere Verantwortung auf sich lädt, um so schwerer, als sein vernünftiges Verhältnis zwischen dem Ziel des Streiks und den von ihm erforderten Kraftaufwand besteht.

Rom, 13. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Mailänder Streik ist eingestiegen, da die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind. Der Versuch, den Generalstreik auf ganz Italien auszudehnen, ist mißglückt. Nach einigen partiellen Streiks ist die Arbeit überall wieder aufgenommen. In Spezia ist bei einem Zusammenstoß mit den Carabinieri ein Arbeiter getötet worden.

Der Streik der Speditionsarbeiter in Wien, der eine empfindliche Störung des Verkehrs mit sich brachte und stellenweise auch Ausschreitungen veranlaßte, ist beendet. Die Arbeiter haben eine Lohnerhöhung und andere kleinere Zugeständnisse erlangt.

Aus Industrie und Handel.

Der Beutezug der Gemüsebauern.

Wir erhalten folgende Verächtigung: In der Nr. 175 des „Vorwärts“ vom 12. Juli d. J. veröffentlichten Sie mit der Ueberschrift „Der Beutezug der Gemüsebauern“ einen Artikel, welcher sich mit den Jollwünschen der deutschen Gärtner für die künftigen Handelsverträge beschäftigt.

Wir sind zwar keine Millionäre, aber die Ausgabe für die neue Beutevorlage zwingt uns, für neue Einnahmen zu sorgen. Diese Vorstellung aus meinem Vortrage ist unrichtig. Wichtig ist, daß ich diese oder eine ähnliche Aeußerung dem Wortlaute oder auch nur dem Sinne nach in meinem Vortrage nicht gemacht habe.

Generalsekretär des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands. Wir werden unserem Gewährsmann Gelegenheit geben, sich zu dieser Verächtigung zu äußern, und wollen für heute nur bemerken, daß der beanstandete Satz genau einen vollen Monat lang durch zahlreiche Blätter gegangen ist, ohne daß Herr Bedmann bisher eine Verächtigung für notwendig hielt.

Balkanwirrwungen.

Der Semestralabschluß der Oesterreichischen Kreditanstalt hat einige Ueberraschungen hervorgerufen. Man hatte erwartet, daß das Unternehmen wegen seiner engen Verbindungen mit dem Balkan und mit der Türkei so erheblich unter den Kriegswirren zu leiden gehabt hätte, daß selbst sehr große Mehrgewinne auf dem Zinsen- und Provisionenkonto den Verlust nicht ganz hätten ausgleichen können.

Blut. Wie fern ist die Zeit, da Ihr nur kalte Steine waret, sorgfältig aufgereiht und sorgfältig beziffert unter dem schützenden Glas! Aber wir haben das gläserne Gehäuse zerbrochen.

O, die Ideen und ihre Schauer!

Nun können wir den Menschen und die Welt und die Sterne nicht anders bewundern als dank Euch. Ihr führt unseren Blick. Ihr steigert unsere Inbrunst. Die ganze Menschheit verstehen wir nur durch Euren Instinkt, Eure Güt, Eure Dual und Euren Reiz, und wir fühlen das Gesetz, das Euch durchdringt, das Euch erhebt und Euch zerschmettert, dieses Gesetz, das in Euch von Jahrhundert zu Jahrhundert eine immer neue Wahrheit wird und das wir mehr fühlen, als wir es wissen.

Alles wird klar, alles ruht in sich selbst, alles wird stark und Panzer des Hergens. Alles wird leuchtend durch sein Werden zur Güt. Und wir entflammen uns selbst in diesem Wissen, das ein wird mit feinem Gegenstand, das in sich und in uns lebt, das an allen unseren Empfindungen, an unserer Furcht, unserer Hoffnung teilnimmt und dadurch unser ganzes zeitgenössisches zeitliches Glück bedeutet.

O, die Ideen und ihre Schauer!

(Uebersetzt von Stefan Zweig.)

Wenn sie unter sich sind. In Westermanns Monatsheften“ erschienen Briefe von Alderlen Waechter aus der Zeit, da er noch nicht Staatssekretär war. Dieser Schwabe war nicht nur ein Anekdotenerzähler von Rang, ein starker Raucher und geistiger Reicher, sondern auch ein amüsanter Blanderer und vor allem ein farlatistischer Spötter, der sich zu allem Klümbim hoher, höchster und allerhöchster Herrschaften das Seine dachte und es zuweilen auch ausbrach.

Endlich hörte man den Hof sich allmählich heranklopfen. Zuerst erschienen paarweise Diener, vom gemeinsten aufwärts; dann in derselben Reihenfolge eine Anzahl Kammerjunker und -herren, da gab's alte und junge, schöne und häßliche, dicke und dünne, gerade und krumme, näckterne und -nein, das waren sie doch alle, wenigstens latsen sie so. Nach den Kammerherren kamen Generale, Exzellenzen und solche Sachen. Und nach solchen Sachen kam der Für Alexander II. „Ich wurde vom Vorkaiser vorgestellt, worauf Seine Majestät die allerhöchste Frage an mich richtete: Württemberger? und ich die alleruntertänigste Antwort gab: Ja, Majestät. Damit schloß diese denkwürdige Unterredung.“

Riderlen hin, Alderlen her, das alles ist sehr nett. Aber auch sehr eckig. Nicht nicht zusammen, als er vom Selbstherrlicher aller Neuen angeprochen wird, ist nicht beglückt über die allerhöchste Güt - nein! Dreht den Schnurrbart, lächelt und spottet: Damit schloß diese denkwürdige Unterredung. Aber so wie Alderlen steht wohl die Mehrzahl der herrschenden Sippe dem höchsten Rauber zu, festlich, farlatistisch, tiefinnerlich überzeugt, daß dies alles sauler Rauber ist. Vielleicht hat sogar Herr v. Wetjmann Hollweg respektlose Gedanken, wenn er

zur Gratulationskur im Weißen Saale erscheint - vielleicht auch er! Und was werden in stillen Stunden für Gedanken durch ihre Schadel huschen!

Aber vor der Oeffentlichkeit, mit ihren Orden klimpernd, da mimen sie alle mit. Im Herzen die Skepsis und den Carlasmus, aber die Miene gravitätisch. Dem Volke muß die Religion erhalten werden. Und der Glaube an allerhöchste Herrschaften. Und die Heberzeugung von dem Beglücksein des gemöhnlichen Sterblichen, der aus allerhöchstem Munde die allerhöchste Frage vernimmt: Württemberger?

.... „Damit schloß diese denkwürdige Unterredung.“ ....

Notizen.

Neuer Fortschritt der drahtlosen Telephonie. In der Großstation Rauen wurden in letzter Zeit Telephonversuche mit einer neuen Korken-Hochfrequenzmaschine angestellt, die alle bisher auf diesem Gebiete erreichten Erfolge übertrafen.

Kunstchronik. Die diesjährige juchfreie Kunstschau Berlin, die in den Räumen des Kunstausstellungshauses, Kurfürstendamm 208/9, stattfindet, wird einen umfassenden Uebersicht über die deutsche moderne Malerei geben.

Der Struwpeter abdruckfrei. Der Frankfurter Arzt Heinrich Hoffmann, der Anno 1845 den Struwpeter erstmals veröffentlichte, ist zwar noch nicht 80 Jahre tot, so daß die gesetzliche Schutzfrist für sein berühmtes Kinderbuch verstrichen wäre, aber das Buch erschien in den ersten sechs Auflagen pseudonym, und solche Werke werden, wenn der Verfasser sich die verlängerte Schutzfrist nicht durch ausdrückliche Erklärung sichert, nur 30 Jahre nach ihrem Erscheinen geschützt. Hoffmann hat jene Erklärung verfaßt, und nun ist einem Leipziger Verlage, der den Struwpeter nachdruckte, vom sächsischen Oberlandesgericht bestätigt worden, daß er ein Recht darauf hatte, dem langhaarig-langnäseligen Peter zu noch größerer Verbreitung zu verhelfen. Bis zur 324. Auflage hat er's schon gebracht. Nun werden die Auflagen gar erst wie die Pilze herbeschießen. Dem unsterblichen Verschen sei's gegönnt.

John Galsworthy, der englische Dramatiker, dessen Tragikomödie „Der Menschenfreund“ für die Kammerspiele des Deutschen Theaters erworben wurde, hat ein neues Schauspiel „Der Erbe“ vollendet, welches soeben von Marterleig für das Leipziger Stadt-Theater zur Uraufführung angenommen wurde.

Krebs- und Mönigstrahlen. Aus London wird mitgeteilt: Dr. Roberts vom Allgemeinen Hospital, der seit drei Jahren eine Spezialbehandlung des Krebses durch sekundäre Mönigstrahlen anwandte, welche bereits durch eine Silber-, Kupfer- oder Zinnplatte gelangen sind, hat bisher 40 Fälle behandelt, in denen kein Rückfall eingetreten ist.

Schmierelend. Das Sommertheater in Rühlader bei Pforzheim veröffentlicht folgende Annonce: „Für ein solides, reelles Engagementverhältnis wird sofort 1 Kom. Ute sowie 1 Herr f. Chagren gesucht. Bedingungen: je 1 Teil, 1 Marx Honorar, 1/2 Urt. Venezig, 1 Teil Vetteltragen, sowie ganzes Souffleurjournal zu vergeben.“ Die Bezeichnung „Gungergagen“ wäre viel zu schwach.

geschloffen, daß das Unternehmen das Gesamtjahr so abschließt, daß eine höhere Dividende verteilt werden kann, ein Ergebnis, mit dem wahrscheinlich keine der deutschen Großbanken wird aufwarten können. Wenn man sich die Einzelbeteiligungen der Kreditanstalt ansieht, so wird zwar hier und da über den Einfluß der Balkanereignisse geklagt, andererseits jedoch haben einige Konzernunternehmen von dem Kriege direkt profitiert. Das trifft zum Beispiel für die Munitionsfabrik Roth zu, die nach der Angabe der Verwaltung fortlaufend zufriedenstellend beschäftigt ist. Bekanntlich machen auch die deutschen Munitionsfabriken für Balkanereignisse teilweise über Österreich. So hat z. B. die Gustav-Genschow-Gesellschaft in Oesterreich eine Zentrale. Ferner wird von der Verwaltung der Kreditanstalt bemerkt, daß die Beschäftigung der österreichischen Fezfabriken mit Rücksicht auf die Balkanereignisse als zufriedenstellend bezeichnet werden könne. Bei diesen Fabriken wird es sich wohl hauptsächlich um Bestellungen für die türkische Armee handeln, deren Kopfbedeckung bekanntlich der Fez ist. Andererseits haben die Unternehmungen des Konzerns der Oesterreichischen Kreditanstalt zu leiden gehabt, die mit dem Tabak aus dem Balkan in Verbindung stehen. So wurden die Zigarettenpapierfabriken von den Balkanereignissen ungünstig beeinflusst. Naturgemäß mußten die Balkanwirren auch auf solche Unternehmungen einwirkend wirken, die den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und dem Balkan vermitteln. Dazu gehört die Austro-Orientalische Handels-G. u. V., die, wie der Bericht der Kreditanstalt sagt, in hohem Maße unter den Balkanereignissen gelitten hat. Indirekt beeinflusst wurden die Eisenwerke Rothau-Rendek, da ja auch die österreichische Eisenindustrie infolge des Balkankrieges und infolge der allgemeinen Konjunkturverhältnisse in letzter Zeit von einem Rückgang ergriffen worden ist. Wahrscheinlich wird der Jahresbericht der Kreditanstalt pro 1918 allerlei Interessantes von Anleiheoperationen zu berichten haben, die mit den Balkanereignissen zusammenhängen. In kurzer Zeit werden die Anleiheansprüche der Balkanstaaten und der Türkei wieder in den Vordergrund des Interesses kommen.

**Die Benzinpriese werden billiger.** Die Benzinpriese, die in der ersten Hälfte dieses Jahres einen bisher noch nicht gekannten Höchststand erreicht hatten, in den letzten Wochen aber schon eine rückgängige Tendenz zeigten, haben dieser Tage einen weiteren Rückgang erfahren. — Wie uns aus Hamburg berichtet wird, hat die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft ihre Benzinpriese dieser Tage um 2 bis 3 M. per 100 Kilo ermäßigt und auch die übrigen Importgesellschaften dürften sich hierdurch veranlaßt sehen, mit ihren Forderungen herunter zu gehen. Die rückgängige Bewegung der Benzinpriese wird darauf zurückgeführt, daß die bisherigen hohen Landampferfrachten durch die Einstellung einer großen Anzahl neuer Landampfer eine Abschwächung erfahren haben. — Im ganzen stellen sich die Benzinpriese heute um nicht weniger als 4 bis 5 M. pro 100 Kilo niedriger als zu Beginn dieses Jahres.

## Tretet dem Verein Arbeiterjugendheim bei!

Seit 1910 bestehen in Berlin von den Arbeitern für die Arbeiterjugend errichtete Jugendheime. Ihre Zahl ist noch gering. Unendlich Klaktionen sind sie ausgelegt. Aber sie wachsen, blühen und gedeihen trotz alledem und müssen noch erheblich vermehrt werden.

### Was wollen die Arbeiterjugendheime?

Nach dem Grundsatz: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen — sollen die Heime der Jugend das erlangen, was Staat, Kirche, Schule und Gesellschaft ihr vorenthalten haben. Was die Wissenschaft und Kunst an Schönem und Gutem bietet, soll in den Jugendheimen durch geeignete Kräfte den jugendlichen Besuchern vermittelt und dem Verständnis und der Eigenart der Jugendlichen angepaßt werden. Sie sind Sammelpunkte und ein Ort der Unterhaltung und Weiterbildung. Die Jugendheime sollen ein Jugendborn sein, wo die Jugendlichen ihr Wissen erweitern und vertiefen können, um den mannigfachen Anforderungen, die unsere bewegte Zeit an sie stellt, genügen zu können.

Die Jugendheime sollen unsere Kinder den Gefahren der Straße, des Wirtshauses, schlechter Vergnügungstätten und der Schundliteratur entziehen, sie nach des Tages Arbeit in großen, behaglich eingerichteten und gesunden Räumen sammeln und dann ihnen hier mit Hilfe von Spielen und guten Vorträgen Gelegenheit bieten, sich zu unterhalten und sich weiter zu bilden. Das Heim und der ganze Aufenthalt im Heim soll durchweht sein von einem reinen, edlen Menschentum, von dem Ringen nach einem besseren Ja, von jener Freude und Freilichkeit, die mit der Erziehung in der Jugend zumeist vorenthalten war, die wir aber in reichem und bestem Maße zum Erbe unserer Jugend machen wollen.

Die Heimbesucher sollen möglichst Selbständigkeit erhalten. Die erwachsenen Leiter und Helfer sollen in edler Freundschaft und verständnisvoller Zurückhaltung die Jugendlichen sich sammeln lassen. Diese sollen durch gegenseitiges Sichlernen und Abstreifen ihrer jugendlichen Unarten aufeinander besessend einwirken, selbst auf Aufrechterhaltung von Ordnung und gutem Ton sehen, kurzum: im Jugendheim alles das sehen, üben und lernen, was sie später im Leben brauchen, und was uns in unserer Jugendzeit als Ideal vor sich wehte. Von diesem Geiste sind alle Veranstaltungen im Jugendheim durchdrungen, dieser Geist leitet die Jugendheime beim Besuch von Museen, bei den Spielen im Freien, wie erst recht bei Wanderungen durch Wald und Feld. Alles, was edel und gut ist, soll im Heim zu haben sein, alles, was Seele und Körper schädigt, soll mit sicherer, fester und doch schonender Hand ausgegrenzt werden.

Edle, prächtige Aufgaben mit dem Ziel der Erziehung der Jugend zu selbständig denkenden, selbstbewußten, dem Wohle der Allgemeinheit dienenden Menschen hat sich also der Verein Arbeiterjugendheim gestellt. Und sie sind emporgewachsen aus dem tafrächtigen Drängen der politisch entrechteten, wirtschaftlich geknechteten Arbeiterklasse selbst heraus. Grund genug zur Verfolgung der Jugendheime durch die herrschende Klasse.

### Weshalb verfolgt man die Arbeiterjugendheime?

Die Arbeiterjugendheime sind der herrschenden Klasse verhaßt, weil sie dem offenen und versteckten Bestreben der Feinde der Arbeiterklasse entgegenwirken, die Jugend durch Juckbrod und Pfeife zu willenlosen Knechten zu erziehen, die die Peitsche ihrer Gegner selbst flechten. Die Feinde der Arbeiterklasse wollen die Verewigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Sie hoffen den unabweidbaren Sieg der Sozialdemokratie durch Verführung und Vergiftung der Jugend aufzuhalten. Sie wünschen, die Arbeiterjugend soll zu unterwürfigen Kreaturen herabgewürdigt werden. Ihr Ziel ist: die Kinder dazu zu erziehen, späterhin zu leiden ohne zu klagen und ohne richtig zu denken. Die Jugendlichen sollen eingekullt und zum Kampf gegen ihre eigenen Eltern abgerichtet werden. Dies Ziel suchen die Reaktionäre durch systematische Verführung der Jugend, durch Geld, nicht zuletzt aber durch Drangsalierung und Gewalt gegen die von der Sozialdemokratie errichteten Jugendheime zu erreichen. Millionen und abermal Millionen haben die Feinde der Arbeiterklasse aus dem allgemeinen Staatsäckel sich bewilligt, um die Jugend zur Unterwürfigkeit nach oben und Brutalität nach unten zu erziehen. In dem großen, gewaltigen Ringen zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Weltanschauung kämpft die Arbeiterklasse mit dem geistigen Rüstzeug der Aufklärung und Ueberzeugung. Den Feinden der Arbeiterklasse mangelt es an Munition zum geistigen Kampf. Unterdrückung, Verleumdung und Gewalt gegen die Arbeiterklasse sind ihre Waffen. Die Staatsgewalt haben sie gegen die Arbeiterjugendheime mobil gemacht.

## Welche Gewaltmaßnahmen sind gegen die Arbeiterjugendheime vorgenommen?

Die Erinnerung an alle gegen Gesetz und Recht und auf Grund formeller Gesetzesparagrafen gegen die Arbeiterjugendheime in Groß-Berlin unternommenen Schritte würde ein dickes Buch füllen. Wir erwähnen hier das Urteil des Oberverwaltungsgerichts und das am 7. Februar d. Js. vom Kammergericht gefällte Urteil. Diese Urteile mußten freilich anerkennen, daß die Jugendheime nützlich auf die Arbeiterjugend wirken. Der Verein Arbeiterjugendheim wurde aber trotzdem für einen politischen Verein erklärt, weil in den Jugendheimen die Jugend nicht in einer „allgemeinen Weltanschauung“, sondern in der der sozialdemokratischen Partei erzogen werden solle. Was heißt das anders als: der Verein wird für politisch erklärt, weil er im Gegensatz zu den politischen Bestrebungen der bürgerlichen Jugendheime nicht die Arbeiterklasse und ihre politische Organisation, die Sozialdemokratie, bekämpft? Die bürgerlichen Vereine sind aber nicht für politisch erklärt!

Koren, die da meinen, durch juristische Zwirnsfäden ließen sich die Arbeiterbewegung, ihre Kinder der Verwahrlosung und den Feinden der Arbeiterklasse auszuliefern! Der Verein Arbeiterjugendheim ist für „politisch“ erklärt. Nunwohl — was schadet es? Seitdem werden die Namen der Mitglieder des Vorstandes (natürlich nicht der Mitglieder) der Polizei fein säuberlich auf Scheckpapier mitgeteilt. Darum erst recht: hinein, Ihr Erwachsenen, in den Verein!

Einige Hauseigentümer haben es abgelehnt, an Sozialdemokraten ein Jugendheim zu vermieten. Wo solche dennoch errichtet sind — es leiden doch nicht alle Hauseigentümer an moralischem Jresinn — lam die Polizei daher. Dieselbe bedroht, die bis heute noch nicht die polizeilichen Toischiäger, die den Tod des Arbeiters Herrmann verschuldet haben, ermittelt hat, wendet ungeheure Aufmerksamkeit den Arbeiterjugendheimen zu. Da wurde ausfindig zu machen gesucht, der Jugendheimleiter hinterzöge die Schanksteuer, weil — alkoholfreie Getränke unter Mitverwendung eines Teiles des Vereinsvermögens im Jugendheim ausgeschenkt wurden. Das Verfahren mußte freilich eingestellt werden, weil auch ein Preisauschreiben keinen Staatsanwalt auf die Leine hätte bringen können, der annähme, ein Gericht würde auf die halblohe Anlage hin eine Verurteilung eintreten lassen. Dann warf sich die politische Polizei auf Vorschriften der Vaupolizei. Sie fand heraus, der Hof des Hauses, in dem ein Jugendheim liegt, sei zu klein, die Türen zu schmal usw., wiewohl bürgerliche Jugendheime Häuser weit schmalere Türen und engere Höfe aufweisen. All diese und andere Drangsalierungen sind Nadelstiche, über die das Proletariat lacht, das Karben in reichster Fülle aufzuweisen hat, die es aber in dem Willen bestärken müssen: Nun bleiben wir erst recht nicht untätig, nun erst recht:

Der mit neuen Jugendheimen.  
Die wenigen Jugendheime, die bisher in Groß-Berlin eingerichtet werden konnten, befinden sich an folgenden Orten:  
Berlin, Heim I: N. Brunnenstr. 70.  
Berlin, Heim II: O. Große Frankfurter Str. 122/123.  
Berlin, Heim III: NW, Wilhelmshäbener Str. 21 (von Oktober: Siemensstr. 12).  
Adlershof: Bismarckstr. 11.  
Köpenick: Schönerlander Str. 5, Hof parterre.  
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.  
Friedrichshagen: Friedrichstr. 60, 2. Hof parterre.  
Johannisthal: Friedrichstr. 63.  
Nichtenberg: Dörfestr. 22.  
Neukölln: Ideal-Passage.  
Ober-Schöneweide: Marast. 2, vorn parterre.  
Königsplatz: bei Hieron, Kaiser-Friedrich-Strasse.  
Ziegel: Schlieperstr. 30, parterre.  
Tempelhof-Marivend: Kaiser-Wilhelm-Str. 76, Hof parterre.  
Treprow, Ortoeil Baumshulsenweg: Ernststr. 24.  
Wilhelmsruh-Hofenhal 1: Lindenallee 30, Gartenhaus parterre.

Die Heime sind geöffnet:  
Wochentags von 6 bis 10 Uhr nachmittags.  
Sonntags von 4 bis 10 Uhr nachmittags.  
Unser Ratwachs darf nicht den Feinden der Arbeiterklasse ausgeliefert werden. Mehr Jugendheime tun dringend not. Damit sie errichtet werden können, tretet dem Verein Arbeiterjugendheim bei!  
Beitrittsklärungen für den Verein Arbeiterjugendheim können jederzeit in den Bahnhöfen, ferner in den Bureaus der Wahlvereine und im Jugendsekretariat, Lindenstraße 2, abgegeben werden.  
Der Monatsbeitrag für den Verein beträgt 10 Pfennig.  
Auch höhere, freiwillige Zuwendungen zu leisten, steht natürlich den besser situierten Parteigenossen frei. Einer für alle — alle für einen.

### Sinein in den Verein Arbeiterjugendheim!

## Soziales.

**Eine Stadtverwaltung unter sozialistischer Leitung.**  
Schenktady, eine Mittelstadt im Staate New York, steht seit November 1911 unter sozialistischer Verwaltung. Was diese trotz aller Untriebe der „respektablen“ Kreise und ihrer Presse, trotz aller von den übernommenen bürgerlichen Beamten und den Gerichten planmäßig bereiteten Schwierigkeiten für das Gemeinwohl geschaffen hat, bezeugt der kürzlich vom Genossen Walter Krues, dem Wohlfahrtskommissar, erstattete Verwaltungsbericht.  
An der Spitze steht die Gesundheitsfürsorge. Die Zahl der Stadtärzte wurde verdoppelt, die Zahl der Dienststunden für Schulen und Gemeinde erhöht. Die städtischen Pflegerinnen fügen von 3 auf 8:0 für die Schulen, je eine für Tuberkulose und Schwangere. Jedes Schulkind wird sorgfältig überwacht, Arbeitserlaubnis für Kinder nur nach vorheriger ärztlicher Untersuchung erteilt. Kinder haben freie jahreslitzliche Behandlung, jeder bedürftige Kranke Anspruch auf freie Behandlung und Medizin. Besondere Aufmerksamkeit findet die Nahrungsmittelkontrolle. Die Milch wird scharf überwacht, ein chemisch-bakteriologisches Laboratorium wurde errichtet. Die Erfolge blieben nicht aus: Die Stadt ist seit 1909 um 14 Proz. gewachsen, aber die Zahl der Todesfälle ging zurück.

Weitgehende Förderung fand die Wohlfahrtsfürsorge. Wohlfahrtsbeamte wurden angestellt, um für ausreichende Armenpflege zu sorgen. Die Kinder gewisser Schulklassen erhielten freie Zerstreuung. Viele Freilongzerie und Vorträge und für die Kinder Sonntagsausflüge und Kinovorstellungen wurden veranstaltet. 7 Jugendspielplätze wurden eröffnet; vorher gab es keine dort. Man muß bei diesen Maßregeln, die größtenteils keinen ausgesprochen sozialistischen Charakter haben und denen in Europa auch von bürgerlicher Seite Ähnliches an die Seite gestellt werden kann, an die Verwahrlosung des Gemeinlebens, wie es in so vielen Städten der Union herrscht, denken. Ohne die Sozialisten hätte die Stadt lange auf solche Reformen warten können.

Aber auch in das wirtschaftliche Leben und seine Kämpfe griff die Verwaltung im Interesse der Arbeiter und Konsumenten energisch ein. Zwei Streiks wurden durch die Haltung der Stadtbehörden gewonnen. In einem Falle wurde den Unternehmern verboten, ihre „zum Schutze ihres Eigentums bewaffneten Privatwächter“ — die berüchtigten Pinkerton-Berufskreidker — auf

die Straße zu schicken. Sie mußten in den Hofräumen bleiben und konnten die Streikenden nicht provozieren. Im anderen Falle handelte es sich um einen Streikbahnhubau. Der Baugesellschaft wurde mitgeteilt, die Stadt könne die Straßen nicht länger als eine bestimmte Zahl von Stunden aufgerissen liegen lassen und werde nötigenfalls die Reparaturen selbst auf Kosten der Gesellschaft vornehmen lassen. Die Arbeiter erhielten sofort die geforderte Lohnhöhung.

Weiter wurde für die Arbeitslosen geforgt: häßlicher Arbeitsnachweis — in Verbindung damit ein Logierhaus, das Abendbrot, Fett, Bad und Frühstück verabreicht —, eine häßliche Farm für Landarbeit Arbeitsloser. Ihre Erzeugnisse werden im Winter an die Bedürftigen verteilt. Zum Kampfe gegen die Wohnungsnot wurde ein Baugesetz geschaffen, das die Stadt in der Bekämpfung der Bohnhöhlen (slums) an die Spitze stellt. Ueberall sollen Parks angelegt werden. 8 Schulen wurden errichtet, deren jede einen Spielplatz von 6000 Quadratmetern erhalten soll. Die Halbtagschule ist nun verschwunden.

Die Stadt nahm ferner die Lieferung von Kohlen, Eis und Kolonialwaren zum Selbstkostenpreise in die Hand. Dagegen klagten die Händler, und die Gerichte verboten der Stadt diese Geschäfte, die außerhalb ihrer Aufgabe lägen. Nun nahmen einzelne Beamte privat die Eielieferung selbst vor, doch war die Weiterentwicklung dieser Art öffentlicher Fürsorge unterbunden. Einen wirklichen Schlag gegen die „grasters“, die korrupten und korrumperenden Lieferanten, führte man durch sorgfältige Revision der Lieferungsbedingungen. So wurden allein in einem Jahre rund 100 000 Dollar an der Strafenpflasterung gespart. — Zur Hebung der Sittlichkeit erfolgte die Schließung der Spielhöhlen und Bordelle. Doch war es unmöglich, sie völlig zu beseitigen. Immer wieder tauchten welche für einige Zeit auf, um uns daran zu erinnern, daß die Wurzel dieses Uebels tief im kapitalistischen System eingebettet liegt und daß lokale Bestrebungen nicht genügen, um es auszurotten.

Man kann es begreifen, daß alle in ihren heiligen Gefühlen verletzten Interessenten: Unternehmer und Händler, Spekulanten, Kuppler und Geschäftspolitiker, alles daransetzen, diese verhaßten Umwälzungen, denen gegenüber alle Parteigenossen verschwinden, bei der Wahl im Herbst zu werfen. Unter der wehenden Unionsflagge und dem Segen der katholischen Kirche werden sie für Vaterland und Familie gegen die Vaterlandslosen, denen nichts heilig ist, anstürmen. Es wird sich zeigen, ob die Arbeiterbewegung schon hinreichend gefestigt ist, um dem Toben der Ausbeuterherde die gebührende Abweisung zuteil werden zu lassen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

## Gerichts-Zeitung.

### Das verdächtige Schulheft.

Mit welchem Raffinement Verbrecher vorgehen, um einem in der Irrenanstalt befindlichen „geisteskranken“ Komplizen zu befreien, zeigte eine Verhandlung, die gestern die 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen verurteilter Gefangenensbefreiung war die Arbeiterfrau Frieda Schwarz aus Magdeburg angeklagt. — Die Angeklagte, die selbst bisher völlig unbekannt ist, ist die Schwester des zu der sogenannten Kirch-Kolonie gehörenden Einbrechers Otto Hinge. Hinge war, nachdem er eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren verbüßt hatte, im Jahre 1908 wegen eines Einbruchs, bei dem er auf die Kriminalbeamten geschossen hatte, von der Strafkammer des Landgerichts I zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er spielte in der Strafanstalt den „Berrückten“, so daß er schließlich nach der Irrenanstalt nach gebracht wurde, wo er in dem sogenannten festen Haus untergebracht wurde. Während er hier saß, waren seine Komplizen unermüdlich an der Arbeit, ihm eine Gelegenheit zur Flucht zu verschaffen. Während ihnen dies bei dem zu derselben Einbrecherbande gehörenden Verbrecher Max Gorski durch Festhaltung eines später zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilten Pflegers der Anstalt doch gelang, waren ihre Bemühungen bezüglich des Hinge ohne Erfolg. Im Juni d. J. lief ein von der Schwester des Hinge, der jetzigen Angeklagten, abgeschicktes Paket bei der Anstalt ein, das außer Wurst, Butter, Obst und Zigaretten auch Schreibutensilien, zu denen auch ein kleines Schulheft, ein sogenanntes Diarium, gehörte. Durch die eigentümliche Schere des Heftes wurde man stuhig und man fand in dem Pappeedel verborgen 8 Stahlfingerringe und eine dünne Feile, die offenbar zum Durchdringen der eisernen Fenstergitter dienen sollten. — Die Abfederin behauptet bei ihrer Vernehmung, daß ihr das Buch einige Tage vorher von einem Unbekannten übergeben worden sei, mit der Bitte, es ihrem Bruder zu schicken. — Das Schöffengericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um den zum Glück durchkreuzten Befreiungsplan eines gefährlichen Einbrechers handele, auf 6 Wochen Gefängnis. In der Verurteilungsinzanz machte Rechtsanwält Dr. Sengler für die Angeklagte als strafmildernd geltend, daß es sich um eine bisher unbekanntere einfache Frau handele, die sich offenbar der Schwere ihrer Vernehmung gar nicht recht bewußt gewesen sei. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und ermäßigte die Strafe auf 3 Wochen Gefängnis.

### Vogelfreies Gefinde.

Die Rechtlosigkeit der Dienstboten wurde wieder einmal in einer Strafkammerung in Hirschberg gerichtlich dokumentiert. Die Magd eines Großgrundbesizers aus Hohenpetersdorf, Kreis Wollnshain, war während der Osterfesttage über den ihr gewährten Erholungsurlaub, der in der Regel sich nur auf wenige Stunden erstreckt, etwas länger ausgeblieben. Als die Magd zurückkehrte, wurde sie von der „Gnädigen“ gefragt, wo sie wieder herumgehurt habe. Das mit Recht über diese Unverschämtheit empörte Mädchen trug darauf die „Gnädige“ an, sie es selber, wenn sie ausging, etwa so gemacht habe. Das war für die einen so „vornehm“ Ton führende Madam vom Lande zu viel. Als dann später der „Dienstherr“ nach Hause kam, wollte er gegen die „unbarmhäßige“ Magd „einschreiten“. Da diese aber dem Mäher der Ehre seiner Frau nicht im unklaren darüber ließ, daß sie sich von ihm nichts Unrechtes gefallen lassen wolle, mißhandelte dieser das Mädchen so, daß diese sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und Anzeige erstattete. Die Strafkammer erkannte sonderbarerweise auf Freisprechung des schlagfertigen Gutsbesizers, und zwar mit folgender Begründung: „Der Angeklagte habe sich der einfachen Körperverletzung schuldig gemacht, dies sei durch das Urteil des Landes und durch die eigenen Angaben des Angeklagten erwiesen. Der Angeklagte sei aber freizusprechen, weil er eine „Beleidigung“, die ihm das Mädchen zugefügt habe, auf der Stelle erwidert habe, und zwar durch die Ohrfeigen. Wenn auch der Angeklagte nicht formell beleidigt wurde, so mußte er jedoch durch die Auehrung der Dienstmagd: „Ich lasse mit eben von Ihnen nichts sagen“, eine Mißachtung erliden, die als Beleidigung aufzufassen sei.“

Darauf, daß das Dienstmädchen durch die Frau des mißhandelten Gutsbesizers schwer in ihrer Ehre gekränkt wurde und dessen Frau die eigentliche Urheberin der Beleidigung gewesen ist, scheint das Gericht keinen Wert gelegt zu haben. Nach der Auffassung der Hirschberger Richter wird das Gefinde auf Grund der alten vermoderten Gefindeordnung für vogelfrei erklärt. Das heißt also, jeder Dienstgeber kann eine wörtliche Beleidigung, wenn man in dem vorliegenden Fall von einer solchen reden kann, durch einige kräftige Ohrfeigen oder andere körperliche Mißhandlungen sühnen.

## Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau.

August Bebel („Frau und Sozialismus“.)

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf freie Betätigung derselben; sie ist Mensch wie der Mann und sie soll wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen als ihr eigener Herr. Der Zufall, als Frau geboren zu werden, darf daran nichts ändern. Die Frau, weil sie als Frau und nicht als Mann geboren ist — woran der Mann so unschuldig ist wie die Frau —, von der Gleichberechtigung auszuschließen, ist ebenso ungerecht, als wenn Rechte und Freiheiten von dem Zufall der Religion oder der politischen Gesinnung abhängig gemacht werden, und ebenso unsinnig, wie daß sich zwei Menschen als Feinde betrachten, weil sie durch den Zufall der Geburt verschiedenen Volksstämmen oder verschiedenen Nationalitäten angehören. Das sind eines freien Menschen unwürdige Anschauungen. Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles zu beseitigen, was einen Menschen von dem anderen, eine Klasse von der anderen, ein Geschlecht von dem anderen in Abhängigkeit und Unfreiheit erhält. Es hat keine andere Ungleichheit Berechtigung als jene, welche die Natur in der Verschiedenheit des Wesens der einzelnen und zur Erreichung des Naturzwecks schafft.

Die volle Emanzipation der Frau und ihre Gleichstellung mit dem Mann ist eines der Ziele unserer Kulturentwicklung, dessen Verwirklichung keine Macht der Erde zu verhindern vermag. Aber sie ist nur möglich auf Grund einer Umgestaltung, welche die Herrschaft des Menschen über den Menschen — also auch des Kapitalisten über den Arbeiter — aufhebt. Das „goldene Zeitalter“, von dem die Menschen seit Jahrhunderten träumen und nach dem sie sich sehnten, wird endlich kommen. Die Klassenherrschaft hat für immer ihr Ende erreicht, aber mit ihr auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.

August Bebel.

### Die bürgerliche Frauenbewegung.

1.

#### Strömungen im Bund Deutscher Frauenvereine.

Der Bund Deutscher Frauenvereine ist eine Zusammenfassung von bürgerlichen Frauenverbänden der verschiedensten Richtungen (weiblichen Berufsorganisationen, Wohltätigkeitsvereine, politischen Frauenverbänden, Rechtschutzorganisationen und anderes mehr), die den Zweck hat, die gemeinsamen Forderungen der bürgerlichen Frauen nach außen hin zu vertreten. Wenn man von den Gruppen absteht, die sich nur deshalb dem Bunde angeschlossen haben, weil sie mit dabei sein wollen, so kann man als den Grundgedanken, auf dem er sich aufbaut, wohl den Wunsch nach Eröffnung besserer Bildungsmöglichkeiten, nach Erschließung neuer Berufe und Erzielung einer günstigeren rechtlichen Lage für die Frauen ansehen. Es gibt kaum einen Verein innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung, der von der Notwendigkeit dieser Forderungen nicht überzeugt wäre, aber natürlich bestehen große Unterschiede in bezug auf das Maß von Bildung, Erwerbsmöglichkeiten und Rechten, das zu erstreben ist. Hier sind die verschiedenartigsten Strömungen vorhanden, und da nur zu leicht nach den mehr oder weniger vernünftigen oder unvernünftigen Forderungen eines Vereins oder Verbandes die ganze Frauenbewegung beurteilt wird, so ist es gut, einmal in groben Umrissen die hauptsächlichsten Richtungen, die im Bund Deutscher Frauenvereine vertreten sind, zu skizzieren.

Zunächst muß jedoch festgestellt werden, daß der Bund Deutscher Frauenvereine durchaus nicht etwa alle bürgerlichen Frauenorganisationen umfaßt. Außerhalb stehen noch, und nur einige der wichtigsten Verbände zu nennen, der Katholische Frauenbund wie überhaupt sämtliche katholischen Frauenorganisationen, der Bund für Mutterschutz und die Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, der Vaterländische Frauenverein. Der Katholische Frauenbund mit seinen 50 000 Mitgliedern und 112 Zweigvereinen wird bisher nicht den Wunsch nach einer Vertretung im Bunde gehabt haben. Sollte er aber einmal auf den Gedanken kommen, dort mitzuwirken, so würde sich vermutlich die ganze Politik des Bundes mit einem Schlage ändern, denn dann wäre die konfessionelle Frauenbewegung im Verein mit dem reaktionären Flügel im Bunde tonangebend und es dürfte den anderen Richtungen schwer werden, sich zu behaupten. In der konfessionellen Frauenbewegung, zum mindestens in der katholischen, liegt eine gewisse Gefahr und nicht nur für die bürgerliche Frauenbewegung. Sie ist auch einer der ernstesten Gegner, mit denen die Arbeiterinnen zu rechnen haben, und sie verdient ebenso wie die Frauenstimmrechtsbewegung, die zwar in Deutschland bei weitem noch nicht zu einer ähnlichen Bedeutung gelangt ist, wie in vielen anderen Ländern, das Interesse und die aufmerksame Kontrolle der Sozialdemokratinnen.

Innerhalb des Bundes Deutscher Frauenvereine treten deutlich zwei Strömungen hervor. Tonangebend infolge seiner Mitgliederzahl und der Gesellschafter, die ihm andere, im übrigen von ihm unabhängige Vereine leisten, ist der Allgemeine Deutsche Frauenverein, der zugleich die gemäßigtere Richtung im Bunde darstellt. Er ist der älteste Frauenverein; sein Entstehen bedeutet den Beginn der deutschen Frauenbewegung und seine Gründung durch Luise Otto-Beters im Jahre 1865 war ein für jene Zeit gewaltiger Fortschritt. Luise Otto-Beters hatte im Sinn, eine Bewegung aller Frauen zu schaffen, die interessierte sich auch stark für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterinnen, aber mehr und mehr wurde die Arbeiterinnenfrage vernachlässigt. Der Verein bemühte sich vor allem, bessere Bildungsmöglichkeiten für die Bürgerkinder zu beschaffen. Ein großer Teil der bisher im Haushalt des Mittelstandes erledigten Arbeiten — Spinnen, Weben, Nadelarbeiten, Vorarbeiten und vieles andere mehr — war von Industrie und Gewerbe übernommen worden. Durch die Umwandlung in der Hauswirtschaft wurden weibliche Arbeitskräfte freigegeben, andererseits sahen sich auch die Töchter des Bürgertums — wenngleich noch nicht in dem Umfange wie gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts — vor die Notwendigkeit gestellt, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. Ihnen kam die Propaganda des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins zugute.

Der entstehenden Arbeiterinnenbewegung gegenüber verhielt sich der Allgemeine Deutsche Frauenverein ziemlich ablehnend, und auf ihn ist es auch zurückzuführen, daß der Bund Deutscher Frauenvereine bei seiner Gründung im Jahre 1894 erklärte, daß „die sozialistischen Arbeiterinnenvereine eine selbstverständliche ausgeschlossen sein müßten. Nur sechs Frauen, unter ihnen Minna Cauer, Bild von Gajdai (Bild Braun) und Lina Morgenstern protestierten gegen diese Erklärung.

Die andern stimmten zu und zogen dadurch mit aller Schärfe eine Scheidungslinie zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein, der noch heute in gewissem Sinne die Führung im Bunde Deutscher Frauenvereine hat, bildete sich mehr und mehr zu einer Organisation der Frauen des mittleren Bürgertums und der Beamten heraus. Er sah in der kommunalen Betätigung, in der praktischen Arbeit die wichtigste Aufgabe für die Frau.

Im Gegensatz zu ihm stellte der später entstandene Verband fortschrittlicher Frauenvereine — nicht zu verwechseln mit den in der fortschrittlichen Volkspartei organisierten Frauen — die Erlangung von Rechten in den Vordergrund seiner Propaganda. Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine, der zusammen mit dem deutschen Verband für Frauenstimmrecht den sogenannten linken Flügel im Bund Deutscher Frauenvereine bildete, ging im Jahre 1899 aus dem Zusammenschluß des Vereins Frauenwohl Berlin mit ähnlichen von Minna Cauer und anderen fortschrittlichen Frauen ins Leben gerufenen Vereinen hervor. Auf seine recht interessante Entstehungsgeschichte kann hier nicht weiter eingegangen werden, denn es kommt uns hauptsächlich darauf an, ein Bild von der gegenwartspolitisch der bürgerlichen Frauenbewegung zu geben. Im Bund Deutscher Frauenvereine kam es bald zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Gemäßigten und den Radikalen. Diese vertraten das Prinzip, daß an Stelle des gemeinnützigen Wirkens die Sozialpolitik treten und als Ziel die Befreiung der Frau anerkannt werden solle, während die Gemäßigten durchsetzten, daß als Zweck des Bundes festgelegt wurde: „Durch organisiertes Zusammenarbeiten sollen die gemeinnützigen Frauenvereine erstarken, um ihre Arbeit erfolgreich in den Dienst des Familien- und Volkswohls zu stellen.“ Die Radikalen verlangten, daß der Bund 1900 auf seiner Generalversammlung die Verhängung der bürgerlichen und der sozialistischen Frauenbewegung in Sachen der Frauenfrage für wünschenswert erklären solle, die Gemäßigten konnten sich dazu nicht entschließen und setzten eine Resolution durch, die den Vereinen empfahl, eine Verständigung von Fall zu Fall „in Betracht zu ziehen“.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine bildete und bildet noch heute die Minorität im Bund Deutscher Frauenvereine. Zu dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein stößt das Gros der anderen Verbände und weiter rechts steht noch der Deutsch-evangelische Frauenbund und neuerdings der Deutsche Frauenbund, der weibliche Ableger des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Trotz seiner geringen zahlenmäßigen Bedeutung hat aber der Verband fortschrittlicher Frauenvereine immer einen gewissen Einfluß ausgeübt. Er bildete das vorwärtstreibende Element. Heute bekennt sich der Bund Deutscher Frauenvereine zu Forderungen, die früher nur von den Radikalen und zwar in heftigem Gegensatz zu den Gemäßigten vertreten wurden. Als der Verband die Forderung des Frauenstimmrechts aufnahm und sich lebhaft an der Sittlichkeitsbewegung beteiligte, wurde ihm von den zaghaften Vertretern der Gemäßigten oft genug vorgeworfen, daß er durch seinen Radikalismus die Interessen der Frauen schädige. Inzwischen ist die Frauenstimmrechtsbewegung, wie überhaupt die politische Frauenbewegung modern geworden, und mit Ausnahme des Deutsch-evangelischen Frauenbundes stößt sich niemand mehr im Bund Deutscher Frauenvereine an der Forderung des politischen Frauenwahlrechts.

Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß fortschrittliche Tendenzen jetzt im Bunde die Vorherrschaft haben. Leben und Bewegung — soweit beides überhaupt vorhanden und nicht schon „formvollendeter Stillstand“ eingetreten ist — tragen zwar die Vertreterinnen der Radikalen auf den großen Tagungen in die Debatte. Werden aber Forderungen gestellt, die den Bund zwingen würden, sich weiter links zu orientieren, so erhebt sich großes Geschrei und die Anträge werden abgelehnt. Das trat recht deutlich zutage, als der Bund für Mutterschutz den Antrag stellte, in den Bund aufgenommen zu werden. Hier war wohl eine unerhörte Forderung, und sie wurde denn auch abgelehnt mit der Begründung, daß man Vereine mit familienzerstörenden Tendenzen nicht aufnehmen könne. Dem Bund für Mutterschutz hat diese Entscheidung nicht weiter geschadet, und der gesamten Frauenbewegung hat sie nichts genützt, denn ihre Gegner werfen ihr trotz alledem die Stärkung familienzerstörender Tendenzen vor.

Selbstverständlich ist der Bund neutral. Er kann schon deshalb nicht anders, weil die verschiedenartigsten Gruppen von rechts bis ziemlich weit links in ihm vertreten sind; und ebenso selbstverständlich ist der Bund gut bürgerlich. Die Befreiung der bürgerlichen Frauen — sei es wirtschaftlich oder rechtlich, sei es durch sozialreformerische Maßregeln oder durch Stärkung der Berufsorganisationen — ist seine Aufgabe. Aber das merkwürdige ist, daß immer dann, wenn durch Gesetze den Forderungen des Bundes Geltung verschafft werden soll, die parlamentarischen Vertreter der Schichten, aus denen diese Frauen kommen, verjagen. So war es — um nur einige der neuesten Geschehnisse zu nennen — bei den Verhandlungen über den verstärkten Mutterschutz in der Reichsversicherungsordnung, so war es beim Staatsangehörigkeitsgesetz und bei dem Gesetz über die Jugendgerichtshöfe.

In diesen Fragen haben die Frauen bei den bürgerlichen Parteien bis in die Reihen der Fortschrittler hinein kein Entgegenkommen und kein Verständnis gefunden. Es blieb der Sozialdemokratie, der Partei der arbeitenden Klasse, vorbehalten, ihre Forderungen mitzuvorteilen; und von den verschiedensten Seiten wurde ja auch bittere Klage darüber geführt, daß diese Parteien für die Wünsche der Frauenbewegung so schwer zugänglich seien. Solange die Frauen das Wahlrecht nicht besitzen, werden sie natürlich auch weiter nicht für voll angesehen werden. Rücksichten werden von den bürgerlichen Parteien nur auf Wähler genommen. Dadurch wird aber der Kampf der bürgerlichen Frauenbewegung, ohne daß sie es wünscht, ja zum Teil völlig gegen ihren Willen, zu einem Kampf gegen den Mann, und auch darin unterscheidet sie sich von der proletarischen Frauenbewegung, die eng verbunden mit den Männern in der sozialdemokratischen Partei ihre Interessenvertretung sieht und nicht ihre Kraft unnütz in dem Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse verschwenden muß.

Es läßt sich noch manches zu sagen über die Berufsorganisationen bürgerlicher Frauen wie auch über die Tatsache, daß die Anhängerinnen der fortschrittlichen Volkspartei durchaus nicht etwa die Führerinnen der fortschrittlichen Frauenbewegung im Bunde sind, sondern daß die bekannteren Volksparteierinnen, so Gertrud Bäumer, Helene Lange u. a. im Bund Deutscher Frauenvereine zur gemäßigten Richtung gehören. Aber uns kam es hier mehr darauf an, einen allgemeinen Überblick zu geben, den Gegensatz zwischen radikaler und gemäßigter Frauenbewegung aufzuzeigen und gleichzeitig zu beweisen, daß weder die eine noch die andere auf eine Vertretung ihrer Interessen durch bürgerliche Parteien rechnen kann.

Lang Dreifisch.

### Mutterschutz und Frauenrecht.

Aus London wird uns geschrieben: Nach dem englischen Versicherungsgesetz erhält eine versicherte Arbeiterin oder die Frau eines versicherten Arbeiters bei der Geburt ihres Kindes eine Unterstützung von 30 Schilling. Wäher konnte nur der versicherte Mann einer unversicherten Frau die Unterstützung erheben. Das

hat in verschiedenen Fällen zu Mißbräuchen geführt, indem nämlich der Vater das für die Mutter und das Kind bestimmte Geld für sich verwendete. Jetzt wird nun eine Novelle zu dem Versicherungsgesetz im englischen Parlament beraten. Im Komitee hatte man sich mit der Abänderung der erwähnten Bestimmung befaßt und beschloß, daß in Zukunft nur der Mutter die Unterstützung gewährt werden sollte. In der Plenarsitzung kam es darüber zu einer interessanten Debatte, die wohl der Registrierung wert ist. Die Arbeiterpartei hatte beantragt, daß die Unterstützung sowohl an die Mutter wie an den Vater ausbezahlt werden könnte, der der Mutter dann das Geld auszuhändigen hätte. Dieses Amendement, das von den Arbeiterparteilern Roberts und MacDonald verteidigt wurde, spiegelte die Ansichten der Klassen wieder. Dagegen aber zogen die organisierten Frauen in einem Manifest der Genossenschaftlichen Frauengilde zu Felde, die in einer Denkschrift die Angelegenheit zu einer Prinzipienfrage machten. Von den Antragstellern wurde hervorgehoben, daß es nicht angehe, ein ganzes Geschlecht (die Gatten der Frauen) zu entziehen, daß die Ausführung des Komiteeschlusses auf administrative Schwierigkeiten stoßen werde, daß es auch Frauen gebe, die das Geld vergeuden würden und daß man den Vätern das Recht einräumen müsse, zu entscheiden, in welchen Händen das Geld am sichersten seinem Verwendungszweck zugeführt werden würde. Aber die Gegner des Abänderungsantrages, Mitglieder aller Parteien, ließen sich nicht irritieren. Sie forderten die strikte Durchführung des Grundgesetzes, daß nur die Mutter zum Empfang des Geldes berechtigt sei. Bei der Abstimmung kam es zu einer verwirrenden Szene. Die Stimmzähler beider Parteien riefen: „Hierbei, wer die Frauen beschützen will!“ Dadurch stimmten einige Irländer, die gegen das Amendement stimmten wollten, für das Amendement, das mit geringer Mehrheit angenommen wurde, trotz der bisshigen Bemerkungen des Genossen Snowden, der seinem Parteigenossen Roberts vorwarf, er betrachte die Angelegenheit von dem mosaischen Standpunkt des zehnten Gebots, wo die Frau mit dem Ochsen und Esel des Herrn in einen Topf gemorfen wird. Doch der Sieg der Antragsteller war nur von kurzer Dauer. Gleich wurde ein Unteramendement gestellt und angenommen, nach dem der Gatte von der Frau zum Empfang des Unterstützungsgeldes autorisiert sein muß, was zu erheben zu können. In der Praxis mag die Änderung nicht viel bedeuten; aber die Alleinberechtigung der Frau zu dem Muttergeld ist nunmehr juristisch beseitigt. In solchen kleinen Ereignissen kann man merken, wie kräftig die Frauenbewegung in England die Gemüter schon beeinflusst.

#### Gemeindefrauenrecht der Frau.

In der „kommunalen Praxis“ macht Genossin Dreifisch den Vorschlag, zu versuchen, in den Städten Rhein und Elbe die Eintragung von Frauen in die kommunalen Wählerlisten durchzuführen. In beiden Städten sind Frauen zu Ehrenbürgerinnen ernannt worden (in Essen Frau Maria Krupp, in Rheinl. Präfektur Marie Lenßen, die um die Fürsorge für die weibliche Jugend Verdienste hat). § 5 der Städteordnung, der von der Teilnahme am Wahlrecht spricht, wurde bisher so ausgelegt, daß nur Männer wahlberechtigt seien, obgleich darin von „jedem selbständigen Preußen“ die Rede ist. § 6 der Städteordnung, der die Verleihung des Ehrenbürgerrechts regelt, spricht ausdrücklich von „Männern, die sich für die Stadt verdient gemacht haben“. Selbstverständlich ist es ein Unfug, einmal Frauen von dem „gewöhnlichen“ Bürgerrecht auszuschließen, ihnen aber das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, obgleich der Wortlaut der Städteordnung eher die umgekehrte Handhabung zuläßt.

#### Staatsspenden für arme Mütter.

Unter dieser Epithete hatten wir im Mai d. J. eine Notiz über die staatliche Unterstützung mittellose Mütter in amerikanischen Bundesstaaten gebracht. Die Genossin Adolf Hepper der „Gleichheit“, die diese Notiz ebenfalls abgedruckt hatte, schreibt, sind die tatsächlichen Angaben dieser Mitteilung falsch.

### Literarisches.

Das sterile Berlin von Felix K. Theilhaber. (Verlag Eugen Wacker, Berlin 1913, 105 Seiten, Preis 4 M.) Hinter dem etwas sensationellen Titel birgt sich eine statistische Studie, die mit Hilfe neuer Berechnungsmethoden die ökonomische Lage der Frau festlegt, daß der Geburtenrückgang in Berlin heute bereits so groß ist, daß Berlin ohne den Zufluss fremder Personen aussterben würde. Ueber diese Untersuchung hinaus wirkt die Arbeit einige Streiflichter auf die Geburtenbeschränkung im Alter und im Mittelalter, beschäftigt sich mit den Beziehungen von Beruf und Geburtenzahl sowie mit denen zwischen Konfession und Geburtenzahl. Sie führt weiter den Beweis, daß ähnliche Tendenzen der Sterilität sich in den übrigen Großstädten geltend machen. Die Ursachen für die von ihm dargestellten Erscheinungen sucht der Verfasser wesentlich in ökonomischen Wurzeln. Dieses Resultat ist um so wertvoller, als Theilhaber in früheren Veröffentlichungen anderen Faktoren (Konfession usw.) mehr Einfluß einräumte. Den Weg zu dem Zugeständnis von der fast ausschließlich ökonomischen Wirksamkeit ökonomischer Momente führte Theilhaber offenbar die Beschäftigung mit der Säuglingssterblichkeit, die für die Beurteilung der zukünftigen Bevölkerungsvermehrung von äußerster Wichtigkeit ist. Die Arbeit klingt aus in der Forderung nach wirtschaftlichen Reformen, die der Mutter und dem Kinde die Sicherheit auskömmlichen Unterhalts gewähren.

Die Rassenhygiene in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von G. von Hofmann. (J. F. Lehmanns Verlag, München 1913, 237 Seiten, Preis 4 M., geb. 5 M.) Die Arbeit berichtet nach einer kurzen Zusammenfassung der Grundgedanken der Rassenhygiene über die Verbreitung rassenhygienischer Ideen und Maßnahmen in den Vereinigten Staaten, insbesondere über Eheberbote, das Anfruchtbarmachen der Pflanzentwerten und Einwanderungsverbote. Als Ergänzung dazu wird der Wortlaut eines Ehegesetzes, des Einwanderungsgesetzes und der bestehenden Gesetze über Anfruchtbarmachung mitgeteilt. Ein sehr reichhaltiges, wertvolles Schriftverzeichnis von mehr als 900 Nummern über die behandelten Fragen ergänzt den Inhalt. Die Darstellung der amerikanischen Gesetzgebung hat uns von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Gesetze zur Verbesserung der Rassenhygiene nicht überzeugen können. Auch in Amerika werden die Eheberbote für Geistesranke, Schwachsinnige, Blöden, Epileptische, Geschlechtsranke, Alkoholiker, Lungenschwindsüchtige, und Personen, die der Armenpflege zur Last fallen (!), gar nicht oder ziemlich willkürlich durchgeführt, soweit solche Gesetze überhaupt bestehen. Das gleiche trifft für die gesetzliche Sterilisation zu. Uns scheint es überhaupt prinzipiell bedenklich, dem Staate so weitgehende Befugnisse zu überlassen, so lange nicht auf sozialpolitischem Wege alles versucht worden ist, um Volksseuchen, Verbrechen und wirtschaftliche Not zu beseitigen.

#### Die Frau im Dienste der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung.

Von Dr. Oscar Wagner (Verlag Teubner, Leipzig und Berlin 1913, 247 Seiten, Preis 4,80 M.). Der Verfasser, Oberpostpraktikant in Halle a. S., gibt eine eingehende mit zahlreichen altenmännlichen Belegen versehene Darstellung der Tätigkeit von Frauen im Postdienst Deutschlands, der nichtdeutschen Staaten Europas, Nordamerikas und Neuseelands. Aus dieser internationalen Uebersicht ergibt sich, daß fast alle einzelnen Arbeitsbedingungen in diesem oder jenem ausländischen Staat günstiger sind als bei der deutschen Postbeamtin.

# Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Aus der Lage des Arbeitsmarktes läßt sich schon seit längerer Zeit erkennen, daß das Wirtschaftsleben wieder von einer schweren Krise heimgesucht wird. Das Heer der Arbeitslosen vermehrt sich fort und fort. Wenn auch augenblicklich noch nicht von einer allgemeinen, das ganze Wirtschaftsgebiet bedrückenden Krise gesprochen werden kann, so ist es doch eine unbestreitbare Tatsache, daß gewisse Industriezweige schon seit längerer Zeit unter einer schweren Depression leiden, die es vielen Tausenden von Arbeitern unmöglich macht, Arbeit zu finden. In erster Linie ist es das Baugewerbe, die Holzindustrie und das graphische Gewerbe, wo sich der wirtschaftliche Niedergang schon seit längerer Zeit mit erschreckender Deutlichkeit bemerkbar macht. Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Arbeitslosen in diesen drei Produktionsgebieten. Nach einer Erhebung, die der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission in letzter Zeit vorgenommen hat, sind allein von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in Berlin arbeitslos: Im Baugewerbe 5700, in der Holzindustrie 5000, in den graphischen Berufen 2000. Der Transportarbeiter-Verband gibt die Zahl seiner arbeitslosen Mitglieder auf über 2000 an. Insgesamt sind von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in Berlin gegenwärtig 16 000 bis 17 000 arbeitslos. Man muß natürlich annehmen, daß auch die Mitglieder anderer Organisationen sowie die Unorganisierten in demselben Verhältnis an der Arbeitslosigkeit beteiligt sind. Hiernach werden wir zurzeit etwa 50 000 Arbeitslose in Berlin haben.

Wer zu einer optimistischen Auffassung neigt, der wird vielleicht sagen, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten sei die Zahl der Arbeitslosen noch nicht besonders groß. Dem ist entgegenzuhalten: Wenn in Berlin 50 000 Arbeitslose vorhanden sind, so bedeutet das doch eine Summe von Rot und Elend, an der die Öffentlichkeit nicht achtlos vorübergehen darf. Ein Heer von Arbeitslosen liegt auf der Straße. Zehntausende fleißiger Arbeiter bemühen sich vergebens um Arbeit und Verdienst. Sie belagern die Arbeitsnachweise, reihen sich um die Arbeitsangebote der Zeitungen, melden sich zu Hunderten, wo ein Arbeitsplatz freigeworden ist und kehren nach vergeblichem Suchen enttäuscht in ihr elendes Heim zurück, um an den folgenden Tagen den Kampf um Arbeit und Brot mit dem gleichen Mißerfolg wieder aufzunehmen. Und dieser Kampf wird von Tag zu Tag härter und aussichtsloser, denn das Heer der Arbeitslosen schwillt immer mehr an. Die Aussicht, ein Unterkommen zu finden, wird von Tag zu Tag geringer und die Zeit der Arbeitslosigkeit, zu der jeder einzelne der Arbeitslosen verdammt ist, wird länger und länger.

Es ist ja eine von der widersinnigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung untrennbare Erscheinung, daß immer eine industrielle Reservearmee, eine Anzahl überschüssiger Arbeitskräfte vorhanden ist, für welche die Industrie keine Verwendung hat. Aber noch nie war der Bestand der industriellen Reservearmee ein so dauernder wie jetzt. Der heutige Unglück hat, als überschüssige Arbeitskraft auf die Straße gesetzt zu werden, der findet so bald keine Arbeit wieder. Die Feststellungen der Gewerkschaftskommission haben ergeben, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit für jeden Arbeitslosen eine erschreckend lange ist. Eine Arbeitslosigkeit von 10 bis 20 Wochen für den einzelnen kommt sehr häufig vor. Wenn es gelingt, schon nach wenigen Wochen wieder Arbeit zu bekommen, der kann sich unter den heutigen ungesundeten Verhältnissen noch zu den Glücklichen rechnen.

Das sind in der Tat traurige Verhältnisse, die dringend der Abhilfe bedürfen. Die Gewerkschaften haben ja durch die Arbeitslosenunterstützung eine Einrichtung geschaffen, die bestimmt und geeignet ist, der Not ihrer zur Arbeitslosigkeit verdamnten Mitglieder nach Kräften zu steuern. In normalen Zeiten reicht diese Hilfe wohl aus, um der drückendsten Not zu steuern. Aber in einer Zeit der Krise, bei ungewöhnlich langer Dauer der Arbeitslosigkeit kann die Selbsthilfe der Arbeiter nicht genügen. Da müssen Staat und Gemeinde eingreifen, um mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Not zu lindern, welche das widerwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem, verschärft durch die das Volk auszehrende Zoll- und Steuerbelastung, über Zehntausende von Arbeitern heraufbeschworen hat.

Jetzt stehen wir erst am Anfang einer Krise, aber doch macht sich ihr Druck auf die Arbeiterklasse schon in einer so schweren Weise bemerkbar, daß es Pflicht der öffentlichen Organe ist, Abhilfe zu schaffen, soweit es in ihren Kräften steht und nicht zu warten, bis sich das gegenwärtige Elend zu einer allgemeinen Notlage ausgewachsen hat.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission veranstaltete gestern vormittag

## Sieben Arbeitslosenversammlungen.

Da wurde das Elend der Arbeitslosen in anschaulicher Weise gezeigt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit wurden dargestellt, und die Forderungen, welche an Staat und Gemeinde gestellt werden, in einer Resolution zusammengefaßt, die in allen Versammlungen einstimmig Annahme fand. Die

### Resolution

lautet:

Die am 13. August versammelten Arbeitslosen aller Berufe erblicken in der zurzeit herrschenden großen Arbeitslosigkeit eine ständig wiederkehrende Begleitererscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Infolge der seit Jahren herrschenden Teuerung, wovon alle Lebensmittel und Bedarfsartikel betroffen sind, ist der Konsum der Massen des Volkes ganz erheblich eingeschränkt. Die andauernde Verschlechterung des Geldmarktes und der schrankenlose Grund- und Bodentwucher haben die Bantätigkeit fast gänzlich lahmgelegt.

Diese Ursachen liegen der schon seit langem andauernden Arbeitslosigkeit zugrunde und verschulden die ungemein lange Dauer der Arbeitslosigkeit, wovon zehntausende Berliner Arbeiter betroffen sind.

Als eine besonders gefährliche Erscheinung muß die Tatsache angesehen werden, daß Tausende Arbeiter aus den Bauberufen, die zurzeit volle Beschäftigung haben sollten, gegenwärtig ohne Arbeit sind.

Zu gleicher Zeit wird von großen kommerziellen und industriellen Unternehmen berichtet, daß keine neuen Aufträge eingehen, und soweit dies dennoch der Fall ist, von einer günstig zu beurteilenden Geschäftslage keine Rede sein kann. Vielmehr wird die Konjunktur allgemein als sehr schlecht bezeichnet. Somit steht für den kommenden Winter eine noch viel größere Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Die Gewerkschaften haben bisher schon nach ihren Kräften die durch die Arbeitslosigkeit entstandene Notlage gemildert. Es kann jedoch den Gewerkschaften nicht allein zugemutet werden, den Opfern des heutigen Wirt-

schaftsystems über die schlimmen Zeiten der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen.

Hier müssen Staat und Gemeinde eingreifen und die Arbeitslosigkeit abzuwenden suchen und soweit dies nicht möglich ist, die durch Arbeitslosigkeit entstehende Not zu mildern.

Staat und Gemeinde können dieses berechtigte Verlangen erfüllen, indem sie

I. die von ihnen beabsichtigten Bauausführungen und andere gewerblichen Arbeiten alsbald in Auftrag geben und diese Arbeiten unter Beobachtung der Tarifverträge der einzelnen Berufe ausführen lassen;

II. die Arbeitslosenversicherung alsbald einführen.

Die Versammelten erblicken in diesem Verlangen die Erfüllung einer Pflicht, die Staat und Gemeinde ihnen gegenüber haben und die daraus resultiert, daß Staat und Gemeinde als Sachwalterin der Interessen des Volkes auch jene Teile des Volkes nicht vergessen dürfen, die mit zum Wohlstande der Nation beigetragen haben, aber unter den Schäden des heutigen Wirtschaftssystems am schlimmsten leiden.

In Rücksicht darauf, daß im Winter eine bedeutende Verschlimmerung der Lage eintreten wird, erwarten die Versammelten, daß ihre berechtigten Verlangen alsbald berücksichtigt werden.

Die Versammelten beauftragen daher den Ausschuß der Gewerkschaftskommission, alle Schritte einzuleiten, die erforderlich sind, um die hier in Aussicht genommenen Maßnahmen durchzuführen.

Ueber den Verlauf der Versammlungen geben wir die folgenden Berichte:

Im

### Moabitler Gesellschaftshaus

in der Bieleffstraße referierte D. Hanke. Nach Erörterung der allgemeinen, in der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Ursachen wirtschaftlicher Krisen besprach er die besondere Gestaltung der augenblicklichen Verhältnisse, unter denen im hervorragenden Maße bestimmte Gewerbe zu leiden haben. Dabei gab der Redner einige interessante Zahlen. Im Jahre 1908, als der Höchststand einer guten Konjunktur im Baugewerbe war, wurden in Berlin im Baugewerbe 22 000 Maurer und die dazu gehörige Anzahl von Bagern, Zimmerern, Hilfsarbeitern usw. beschäftigt, 1907 und 1908 verminderten sich die Zahlen erheblich und im vorigen Jahre, wo die Schwierigkeit der Geldbeschaffung immer größer wurde, verminderte sich die Zahl allein der in Berlin anwesenden Maurer so, daß jetzt 10 000, höchstens aber 11 000 Maurer im Berliner Geschäftsbereich gerechnet werden können. In den letzten 6 Jahren habe sich die Zahl der Berliner Maurer um die Hälfte verringert. Wo seien nun die anderen geblieben? Bei Beantwortung der Frage sei zu berücksichtigen, daß im Baugewerbe die Verhältnisse anders lägen, wie in anderen Gewerben. Der Rückwuchs komme im Baugewerbe nicht aus den großen Städten, sondern vom flachen Lande. Die Lehrlinge würden vorwiegend auf dem flachen Lande ausgebildet. Es gab Dörfer in der Provinz Brandenburg, wo etwa 100 Maurer wohnten, aber nur zwei am Orte beschäftigt werden konnten. Die anderen kommen Montags nach Berlin, um hier die Woche über zu arbeiten und dann Sonntags wieder heimzufahren. So komme es denn, daß bei abnehmender Berliner Arbeitsmöglichkeit diese Leute in der Landwirtschaft oder in anderen Gewerben unterzukommen suchten. Trotz jener großen Abnahme der in Berlin vorhandenen Bauarbeiterzahl seien zurzeit 15 Prozent der in Berlin anwesenden Bauarbeiter arbeitslos, und das zu einer Jahreszeit, die für das Baugewerbe sonst die günstigste sei. Natürlich wolle das zurück auf alle irgendwie mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Gewerbe. — In anderen Gewerben, die besonders stark von der jetzigen Arbeitslosigkeit heimgesucht seien, z. B. in der Berliner Holzindustrie, sei nun im Gegensatz zum Baugewerbe, wegen der anders gearteten Verhältnisse, die Zahl der ortsanwesenden Berufsangehörigen nicht gesunken, sondern eher noch etwas gestiegen. Es sei also klar, daß die Arbeitslosigkeit im Berliner Holzgewerbe noch größer sei. — Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin kennzeichnete Redner durch die von den freien Gewerkschaften gegebenen Unterstützungen. Hervorzuheben ist, daß die gesamten Berliner Gewerkschaften im Jahre 1911 an Arbeitslosenunterstützung 1 947 000 M. und im Jahre 1912 bereits beinahe 2 1/2 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung zahlten. — Unter Hinweis auf die dem Reich, dem Staate und den Kommunen obliegenden Verpflichtungen begründete Redner unter Verfall die Forderungen der Resolution.

In der

### „Neuen Welt“

war nicht nur der hintere Saal, sondern auch ringsherum die Galerie gefüllt. Arbeitslose Proletarier und Proletarierinnen lauften den Worten des Referenten Werner. Tiefer Ernst zwar, aber keine Ratlosigkeit lag über der Versammlung ausgebreitet. Und dann noch ein erfreuliches Zeichen. Nur ganz spärlich sahen wir an diesem und jenem Tische ein Glas Bier; ein Erfolg gewerkschaftlicher, proletarischer Erziehungsbarbeit. Das Bewußtsein, die Sache des arbeitslosen Proletariats in den tatbereiten Händen der Organisation zu wissen, macht eben die elendverschärfende Betäubung durch den Alkohol überflüssig.

Auch der Saal des Restaurants

### „Königshof“

in der Bülowstraße war gefüllt. Referent war Genosse Dupont. Ein Versammlungsteilnehmer führte in der Diskussion bitter Klage über einige zutage getretene Missetaten in der Schöneberger Arbeitslosenversicherung. Die Bestimmung des § 3, wonach Unterstützung nur gewährt wird, wenn die Arbeitslosigkeit in rigorosster Weise angewendet. Auch die Parität in der Verwaltung sei durchbrochen dadurch, daß jede Fraktion ihren Vertreter dahinein entsende, die immer dann erscheinen, wenn es gilt, einen Antrag abzulehnen, die eigentliche Verwaltungsarbeit aber den anderen überlassen.

Nach der

### Brauerei Königshof

zogen um die zehnte Vormittagsstunde Scharen von Arbeitslosen. An den Straßenecken und in den Hausfluren, ebenso vor dem Versammlungslokal waren Schaulente postiert.

Als Genosse Schneider sein Referat begann, war der Saal samt den Galerien bis auf den letzten Nagel besetzt. Kopf an Kopf standen und sahen die Zuhörer den Worten des Redners. Nicht minder stark war der Zustrom der Arbeitslosen nach den

### Sophienplätzen,

wo die Polizei schon frühzeitig das Versammlungslokal absperrte. Hier gab Genosse Weder eine Darstellung von der großen wirtschaftlichen Not, unter der viele Tausende armer Menschen leiden müssen, ohne jegliche Aussicht auf Bessergestaltung in nächster Zeit. Dasselbe Bild im

### Gewerkshaus,

wo Scharen von Arbeitslosen ja eine ständige Erscheinung sind, Diebold aber hatten sie sich zusammengedrängt, um durch ihre Zahl und ihren Protest das Gewissen der Öffentlichkeit zu wecken. Mit Recht wies denn auch Genosse Kunze darauf hin, daß mit Rotstandarten nicht geholfen sei, wenn man schließlich solche bereitstellen sollte, sondern durchgreifende Maßnahmen getroffen werden müßten, um diesem grauenvollen Zustande ein Ende zu bereiten.

In

### Kellers Festhale

referierte G. L. o. e. In Hand eines reichhaltigen Materials schilderte er das Elend der Arbeitslosigkeit. Als er die traurige Tatsache erwähnte, daß gegenwärtig sehr viele Arbeiter 12 Wochen lang ohne Arbeit seien, erscholl es von allen Seiten: „20 Wochen!“ „30 Wochen!“

„Ich bin schon seit November arbeitslos!“ Ein paar anarchistische Eigenbrötlar suchten durch heftige Angriffe auf die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen einen Nistort in die Versammlung zu bringen, mußten aber schließlich merken, daß sie hier keinen Anklang fanden.

Die Polizei hatte sich in der Köpenickerstraße in starker Zahl eingefunden, sie erhielt aber nichts zu tun. Die Anwesenden befolgten den Rat der Versammlungsleitung, sich nicht provozieren zu lassen, und zerstreuten sich in aller Ruhe.

## Verbandstag der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe.

Stuttgart, 12. August.

Der Verbandstag trat heut in die Debatte über den Punkt Technische Umwälzungen im graphischen Gewerbe

ein. Von den Lithographen wird besonderer Wert darauf gelegt, daß die Neuererscheinungen allen Sparten des Gewerbes zugänglich gemacht werden. Im übrigen dreht sich die Debatte um die Schaffung einer zentralen Sammelstelle der Druckerzeugnisse im graphischen Gewerbe. Ueber die Schaffung selbst herrscht Einmütigkeit. Differenzen entstehen nur über den Sitz dieser Zentrale. Von Leipzig aus wird beantragt, die Sammelstelle nach Leipzig zu legen, weil hier die Umwälzungen mit aller Schärfe in die Erscheinung traten, Leipzig sei die graphische Zentrale der ganzen Welt. Der Gau 1 (Berlin) will die Sammelstelle dem Hauptverband angliedern. Man befürchtet auf dieser Seite, daß bei einer Entscheidung für Leipzig der Hauptverband nicht mehr die wirkliche Zentrale in allen Berufsfragen bleibe. Leipzig erhält jedoch bei der Abstimmung die große Mehrheit. Dieser Zentrale soll nach einem weiter angenommenen Antrag auch eine Sammlung von Drucksachen kollegialer Veranstaltungen angegliedert werden. Annahme findet auch ein Antrag, der eine Statistik über die Notary- und Offsetmaschinen fordert, welche nachweist, was und wieviel an diesen Maschinen geleistet wird und wieviel Flachdruckpressen durch diese Maschinen überflüssig werden. — Man geht sodann über zu den

### Geschäftsberichten.

Den Bericht des Hauptvorsitzenden gibt der Verbandsvorsitzende Sillier-Berlin, der auf die keine Zunahme der Steindruck- und den Rückgang der Chemigraphen und der Lithographen verweist. Bei den Lithographen sei ein weiterer Rückgang durch den Rückgang des Gewerbes selbst zu erwarten. Die Steindrucker hätten sich besser gehalten, denn der Steindruck habe das verloren gegangene Exportgebiet durch Neuerwerbungen auf dem Inlandsmarkt, besonders für die Bedürfnisse der Lebensmittelbranche, mehr als ausgeglichen.

Den Kassenbericht erstattet Hauptkassierer Brall-Berlin.

Der Bericht des Zentralausschusses, den Dietmann-Dresden erstattet, weist über nennenswerte Beschwerten nicht zu berichten. Der Hauptvorstand sei überlastet, die Vermehrung der Kräfte sei notwendig. — Den Pressebericht erstattet Barthel-Berlin. Er vermahnt sich besonders dagegen, daß er sich bei seiner Redaktionstätigkeit vom Hauptvorstand als einer obersten Zensurbehörde habe beeinflussen lassen. Im Interesse des Verbandes müsse in kritischen Fragen möglichst Einmütigkeit zwischen Hauptvorstand und Redaktion herrschen. Diese Verständigung sei bisher stets möglich gewesen. — Weitere Berichte werden entgegengenommen über die Redaktion des „Lithograph“ und der „Graphischen Rundschau“. — Zu den Geschäftsberichten liegt eine Reihe von Anträgen vor.

Die Debatte über die Berichte gestaltet sich sehr lebhaft. Es wird die Lidenhaftigkeit des Vorstandsberichts gerügt, das Vergraben aller Lohnbewegungsangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung beanstandet und eine Resolution von Hannover beantragt, die für alle beruflichen Sparten der „Graphischen Presse“ bestimmte Mitarbeiter fordert, deren Meinungsfreiheit in beruflichen und wirtschaftlichen Fragen sicherzustellen sei. Im Verlauf der Debatte weist Redakteur Barthel besonders mit aller Entschiedenheit den von Hannover erhobenen Vorwurf zurück, daß er sich vom Schuhverband Vorschriften habe machen lassen. — Gerügt wird, daß die vor drei Jahren geforderten Erhebungen über die sanitäre Lage vom Hauptvorstand nicht vorgenommen wurden. Darauf tritt Vertagung bis Mittwoch ein.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 1/5 bis 6 Uhr nachmittags.

R. R. 50. I. 1. Oktober. 2. 3.60 M. — H. J. 1. u. 2. Der Beitrag ist blind. 3. Rein. — W. B. 1. Die Erklärung erscheint nicht ausreichend. Eine schriftliche gleichlautende Erklärung würde genügen, sofern die Frau Vermieterin ist. — R. 2. Mo. 111. Unverständlich. Wiederholen Sie die Anfrage unter Darstellung des Sachverhalts. — S. A. 209. Rein. — R. 2. 19. Die genannten Sachen gehören zu den unentbehrlichen. Sie können Herausgabe fordern, eventuell klagen. — S. 5. 51. Rein. — W. T. 50. Ja, falls eine Aufforderung erfolglos ist, können Sie die Schrift selber herstellen lassen und die Kosten erstattet verlangen. Von der Miete dürfen Sie den Betrag jedoch nicht fügen. — R. 2. 1152. 1. 2. u. 3. Das ist ohne weiteres nicht zu sagen. Ebenfalls ist es ratsam, der Aufforderung Folge zu leisten. Ein Verschulden liegt in Ihrem Verhalten nicht. 4. Bevor Sie klagen, fragen Sie schriftlich an, ob die Verschulden gebürt werden. Erst nach zustimmender Antwort brauchen Sie der Aufforderung Folge zu leisten. — W. 3. 1000. 1. u. 2. Rein. 3. Sie haben Anspruch für das ganze Jahr, falls Zahlungstermine nicht vereinbart sind, ist der Betrag erst nach Ablauf des Jahres fällig. — Tante. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Tante besteht nicht. Jedoch könnte das Vormundschaftsgericht, falls die Mutter ihr Sorgerecht zum Nachteil des Kindes ausübt, ihr das Sorgerecht entziehen. Ein gewaltsamer Zwang kann nach einer anderen Richtung hin der Mutter gegenüber nicht ausgeübt werden. — T. 8. 10. Eine Weistatenschaft ist nur möglich, sofern die Weistatenschaft mindestens drei Jahre ange dauert hat und unüberläßig liegt. Liegen diese Voraussetzungen vor, so können Sie die Weistatenschaft durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht erheben lassen. — Traubura. Sie sind für die Schulden Ihres Ehemannes nicht haftbar. — 30. 6. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe der Eltern geschlossen und wo der erste Ehemann gestorben ist. — 3. 25. Sie müssen zunächst vom Eigentümer Abhilfe fordern unter Stellung einer angemessenen Frist. Verstreicht die Frist erfolglos, so können Sie, sofern die Mithaftung erheblich ist, auf Vertragslösung klagen. — W. 2. 13. 1. Der Satz ist angemessen. 2. Befragen Sie einen Arzt oder Chemiker. — 3. 333. Sie jenseit Ihre Kinder haben kein Erbschaft. — 3. 6. 11. 1. Der Siegel muß an einer in die Augen fallenden Stelle des Wandstücks befestigt werden. Eventuell steht Ihnen Beschwerde an das Vollstreckungsgericht zu. 2. Rein. — A. 19. Sie müssen zahlen. — O. 55. Sie können Entfernung der Schuld verlangen unter Stellung einer Frist. Verstreicht die Frist erfolglos, so können Sie von dem mit dem Schuldner geschlossenen Vertrag zurücktreten und Schadenersatz verlangen. Von dem Anbringen des Falles raten wir ab. — G. 3. 37. Ein solcher Vertrag wäre anfechtbar. — A. M. 20. Ja. Sie müssen aber schriftliche Vertragsvollmacht von Ihrer Ehegattin haben. Beglaubigung der Unterschrift ist nicht erforderlich.

Marktpreise von Berlin am 12. August 1913. nach Ermittlungen des Königl. Volkspolizeiamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,98 bis 20,00, mittel 19,94—19,96, geringe 19,90—19,92. Roggen, gute Sorte 16,50, mittel 16,00—16,00, geringe 16,00—16,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,10—17,50, mittel 16,50—17,60, geringe 16,20—16,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,00, mittel 16,60—17,50. Weis (mitz), gute Sorte 16,50—16,70. Reis (runder), gute Sorte 14,50—15,00. Rübölroh 5,00. Senf, alt 0,00, neu 6,00—7,20.

Wartthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spelzbohnen, weiße 35,00—60,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinst.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Rausfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,90—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,60. Nale 1,40—3,20. Nander 1,40—3,60. Deckte 1,60—3,20. Porcke 1,00—2,40. Schale 1,60—3,50. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Breble 1,00—45,00.

### Die Gemeinden Groß-Berlins und die Arbeitslosenfürsorge.

Zunmer bedrohlicher rückt das Gespenst der Arbeitslosigkeit näher. Von banger Sorge erfüllt sehen viele Tausende Arbeiterfamilien dem an Arbeitslosigkeit noch geringeren Winter entgegen. Not und Elend sind schon in „normalen“ Zeiten der ständige Gast im Hause des Proletariats. Andererseits häufen sich in unseren großen und reichen Metropolen die Kulturgüter zu sabelhafter Höhe. Reichtum und Besitz schwellen immer üppiger. Die arbeitende Klasse dagegen, die alle Werte erzeugt, führt ein erbärmliches Hundeleben. Ewige Existenzunsicherheit, langer Lohn und harte Arbeit sind die ständigen Begleiter der Schöpfer alles Reichtums.

Schon jetzt sind Tausende Arbeitsloser auf den gewerkschaftlichen und öffentlichen Arbeitsnachweisen vorgemerkt, jeder erhebt den Tag, bis seine Nummer an die Reihe kommt und er wieder Arbeitslosigkeit findet. Wochen und Monate harren sie — vergeblich! Geduldet und gedrückt schleichen sie enttäuscht nach Hause in ihre Glendshütte.

Nur die Gewerkschaften haben bisher durch ihre Unterstützungsvorrichtungen dem entsehlchen Jammer einigermaßen zu steuern versucht. Hunderttausende und Millionen von Mark nehmen die Arbeiterorganisationen durch ihre Arbeitslosenunterstützungen der Gemeinde an Lasten ab. Staat und Reich erklären sich außerstande, diesem immer wiederkehrenden Massenelend wirksam entgegenzutreten zu können. Und die Gemeinden? Auch sie haben bisher wenig Neigung gezeigt, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sorgen. Wenn in Preußen unsere Junker mit absoluter Gewalt herrschen und soziale Fragen kaum berühren, so dominieren in den Gemeinden Groß-Berlins in der Hauptsache die Vertreter des Freisinns. Auch das Interesse dieser Herren war gegenüber der Arbeitslosenfürsorge ein sehr geringes. Trotz wiederholter Anträge unserer Parteigenossen in den kommunalen Vertretungen Groß-Berlins und trotz dringender Vorstellun und eingehender Begründung ist es ihnen bisher leider nicht gelungen, diese Angelegenheit erfolgreich durchzuführen zu können. Unter Anführung allerlei nichtiger Gründe wurden im allgemeinen ihre Anregungen achillos beseitigt.

Gerade zur rechten Zeit ist diese Angelegenheit in ein neues Stadium gerückt und den Gemeinden Gelegenheit gegeben worden, dazu Stellung zu nehmen.

Der Magistrat von Neukölln hat, einem Beschluß der gemischten Kommission zur Einführung der Arbeitslosenversicherung folgend, dem Verband der Gemeinden Groß-Berlins einen Antrag auf Einführung einer das Gebiet Groß-Berlins umfassenden Arbeitslosenfürsorge unterbreitet. Dieser Antrag und der dazu beigefügte Organisationsplan stützt sich in seinen Grundzügen auf die feinerzeit von unseren Vertretern in fast allen Gemeinden eingereichten Anträge.

Der Antrag des Magistrats Neukölln gibt einleitend eine Uebersicht, was im Gebiet Groß-Berlins für die Arbeitslosenfürsorge bisher getan ist. Von den Gemeinden Groß-Berlins hat erst eine einzige, Berlin-Schöneberg, eine „arbeitslosenversicherungähnliche“ Fürsorge eingeführt, zu der alle im Stadtgebiet wohnenden männlichen Invalidenversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten zugelassen sind. Es kommt hierbei einmal das sogenannte Genter System für diejenigen in Frage, die einer Berufsvereinigung angehören, die Arbeitslosenunterstützung zahlt, auch erhalten diejenigen Unterstützung, die über ein für die Zeiten der Arbeitslosigkeit gespartes Sparguthaben verfügen, und zum andern Mal werden diejenigen Invalidenversicherungspflichtigen, die keiner solcher Organisation angehören, während der Wintermonate, durch Speisemarken, für welche aus der Volksküche Mittagessen verabreicht wird, unterstützt.

Anderer Gemeinden haben auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung praktische Arbeit nicht geleistet.

In Charlottenburg sind alle Verhandlungen infolge der Einheitslosigkeit des Bürgertums resultatlos verlaufen.

Nur in Berlin-Weißensee ist die Errichtung einer Arbeitslosenkasse für alle im Orte wohnenden männlichen und weiblichen Arbeiter beschloffen worden. In Berlin selbst und den übrigen Gemeinden sind Schritte, welche die Frage der Arbeitslosenfürsorge lösen können, überhaupt nicht getan worden.

Der Antrag des Neuköllner Magistrats gibt die Möglichkeit, vorwärts zu kommen. Würde jede Gemeinde für sich an die Lösung dieser Frage herangehen, so bestände die Gefahr, daß ein buntes Allerlei von Versicherungsarten gegebenenfalls zur Einführung gelangen würde. Ein Beweis dafür sind schon die verschiedenartigen Entwürfe, die bisher behandelt und beraten wurden. So ist das Genter System in einem Fall ausgedehnt auf alle Einheimischen, dann ist das Genter System verbunden mit einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse nur für die im Gemeindegebiet Beschäftigten und ferner eine Arbeitslosenversicherungskasse, die alle im Orte Wohnenden umfaßt.

Durch dieses Plan- und Systemlose werden die Interessen der zu versichernden Arbeiter keineswegs genügend gewahrt. Eine einzelne Gemeinde Groß-Berlins ist kein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Ein erheblicher Teil der in diesen Gemeinden wohnenden Arbeiter und Angestellten geht außerhalb seiner Wohn-gemeinde seiner Beschäftigung nach; im Gegensatz dazu kommen viele Gemeinden in der Hauptsache wieder als Betriebsgemeinden in Frage. Wenn nun jede Gemeinde für sich eine kommunale Arbeitslosenfürsorge schaffen würde, fänden in erster Linie lokale Verhältnisse ihre Berücksichtigung. Bei der starken Wanderung der Groß-Berliner Arbeiter von einer Gemeinde in die andere, die hervorgerufen wird durch die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse, machten die verschiedenen lokal abgeschlossenen Arbeitslosenversicherungen die Fürsorge für die zu Versicherten bald illusorisch. Die wirtschaftliche Einheit Groß-Berlins erheischt also nur eine sich über das ganze Gebiet sich erstreckende, nach einheitlichen Grundrissen aufgebaute Versicherungsart. Hinzu kommt noch, daß, wenn jede Gemeinde nach eigenem Ermessen vorgehen würde, gerade die ärmeren leistungsunfähigen Arbeitergemeinden finanziell am stärksten belastet würden, während die reicheren leistungsfähigen Gemeinden keine oder nur unwesentliche Mittel für diese Zwecke aufzubringen hätten. Auch die Kostenverteilung muß nach einheitlichen Grundrissen vorgenommen werden. Noch andere Momente, so die Kontrolle und Arbeitsvermittlung, sprechen für eine Einheitlichkeit auf breiterer Grundlage.

Aus allen diesen Gründen können die Einzelgemeinden Groß-Berlins als geeignete Träger der Arbeitslosenversicherung nicht zweckmäßig und geeignet erscheinen.

Mit Recht wird in der Begründung des Antrags hervor-gehoben, daß eine erfolgversprechende Lösung der Frage nur dann

herbeigeführt werden kann, wenn ein gemeinschaftliches Vorgehen der Gemeinden zum Zwecke der Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf das Groß-Berliner Wirtschaftsgebiet ermöglicht ist. Eine Reihe von Mängeln würden dadurch beseitigt. Der Unterschied zwischen Wohn- und Beschäftigungsort wäre dadurch ausgeglichen. Bei einer Anfahrtsfreizeit kämen die zu Versicherten nicht um ihre Rechte, die sie in einer Gemeinde in dieser Sache erworben haben, da nicht mehr der Aufenthalt in einer Gemeinde, sondern in Groß-Berlin in Betracht käme. Hinzu komme noch, daß auch die Gewerkschaften nicht lokal abgegrenzt sind, sondern sich über das ganze Wirtschaftsgebiet erstrecken. Auch für die in Berlin bestehenden Hauptarbeitsnachweise kommen die angeschlossenen Arbeiter der Vororte mit in Betracht.

In dem Entwurf wird noch die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsamtes angeregt.

Zusammenfassend wird beantragt:  
Die Frage der Einführung einer Groß-Berliner Arbeitslosenfürsorge demnächst in einer Verbandssammlung einer näheren Prüfung zu unterziehen und nötigenfalls bei der kgl. Staatsregierung dahin wirken zu wollen, daß ihm das gesetzliche Recht erteilt würde, eine Arbeitslosenversicherung für das Verbandsgebiet einzuführen.

In dem Organisationsplan wird vorgeesehen, daß zur Linderung der durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit entstehenden Mißstände folgende Maßnahmen getroffen werden sollen: Der Verband Groß-Berlin zahlt 1. an Arbeitslose, welche einer Arbeitslosenunterstützungskasse eines Berufsvereins angehören, einen Zuschuß zu den Unterstützungsbeiträgen, den sie von ihrer Klasse erhalten; 2. er zahlt Zuschüsse zu den von den für Zeiten der Arbeitslosigkeit gesparten Arbeiter-Sparguthaben abgehobenen Beiträgen; 3. er begründet eine Arbeitslosenversicherungskasse, zu deren Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit er einen Zuschuß gewährt.

Die Kosten sollen vom Verbandsgebiet getragen werden und auf die Mitglieder nach Maßgabe der Bevölkerungszahl und Einkommensteuerkraft umgelegt werden.

Jedem Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts, der einem Berufsverein mit Arbeitslosenunterstützung angehört oder der ein für Zeiten der Arbeitslosigkeit gespartes Guthaben besitzt, wird zu dem Unterstützungsbetrage, den er von seinem Berufsverein erhält, oder dem Betrage, den er von seinem Sparguthaben abhebt, ein Zuschuß von 50 Proz. gewährt, der indessen 1 M. pro Tag nicht überschreiten darf. Der Zuschuß soll nur an solche Arbeitslose gezahlt werden, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit seit einem Jahre im Verbandsgebiet wohnen und zuletzt dafelbst beschäftigt waren.

Die Arbeitslosenversicherungskasse soll eine Versicherungsmöglichkeit für den Fall der Arbeitslosigkeit gewähren und Gelegenheit zu einer Zusatzversicherung zu einer bereits anderweitig eingegangenen Arbeitslosenversicherung geben.

Ueber die statistischen Nachweise und Berechnungen haben wir in Nr. 26 vom 31. Januar et. eingehend berichtet. Wenn auch manche Bestimmung des Statuts zu hart ist und einer Umänderung bedarf, so muß doch die Gelegenheit und die sich immer mehr geltend machende Arbeitslosigkeit als Anlaß dienen, die Groß-Berliner Gemeinden auf der Bahn der kommunalen Arbeitslosenversicherung vorwärts zu treiben. Den liberalen Männern um Gaffel und Goldschmidt ist die Gelegenheit geboten, ihr angeblich arbeiterfreundliches Herz durch die Tat zu bekunden. Die bürgerlichen Gemeindevorstände können hier aus eigener Macht und eigenem Recht zeigen, wie weit es ihnen mit der sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft Groß-Berlins erst ist. Es ist die höchste Zeit, daß angefaßt der täglich wachsenden Not in der Bevölkerung endlich eine Tat vollbracht wird.

### Partei-Angelegenheiten.

**Trebbin.** Am Sonnabend, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Stadtverordnetenbericht. 4. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. 5. Lokalfrage. 6. Parteiangelegenheiten.

### Berliner Nachrichten.

#### Die juristische Sprechstunde

findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 1/2 5—6 Uhr nachmittags.

#### Auf dem Wege zur Arbeit.

Wem das Glück beschieden ist, längere Zeit an einer bestimmten Arbeitsstelle tätig sein zu können, der wird auf dem Wege zur Arbeit täglich gar bald eine Menge bestimmter immer wiederkehrender Einzelheiten an sich vorüberziehen sehen. Es ist die Pflicht zur Arbeit, die an jedem Morgen zur gleichen Stunde und Minute immer dieselben Menschen auf den Plan ruft und durch ihre strenge Gesetzmäßigkeit auch hier schon eine gewisse Monotonie in das Ganze hineinträgt. Ob wir nun fahren oder gehen, immer werden wir uns auf unserem Wege gewisse Wertsteine — lebendige oder tote — gesetzt haben, an denen wir unsere Zeit und unseren Weg messen. An der und der Stelle begegnen wir dem und dem, auf dessen Pünktlichkeit wir uns streng verlassen können. Kommt es dann gar einmal vor, daß eine bestimmte Person früher unseren Weg kreuzt, dann beschleunigen wir unsere Schritte, denn jener Bekannte ist ja pünktlich und unser Respekt vor der Fabrikpfeife oder -Klingel groß genug, um uns eilen zu lassen.

Sind wir nun gar gezwungen, auf dem Wege zur Arbeit Straßen- oder Stadtbahn oder sonst irgendwelches Verkehrs-vehikel zu benutzen, dann sind die uns zur Pünktlichkeit erziehenden Momente noch bedeutungsvoller. Bei unserer Umgebung haben wir nicht selten Gelegenheiten, Charakterstudien zu machen, sei es nun in der sich allmählich aus der längeren Bekanntheit entwickelnden Unterhaltung, oder aber auch durch die Zeitungslektüre. Und wer all diese Erscheinungen scharfer ins Auge faßt, wird in der Beurteilung seiner Umgebung gar bald eine gewisse Übung erreicht haben. Er wird herauskennen, ob dieser oder jener teilnimmt an den großen Kämpfen des sozialen Lebens, oder ob er zu jenen Lauen gehört, deren nebelhafte Vorstellungen von den realen Dingen der Welt nicht nur in ihren Gesprächen, sondern auch in ihrer Zeitungslektüre zum Ausdruck kommen. Der Lesestoff solcher Menschen ist die sogenannte parteilose Presse, die sich durch die Klippen der Politik aalglatt hindurchzu-

winden versteht, die nicht A und nicht B sagt, desto öfterer aber „wenn“ und „aber“. Ihre Gespräche drehen sich um die trivialsten Vorkommnisse, um Eiferjuchtsdramen, Mord und Einbruch usw. Ihnen ist noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß neumannmäßig von hundert all der kleinlichen Dinge in den gesellschaftlichen Zuständen unserer Zeit ihre Erklärung finden.

Anderer jene, die sich bereits zu einer bestimmten Weltanschauung durchgerungen haben oder eifrig bestrebt sind, durch die Arbeiterzeitung zu einer solchen zu gelangen. Ihre Unterhaltungen verbergen einen inneren Kern und in einfachen und ungefeinelten Worten verraten oft schlichte Arbeiter größere Kenntnisse der allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhänge als viele hochgelahrte bürgerliche Herren. Für den stillen Beobachter sind diese divergierenden Unterhaltungen oft ein Genuß und eine Quelle der Belehrung zugleich. Und so manchmal werden die eifrig diskutierenden zu früh auseinandergerissen. Der oder jener ins Gespräch Verwickelte ist am Ziel seiner Wirksamkeit, und schon in einer Stunde stehen sie alle, die noch kurz vorher so verschieden über einzelne Fragen des Lebens gedacht, im Gespräch, um unter allgemein geltenden Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung tätig zu sein.

#### Ein gewaltiger Dachstuhlbrand

Am gestern früh kurz vor 1 Uhr in der Schönenhagen Straße Nr. 14 im Norden Berlins zum Ausbruch. Als die von verschiedenen Seiten alarmierte Feuerwehr mit vier Löschzügen eintraf, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon in ganzer Ausdehnung in hellen Flammen. Brandinspektor Wende ließ unverzüglich mit drei Rohren Wasser geben, die von Dampfstrahlen gepeist wurden. Der Löschangriff erfolgte über eine mechanische Leiter und über die Treppen. Erst nach fast einstündiger Löschfähigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist vollständig niedergebrannt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis gegen 5 Uhr hin. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts festgestellt werden.

In der Großen Frankfurter Straße 37 herrschte außerdem ein größerer Brand in einer Koffertfabrik. Hier wurde die Gefahr unter Benützung einer Schlauchleitung beseitigt.

#### Weshalb sammelt der Berliner Krippenverein bei den Armen?

Es besteht hier ein „Berliner Krippenverein“ — unter dem Protektorat Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin. Er unterhält in Berlin, Schöneberg, Neukölln und Oberschöneweide Krippen, in denen Kinder im Alter bis zu drei Jahren über Tag aufgenommen werden, wenn die Mütter gezwungen sind, auf Arbeit zu gehen; außerdem eine Krippe, in der die Kinder auch Tag und Nacht bleiben, wenn die Mutter gestorben oder durch Krankheit an der Pflege des Kindes gehindert ist. Ferner werden von ihm auch Säuglingspflegerinnen und Kinderwärterinnen ausgebildet. Soweit ein edler Zweck.

Aber warum der „Berliner Krippenverein“ bei Anführung der Mittel für seine Zwecke sich gerade an die breiten Massen der Arbeiter wendet, ist nicht einzusehen, da er infolge seiner Zusammensetzung — in seinem Vorstande sitzen nur Angehörige der besitzenden Klassen — doch besonders geeignet wäre, sich an die Wohlhabenden zu wenden und denen das Wohlwollen in bezug auf die Milderung der sozialen Not zu schärfen. Denn diese scheinen nicht sehr opferbereit zu sein. Vereinnahmt der Verein doch nur im verfloffenen Jahre 116 958,82 M., obgleich es ihm gestattet ist, in Berlin, Neukölln, Lichtenberg, Rummelsburg und Stralau Hauskollekte zu veranstalten. Und wieviele Arbeitergroßen mögen noch darunter sein? Denn der „Berliner Krippenverein“ sucht auch die Arbeiter auf breiterer Grundlage zu haben heranzuziehen. So werden an die Hausbesitzer Sammellisten nebst Briefumschlägen an die einzelnen Mieter versandt, um auch diese heranzuziehen. Einer unserer Genossen, der Hausbesitzer ist, beantwortete diese Aufforderung mit folgendem zutreffendem Schreiben an den „Berliner Krippenverein“, dem wir nichts weiter hinzuzufügen haben:

Neukölln, den 13. August 1913.

An den Vorstand des Berliner Krippenvereins

Berlin W., Aufhäuserstraße 22.  
Ich sende Ihnen beigefügt die mir zugesandten Sammel-Listen nebst den Briefumschlägen für meine Mieter zurück. Ich muß es ablehnen, die Listen bei meinen Mietern zirkulieren zu lassen, und zwar aus folgenden Gründen: Vor allem halte ich es für eine Aufgabe des Krippenvereins, sich an die besitzenden Massen zu wenden, welche die Hauptlast an den mitleidigen sozialen Verhältnissen tragen und welche bei ernüchtertem Willen auch die Mittel besitzen, diese Not zu lindern. Daß dieser Wille aber nur sehr wenig vorhanden zu sein scheint, beweist am besten Ihre eigene Angabe, wonach in dem ganzen großen Bezirk Ihrer Tätigkeit im letzten Jahre nur 160 Säuglinge und Kinder gewartet und gepflegt worden sind. Das ist ein außerordentlich bescheidenes Resultat in Anbetracht der vielen reichen Leute und des Luxus, der von den besitzenden Klassen getrieben wird. Ich erlaube mich, in verschiedenen Zeitungen gelesen zu haben, daß eine Ihnen sehr nahestehende Dame für eine Kabe allein 60000 M. ausgegeben haben soll. Meine Mieter sind durchweg Arbeiter und kleine Leute, die schwer mit der Not des Lebens zu kämpfen haben, die aber durch Beiträge zu ihren Gewerkschaften dazu beitragen, daß viele Lot in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Tod usw. gelindert wird. Sie tun dadurch in viel höherem Maße ihre Menschspflicht als es durchgängig bei den besitzenden Klassen der Fall ist, und ich mag ihnen daher nicht zumuten, für Ihre Zwecke, die ich an sich natürlich begrüße, noch ihre sauer verdienenden Groschen zu opfern. Außerdem darf ich meinen Mietern auch nicht zu oft mit derartigen Sammellisten kommen, zumal ich erst vor einiger Zeit eine Liste für die Neuköllner Ferienkolonien herumgehen ließ.

Gestatten Sie mir, Ihnen den Rat nochmals zu geben und Ihnen zu sagen, daß ich es für Ihre vornehmste Aufgabe halten würde, wenn Sie die besitzenden Kreise mehr als bisher für wohltätige Zwecke zu interessieren und opferfähig zu machen beflissen sein würden, bei der Arbeiterschaft haben es die Arbeiterorganisationen schon in der erfolgreichsten Weise getan.

#### Zum Wismerdorfer Brillantendiebstahl.

Das mysteriöse Dunkel, das über dem Brillantendiebstahl und der Brandstiftung in der Gängelstraße liegt, ist noch immer nicht gelichtet. Verschiedene Umstände erschweren die Ermittlungen, die einen ungeachteten Umfang anzunehmen drohen und eifrig fortgesetzt werden. Die rätselhaften Eindrehen haben noch verschiedene Dummheiten, die ihnen möglicherweise zum Verhängnis werden, gemacht. So wurde von ihnen verschiedenes Handwerkzeug zurückgelassen. Man fand eine feine Stahlsäge von 43 Zentimeter Länge mit einem Griff aus dunkelgelbbraun lackiertem Holz. Die Säge ist noch ganz neu und jedenfalls erst unmittelbar vor dem Einbruch gerade zu diesem Zweck gekauft worden. An dem Griff der Säge befindet sich auch noch der Preis von 70 Pf. in hellgelber Tinte und arabischen Ziffern angegeben. Ferner wurde eine Luchbinder-Messer

linge von 6 Zentimeter Länge und 2 Zentimeter Breite vorgefunden. Der Griff dieser Klinge, die ebenfalls noch ganz neu ist, besteht in einem 12 Zentimeter langen Stück rohen Holzes. Die Polizei sucht jetzt das Geschäft ausfindig zu machen, wo diese Werkzeuge gekauft worden sind.

### Vom Bestattungswesen der Stadt Berlin.

Die von der Stadt Berlin unterhaltenen Gemeindefriedhöfe haben in dem Etatsjahre 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913), aus dem jetzt der Verwaltungsbericht des Bestattungsuratoriums vorliegt, den Friedhöfen der Kirchengemeinden wieder eine beträchtliche Zahl von Leichen abgenommen. Das Wort „abnehmen“ kann man hierbei als doppeldeutig ansehen; denn die Freunde und Anhänger der Kirche empfinden die Friedhöfe der Stadtkirchengemeinde nicht als eine erwünschte Hilfe, sondern als eine sehr unerwünschte Konkurrenz. Daß die Stadt den Kirchengemeinden alljährlich Tausende von Leichen „abnimmt“, bringt den Kirchengemeinden, weil's ja nicht nur „Armenleichen“ sind, eine „Erleichterung“ auch ihrer — Kassen. Ursprünglich unterhielt die Stadt Berlin ihre Friedhöfe nur für Arme, die auf Stadtkosten beerdigt werden mußten. In den letzten Jahrzehnten aber entwickelten Berlins Gemeindefriedhöfe sich allmählich zu Begräbnisstätten für alle, die außerhalb des Schattens der Kirche ruhen wollten. Besonders in neuester Zeit sind den Friedhöfen der Kirchengemeinden und ihren Kassen immer mehr Leichen, für deren Beerdigung die Angehörigen bezahlen, entzogen worden.

Auf dem im Jahre 1881 eröffneten Berliner Gemeindefriedhof bei Friedrichsfelde sind in jetzt 32 Jahren über 100 000 Leichen beerdigt worden. Darunter waren rund 14 000, für die die Angehörigen bezahlten, und an diesen 14 000 sind allein die letzten fünf Jahre mit über 7000 beteiligt. In 1912 hat der Friedhof bei Friedrichsfelde ganz aufgehört, Begräbnisstätte für „Armenleichen“ zu sein, so daß er jetzt nur noch Leichen gegen Bezahlung aufnimmt. Beerdigt wurden dort im Etatsjahre 1912 auf Stadtkosten nur noch 318 Leichen, einschließlich 78 „Anatomieleichen“, gegen Bezahlung aber 1668 Leichen. Wegen Bezahlung wurden ferner auf dem Gemeindefriedhof an der Seeferstraße, der schon seit längerer Zeit keine „Armenleichen“ mehr aufnimmt, 602 Leichen beigesetzt, außerdem noch auf dem alten Gemeindefriedhof an der Gerichtstraße vier Leichen auf reservierten Stellen. Zur Beerdigung auf Stadtkosten wie gegen Bezahlung soll künftig der neue Berliner Gemeindefriedhof bei Buch dienen, der im letzten Etatsjahre immer noch nicht in Benutzung genommen werden konnte. Auf dem Anstaltsfriedhof in Buch, der als Ertrag benutzt werden mußte, fanden 4084 auf Stadtkosten beerdigte Personen ihre Ruhestätte, einschließlich 823 „Anatomieleichen“. Außerdem wurden dort auf bezahlten Grabstellen 187 Personen beerdigt. Im ganzen wurden auf den genannten Gemeindefriedhöfen in dem letzten Etatsjahre 6700 Tote der Erde übergeben.

Der Bericht des Kuratoriums behandelt zum ersten Male auch das Berliner Krematorium, das den die Feuerbestattung lassenden Frommen ein neuer Dorn im Auge ist. Es wurde auf dem Gemeindefriedhof an der Gerichtstraße im November 1912 eröffnet. Vom 28. November 1912 bis zum 31. März 1913 fanden schon 256 Einäscherungen von Leichen statt, von denen 129 aus Berlin, 97 aus Vororten, 30 von außerhalb herrührten. Ueber das Religionsbekenntnis der 256 Verstorbenen gibt der Bericht an: 203 evangelisch, 10 katholisch, 28 mosaisch, 3 freireligiös, 10 dissidentisch, 2 andersgläubig. Zur Belegung der Aschenurnen besteht auf dem Friedhof bei Friedrichsfelde seit langem eine Urnenhalle, auch können dort Urnen unter und auf der Erde beigesetzt werden. Am Schluß des Etatsjahres befanden sich auf dem Friedhof in der Urnenhalle und im Freien zusammen 678 Urnen. Auch der Friedhof an der Gerichtstraße hat eine Urnenhalle, die 1110 Nischen enthält; 908 davon waren bis zum Schluß des Etatsjahres verkauft. Die Umwandlung dieses Friedhofes in einen Urnenhof war bis dahin soweit vorgeschritten, daß 821 Urnengräber geschaffen werden konnten.

### Rohrpostverbindung zwischen Berlin und Pankow.

Die Herstellung einer Rohrpostverbindung Berlin—Pankow gilt als gesichert. Die Gemeindeverwaltung von Pankow hatte sich wiederholt in Petitionen an die Oberpostverwaltung um Einführung einer Rohrpostverbindung mit Berlin gewandt. Gestern, so wird berichtet, traf an amtlicher Stelle der Beschluß ein, daß bis zum nächsten Frühjahr die Rohrpostverbindung fertiggestellt sein werde. Als Aufgabepostamt kommt das Postamt 2 in der Berliner Straße in Betracht.

Zwei Personen bei einem Automobilsunfall verunglückt. Der Monteur und ein Lehrling des dem Piloten Foller gebührenden Tourenautomobils machten gestern vormittag eine geschäftliche Fahrt. Als der Wagen auf der hinter Rudow führenden Chaussee fuhr, verlor der Monteur aus noch nicht aufgeklärten Ursachen plötzlich die Gewalt über das Steuer und das Auto lief mit großer Heftigkeit gegen einen Baum und stürzte dann in den Chausseegraben. Die Insassen wurden hinausgeschleudert und blieben bewußtlos liegen. Passanten, die den Unfall gesehen hatten, schafften beide scheinlich auf einem requirierten Wagen nach dem Flugplatz, wo sie im Sanitätsraum von dem diensttuenden Militärarzt verbunden und dann nach dem Krankenhaus gebracht wurden. Beide haben schwere, aber keine lebensgefährlichen Verletzungen davongetragen.

### Opfer der Arbeitslosigkeit.

Die Selbstmordchronik erfährt infolge der wirtschaftlichen Depression fast täglich eine traurige Verreicherung. Rot und Glend, die Begleiter der hereinbrechenden Wirtschaftskrise, treiben jetzt so manchen Existenzlosen in den Tod. Wieder wird gemeldet, daß aus Nahrungsorgen der 38 Jahre alte Arbeiter Friedrich M., Alster Straße, gestern seinem Leben ein Ende bereitet hat. M. erkrankte sich von daheim und erklärte beim Fortgehen, er werde sobald nicht wieder zurückkehren. Einige Stunden später fanden ihn Spoziergänger in der Wühlgrube erhängt auf. M. war durch andauernde Arbeitslosigkeit in große Not geraten und hat in der Verzweiflung zum Strick gegriffen.

Einen empfindlichen Verlust hat ein Arbeiter zu beklagen, der am Sonntag von Karolinenhof nach Grünau ein Portemonnaie mit 30 M. Inhalt verlor. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Gefundene bei Hüfel, Culmstraße 31, vorn 4 Treppen, abzugeben.

## Vorort - Nachrichten.

### Neukölln.

Beim Auffpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen ist gestern die 37-jährige Frau Krüger schwer zu Schaden gekommen. Sie wollte vor dem Hause Hermannstraße 211 einen Straßenbahnwagen der Linie 28 während der Fahrt besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem rechten Bein unter den Schuttrahmen. Frau K. erlitt so schwere Verletzungen am Bein, daß sie nach dem Krankenhaus Rudow geschafft werden mußte.

Zu dem Generalversammlungsbericht des Wahlvereins erhalten wir folgende Richtigstellung: Angenommen wurde der Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitagess zu setzen: Massenstreik und Wahlrechtsfrage. Gleichfalls angenommen, und zwar einstimmig, wurden die Anträge, die „Gleichheit“ in leicht verständlicher Form, dem Wesen der Reueintritten mehr angepaßt zu redigieren und: Um die Arbeiterfrauen von den heutigen Wochenzeitungen, die alle mehr oder weniger gegnerische Politik treiben, unabhängig zu machen, wird allmonatlich eine den Bedürfnissen des Arbeiterhaushaltes entsprechende Wochenzeltung herausgegeben. Abgelehnt wurde mit 160 gegen 138 Stimmen der Antrag der Jugendlichen. Paul Heller.

### Charlottenburg.

Die Einrichtung einer Samariterabteilung ist, um vielfachen Wünschen gerecht zu werden, beschloffen worden. Der Arbeiter-Samariterbund, der zurzeit 77 Ortsgruppen umfaßt, hat die Aufgabe, das Samariterwesen in weitestem Maße unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Es wird deshalb in diesem Winterhalbjahr am hiesigen Orte ein Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen unter ärztlicher Leitung abgehalten werden. Der Kursus beginnt am 3. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus. Die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Sportvereine, werden deshalb ersucht, davon Notiz zu nehmen. Es ist für die Arbeiter von großer Bedeutung, wenn bei Unglücksfällen in Betrieben, auch im Sportbetriebe, sofort Helfer zur Hand sind, die sachgemäß die erste Hilfe leisten können. Am 20. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Versammlung derjenigen statt, welche sich an dem Kursus beteiligen wollen. Es wird auch erwartet, daß sich Frauen recht zahlreich daran beteiligen. Lehrpläne sind zu haben bei E. Stern, Kaiser-Friedrich-Str. 40. Auch wird von demselben jede Auskunft erteilt.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 17. August, findet ein großer Familienausflug nach Pöhlwerder statt. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr, auf dem Reichsplatz. Abmordlich pünktlich 10 Uhr. Für Nachzügler zur Kaffeepause beim Alten Freund. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen.

### Mariendorf-Tempelhof.

Ihr neuntes Stiftungsfest begeht am Sonnabend, den 16. August die Freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf im Voarischen Gesellschaftshaus in Mariendorf, Chausseestr. 305. Humoristische Turnische Aufführungen und Auftritte des Berliner III. Trio usw. Eintritt 25 Pf. Da der Verein sich stets bei Arbeiterfestlichkeiten zur Verfügung stellt hat, wird auf guten Besuch gerechnet.

### Ober-Schönweide.

Eine überraschende Wendung hat die Angelegenheit des Erwerbes des großen Terrains zwischen Ostendstraße und Spree durch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft genommen. Bekanntlich läuft auf dieses Terrain eine kurze Gemeindestraße (die Vunzelstraße) aus, die zufolge eines mit der Gemeinde getroffenen Abkommens ihrer Bestimmung entzogen und dem Bauhandwerker Käufers zugesprochen, wogegen an anderer Stelle Terrain an die Gemeinde zur Verbreiterung der Ostendstraße abgetreten wurde. Jetzt ist nun der Zweigverein Groß-Berlin auf den Plan getreten; er hat als Ersatz für die entzogene Freifläche der Vunzelstraße die Schaffung einer circa 2 Morgen großen Grünfläche an anderer Stelle verlangt. Die Gemeinde oder die A. E. G. müßten bei Erfüllung dieser Forderung beträchtliche Kosten für Grundbesitz aufwenden; wenn in vorliegenden Falle diese Pflicht obliegt, bedarf vorderhand noch der Klärung. Als weitere Schwierigkeit in der Angelegenheit tritt noch hinzu, daß sich die A. E. G. strikte weigert, den von der Gemeinde geforderten Kostenbeitrag zur Verbreiterung der Ostendstraße zu leisten. Diese Weigerung ist um so unverständlich, als festgestellt ist, daß bei dem Terrainsaufkauf die A. E. G. ein Mehr an Grund und Boden von circa 1000 Quadratmeter erzielt hat, und andererseits erfolgt die Straßenverbreiterung in ihrem Interesse. Der Stand der Sache ist jetzt so, daß die Gemeinde die Straßenverbreiterung, weil angefangen, ruhig durchführen wird, und den Bürgersteig, in welchem der von der A. E. G. übereignete Streifen liegt, einfach unausgeführt läßt. Es ist recht bedauerlich, daß wegen einer solchen Laune eine Millionen-Gesellschaft einen solchen Standpunkt einnimmt. Wenn in dieser Frage der Gesellschaft Forderungen entgegen, die da mahnen, es doch ja nicht zum Druck mit den guten Beziehungen kommen zu lassen, so sollte man auf dieser Seite doch bedenken, wie blutwenig die A. E. G. für die Gemeinde bislang getan hat; auf der anderen Seite steht die ungeheure Belastung der Gemeinde infolge der mittel- und unmittelbaren Aufwendungen für die Großindustrie.

### Kaulsdorf.

Die Gemeindevertretung hatte sich mit der Bewilligung weiterer Mittel zur Leistung von Ueberstunden an der hiesigen Schule zu beschließen. Beim Beginn des Schuljahres war die Gemeinde vor die Frage gestellt, infolge Teilung einer unteren Klasse entweder eine neue Lehrkraft anzustellen oder aber einen Teil der mehr zu leistenden Arbeit durch Ueberstunden des ganzen Lehrkörpers auszugleichen. Genosse Schmidt betonte schon damals, daß es sowohl im Interesse der Kinder, als auch der Lehrerschaft liege, die Ueberstunden fortlassen zu lassen und eine neue Lehrkraft anzustellen. Es wurde jedoch beschlossen, erst abzuwarten, in welcher Weise sich durch Zu- oder Abzug von Ort die Klassenfrequenz ändere und die Ueberstunden bis 30. Juni versuchsweise einzuführen. Nun berichtet der Rektor, daß dieser Robus sich bewährt habe, er bittet, auch für die letzten Wochen des Sommersemesters die Mittel zur Bezahlung der Ueberstunden bereit zu stellen. Dem Antrage wurde entprochen, doch wird dem Rektor auf Anregung des Genossen Schmidt aufgegeben, über die jetzige Klassenfrequenz und die Aussichten per Oktober Bericht an die Gemeindevertretung zu erstatten, damit die Gemeinde beizeiten einen neuen Lehrer anstellen kann und die wenig zweckmäßige Art des Unterrichtes durch Ueberstunden nicht auf das Winterhalbjahr übertragen wird. — Dem Antrage eines Grundbesitzervereins, eine kurze Straße, abweichend vom Ortsstatut, nicht mit 8, sondern mit 6 Meter Dammbreite zu pflastern, wurde stattgegeben. Ferner wurde die Wahl eines Schiedsmannvertreter nach kurzer Debatte entsprechend dem Vorschlage des Gemeindevorstandes erledigt. Einige Ausnahmehausgenehmigungen resp. Besuche im Wohnraumbereich wurden der Baukommission zur Prüfung der örtlichen Verhältnisse überwiesen.

### Bohnsdorf.

Bei dem am Sonntag, den 3. August, stattgefundenen Erntefest der Arbeiterbauernschaft „Paradies“ sind bei der Verlosung folgende gezogenen Gewinne nicht abgegeben worden: Nr. 23, 166, 221, 265, 602 und 681. Inhaber dieser Lose können die Gewinne bei H. Leonhardt, Paradiesstraße, Aufgang 13, in Empfang nehmen. Bei dem Fadelzug ist eine Handtasche mit Inhalt verloren worden. Der ehrliche Finder wolle diese ebenfalls dort abgeben.

### Mühlenbeck.

Was wollen die Sozialdemokraten? Ueber dieses Thema sprach in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gen. Mühl-Kutlitz. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage beschloß die Versammlung, demnächst eine öffentliche Versammlung mit dem gleichen Thema und Referenten abzuhalten. Wie aus der Gemeindevertretung mitgeteilt wurde, haben die bürgerlichen Vertreter beschloffen, für Jugendpflege als ständige Beihilfe 30 M. zu gewähren. Die mit der Gemeinde Pankow gepflogenen Verhandlungen betreffs Wasserrohrleitung haben noch keinen Abschluß gefunden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde dem Genossen Vörling wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl eine Klage erteilt. Die eingegangenen Jugendchriften sollen so bald als möglich verbreitet werden. Ein Antrag des Genossen Vöhrer, die „Fadel“-Verbreitung durch die Mühlenbecker Genossen ausführen zu lassen, fand Annahme; dieselbe soll am zweiten Sonntag im Monat vom Lokal des Genossen Vörling aus erfolgen. Zum Schluß wurden die Genossen ersucht, aus Anlaß des Erntefestes für Beachtung der Lokalpflege Sorge tragen zu wollen.

### Spandau.

Stadtverordnetenwähler! Die Wählerlisten liegen vom 15. bis 30. August im neuen Rathaus, Zimmer 253, die für den Stadtteil Ronnendamm und Haselhorst zur selben Zeit im Magistratsbureau, Damerstraße 2 g. links, in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 8 bis 6 Uhr nachmittags zur jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Jeder Wähler, der sich sein Wahlrecht sichern will, ist verpflichtet, die Liste einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Diejenigen Wähler, die keine Zeit haben, die Liste selbst einzusehen, wollen sich unter Verbringung ihres Steuerzettels an einen hier angegebenen Genossen wenden:

E. Köppen, Buchhandlung Vorwärts, Breitestr. 64; Otto Grieben, Schuhmachermeister, Neumeisterstr. 13; Otto Krond, Seifen-Geschäft, Lychenstr. 7; Meyer, Restaurant, Hallesbager Str. 39; Busch, Restaurant, Feilerbaker Str. 34; Danneberg, Restaurant, Pöhlwerder Str. 5; Ledabo, Restaurant, Hamburger Str. 71; Fr. Kant, Restaurant, Siemensstr. 34; Wiltz, Pavier, Garten-Geschäft, Meyer Str. 12; Reinß, Wels, Barbier, Seeburger Str. 88; J. Richter, Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Wörther Platz 2, sowie an den Verkaufsstellen des Konsumvereins Merkur, Mittelstraße 13, Föderstraße 5 und Seegefäßer Str. 50.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mühlenbeck. Heute, Donnerstag, den 14. August, abends 8 Uhr, bei Müller.  
Glienitz (Rbb.). Am Freitag, den 15. August, abends 8 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 18.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Aus der priesterlichen Lebewelt.

Gegen den Priester Luigi Marroni ist eine Anzeige wegen Verführung bei der Staatsanwaltschaft gemacht worden. Der Mann, der 27 Jahre alt ist und seinen philosophischen Doktor gemacht hat, lebte in Neapel in zärtlichen Beziehungen zu der jungen und hübschen Tochter seiner Wirtin. Als er diese plötzlich verließ, um sich nach Rom zu begeben, erstattete der Vater die Anzeige. Der geistliche Herr war bereits vorher von der vorgelegten kirchlichen Behörde wegen seines fideles Lebens a divinis suspendiert worden. Ein anderes Sorgenkind der Kirche ist der Priester Giuseppe Docca in Turin, ein reicher junger Mann, der es sich leisten kann, mehrere Automobile zu halten. Er legt sogar Wert darauf, auf seinen Sportautomobilen selbst im Priestergewande den Chauffeur zu spielen. Wegen dieser seiner sportlichen Leistungen ist auch er a divinis suspendiert. Jetzt hat er nun gar das Bede gehabt, einen achtzigjährigen Mann zu überfahren, den der sportfrohe Priester selbst mit seinem Automobil ins Krankenhaus brachte, wo sich die Verletzungen als unerheblich herausstellten. Auf diese Weise kommt die Kurie nicht aus den Sorgen heraus um ihre in erotischer oder sportlicher Hinsicht abschweifenden Priester!

### Eine opferfreudige Ehefrau.

Einen ungewöhnlichen Beweis von Opfermut gab eine Frau in New York, die darauf bestand, mit ihrem in einem Leprosital internierten Gatten zusammenzuleben. Die Frau, namens Hartmann, zählt erst 19 Jahre und ist seit kaum zwei Monaten verheiratet. Der Mann diente als Soldat auf den Philippinen und hat sich, als er in einem dortigen Leprosital die Wache hatte, angesteckt. Das Spital, in dem sich der Aussätzige jetzt befindet, zählt außer ihm nur noch einen chinesischen Patienten. Der Mann hat alles aufgegeben, um seine Frau von ihrem verhängnisvollen Entschluß abzubringen. Auf alle seine Einwände hatte sie nur die Antwort: „Nein, ich bin Deine Frau und will Dir zur Seite stehen. Da ist mein Platz.“ Sie hat ihren Willen auch durchgesetzt, und lebt jetzt, mit einem weißen Gewand und einer Mönchskappe, die ihr Gesicht bedeckt, angetan, mit ihrem Mann und dem leprakranken Chinesen zusammen von der Welt abgeschieden im Leprosital. Sie hat sich selbst das Todesurteil gesprochen und wird wohl für alle Zeiten bis zu ihrem Tode von der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen sein. Die opfermütige Handlung zeugt jedenfalls von größter Heldhaftigkeit und Liebe.

### Keine Notizen.

Arbeiterriß. Auf dem Bahnhofs Osterfeld stürzten beim Abladen von Schienen mehrere von diesen auf Arbeiter. Ein Mann wurde geißelt, zwei andere wurden schwer verletzt.

Vergung der Berirzten. Die drei Studenten, die sich in den französischen Alpen bei der Besteigung des Cirque de Néron verirrt hatten, sind aufgefunden worden. Sie sind zwar sehr erschöpft, aber nicht verletzt. Es handelt sich nicht um Deutsche, sondern um einen Österreicher, einen Engländer und einen Bulgaren.

Folgenschwere Explosion. Zwei kleine Schrapnelldepots in der Batterie Tevere in Rom sind heute früh explodiert. Drei mit der Entladung von Granaten beschäftigte Soldaten wurden getötet.

### Eingegangene Druckschriften.

Theorie und Methoden der Statistik. Lehr- und Lesebuch für Studierende und Praktiker von K. Kaufmann. 16 Bf., geb. 17,50 M. J. E. A. Mohr, Tübingen.  
Die Hansschäbdt und die Kontinentalperre von E. Vogel. 1 M. Dunder u. Humblot, Leipzig.

### Witterungsübericht vom 13. August 1913.

Stationen	Barometerrückgang mm	Wasserstand	Windrichtung	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometerrückgang mm	Wasserstand	Windrichtung	Wetter	Temperatur in °C
Schwabmünde	759	3	Wolfig	13	Caparanda	763	ND	4	Mollten	17	
Homburg	761	3	4 Regen	16	Betersburg	754	W	1	Regen	15	
Berlin	761	3	bedeckt	12	Selby	759	SW	3	Wolfig	16	
Frankf. a. M.	760	3	bedeckt	12	Aberdeen	761	S	1	bedeckt	12	
München	765	3	bedeckt	13	Paris	768	SW	3	bedeckt	13	
Wien	762	3	bedeckt	16							

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. August 1913.  
Hiemlich kühl, vielfach wolfig ohne erhebliche Niederschläge, frühe westliche Winde.  
Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 12. 8.	am 11. 8.	Wasserstand	am 12. 8.	am 11. 8.
Memel, Müst	201	+1	Saale, Großhül	64	-6
Regel, Unterburg	6	+1	Spandau, Spandau	0	-1
Weiße Elster, Thon	447	-80	Matheson	16	-1
Oder, Röhser	238	-39	Spree, Spremberg	60	0
Kahle	227	+8	Besoto	80	0
Frankfurt	197	-10	Weser, Minden	126	-12
Wartbe, Scharn	92	0	Rhein, Rind	158	-4
Wartbe, Landsberg	-15	+1	Rhein, Magiliansau	490	-2
Neue, Boddamm	-42	+4	Raub	288	-4
Eder, Zeitmerg	-167	-4	Rän	244	0
Dresden	167	-3	Neckar, Quebronn	65	-12
Borbis	58	+2	Rain, Canau	117	0
Magdeburg	66	+1	Weser, Xrier	35	-4

+) bedeutet Hoch, —) tief, —) Unterpegel.